

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Deutschland 1933

*Thomas Weber*

DIE KRISE DER WELT –  
1933 UND 2023

*Volker Ullrich*

1923 ALS SCHLÜSSELJAHR  
FÜR 1933?

*Nadine Rossol · Benjamin Ziemann*

AUSNAHMERECHT,  
GEWALT UND  
SELBSTGLEICHSCHALTUNG

*Mark Roseman*

DEUTSCHE JUDEN IM ERSTEN  
JAHR DER NS-HERRSCHAFT

*Sven Reichardt*

1933 IN  
GLOBALGESCHICHTLICHER  
PERSPEKTIVE

*Heike Knortz*

WEIMARS ÖKONOMISCHE  
KRISENHERDE  
UND DER AUFSTIEG  
DES NATIONALSOZIALISMUS

*Niklas Venema*

MEDIEN UND  
PROPAGANDA 1933

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Deutschland 1933

APuZ 4/2023

**THOMAS WEBER**

**DIE KRISE DER WELT – 1933 UND 2023**

Was lehrt uns das Jahr 1933? Versteht man den Nationalsozialismus als Form der illiberalen Demokratie, ist zu erkennen, dass deren heutige Varianten leicht in etwas Schlimmeres abgleiten könnten. Damals wie heute spielen übertriebene Krisenwahrnehmungen eine wichtige Rolle.

**Seite 04–08**

**VOLKER ULLRICH**

**1923 ALS SCHLÜSSELJAHR FÜR 1933?**

Das Jahr 1923 war in Deutschland von einer galoppierenden Inflation, der Ruhrbesetzung, politischer Polarisierung sowie Umsturzplänen von links und rechts gekennzeichnet. Dennoch führt kein gerader Weg zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten zehn Jahre später.

**Seite 10–16**

**NADINE ROSSOL · BENJAMIN ZIEMANN**

**AUSNAHMERECHT, GEWALT  
UND SELBSTGLEICHSCHALTUNG**

Sobald die Nationalsozialisten staatliche Schaltstellen innehatten, nutzten sie diese zur Machtsicherung und zum Umbau des Staates. Massive Gewaltanwendung unterstützte dieses Ziel ebenso wie die weitgehende gesellschaftliche Selbstgleichschaltung.

**Seite 18–25**

**MARK ROSEMAN**

**DEUTSCHE JUDEN IM ERSTEN JAHR  
DER NS-HERRSCHAFT**

Zeitgenössische Zeugnisse zeigen, wie tief und dauerhaft die jüdische Gemeinschaft von den Erschütterungen des Jahres 1933 getroffen wurde. Wer diejenigen, die das Land nicht verließen, in der Rückschau für blind oder naiv erklärt, macht es sich dennoch viel zu einfach.

**Seite 26–31**

**SVEN REICHARDT**

**1933 IN GLOBALGESCHICHTLICHER  
PERSPEKTIVE**

Der Machtantritt der Nationalsozialisten wurde im Ausland mit Abscheu und Bewunderung registriert. Schon bald knüpften die neuen Machthaber enge Bande mit Faschisten anderer Länder. Wesentliche verbindende Merkmale waren dabei Antikommunismus und Rassismus.

**Seite 34–40**

**HEIKE KNORTZ**

**WEIMARS ÖKONOMISCHE KRISENHERDE UND  
DER AUFSTIEG DES NATIONALSOZIALISMUS**

Die Wirtschaft der Weimarer Zeit litt infolge von Inflation, Reparationen und Staatsschulden unter erheblichen Strukturproblemen, die sich während der Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht entfalteten. Entgegen der Legende war ihre Bewältigung kein Erfolg des NS-Regimes.

**Seite 41–46**

**NIKLAS VENEMA**

**MEDIEN UND PROPAGANDA 1933**

Zunächst aggressiv gegen den Weimarer Staat gerichtet, betrieben die Nationalsozialisten nach 1933 eine „Integrationspropaganda“ für die „Volksgemeinschaft“. Ihre medial verbreiteten Botschaften verfielen vor allem, weil sie an bereits bestehende Werthaltungen anknüpften.

**Seite 49–54**

# EDITORIAL

Vor 90 Jahren endete die erste deutsche Demokratie: Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Die Erwartung, er und die NSDAP würden sich als Teil einer nationalkonservativen Koalitionsregierung „einrahmen“ und kontrollieren lassen, erwies sich als fatale Illusion: Binnen weniger Monate wurden die Koalitionspartner entmachteter, alle Grundpfeiler einer demokratischen Verfassungsordnung geschleift und die Errichtung einer völkischen Führerdiktatur eingeleitet. Politische Gegner wurden von Beginn an gewaltsam bekämpft und wie Angehörige von Gruppen, die nicht der „Volksgemeinschaft“ zugerechnet wurden, gnadenlos ausgeschlossen, verfolgt und ermordet.

Mit welcher Geschwindigkeit Bürgerrechte und demokratische Prinzipien ausgehebelt werden konnten, erstaunt und erschreckt bis heute. Die Nationalsozialisten hatten sich nicht an die Macht putschen müssen, sondern sie friedlich übergeben bekommen. Zudem konnten sie sich der Unterstützung breiter Bevölkerungsteile gewiss sein: Aus beiden Reichstagswahlen 1932 war die NSDAP als stärkste Partei hervorgegangen. Nachdem Hitlers Putschversuch 1923 frühzeitig gescheitert war, erwies sich die „Legalitätsstrategie“ der Nationalsozialisten als erfolgreich. Das verhasste „System“ hatten sie von innen heraus zerstören können.

Einige Zeitgenossen erkannten früh die Gefahr, die von Hitler und seinen Getreuen ausging – dies spiegelt sich auch in den Karikaturen aus dem Frühjahr 1933, die diese Ausgabe durchziehen. Viele aber blendeten sie aus oder nahmen sie angesichts der existenziellen Krisen, die die rechtsextremen Verfassungsfeinde zu lösen versprachen, billigend in Kauf. Eines, so der Historiker Ian Kershaw, stand jedoch schon bald fest: „Nach dem 30. Januar 1933 sollte Deutschland nie mehr so sein wie vorher.“

*Johannes Piepenbrink*

## ESSAY

## DIE KRISE DER WELT – 1933 UND 2023

*Thomas Weber*

In Zeiten, in denen sich mehrere Großkrisen zu einer als existenziell wahrgenommenen Polykrise zusammenbrauen, verbreiten sich Ängste vor den politischen Konsequenzen dieser Wahrnehmung. Der spektakulärste Fall des Zusammenbruchs einer Demokratie – der Kollaps der Weimarer Republik im Januar 1933 – wird daher immer wieder in der Hoffnung durchkämmt, Lehren für die Gegenwart zu entdecken.

Ein Paradebeispiel hierfür ist seit einigen Jahren das Geschehen in den Vereinigten Staaten: Seit der „New York Times“-Kolumnist Roger Cohen im Dezember 2015 seine Leser mit „Welcome to Weimar America“ begrüßte,<sup>01</sup> hat sich „Weimerica“<sup>02</sup> zu einem regelrechten Genre von Meinungsbeiträgen und Büchern entwickelt. Auch der Sohn eines österreichischen SA-Mannes nutzte nach dem Angriff auf das Kapitol in Washington im Januar 2021 seine Bekanntheit als Hollywood-Schauspieler und ehemaliger Gouverneur des US-Bundesstaates Kalifornien, um eine Videobotschaft an die Welt aufzunehmen: Arnold Schwarzenegger sprach darin über seinen Vater und zog direkte Vergleiche zwischen der Reichspogromnacht, dem antijüdischen Pogrom der Nationalsozialisten vom 9. November 1938, und der Situation in den USA Anfang 2021.<sup>03</sup>

Es verwundert daher nicht, dass Adolf Hitler im öffentlichen Diskurs heute dominanter ist als noch vor einer Generation. Zwischen 1995 und 2018 stieg die Häufigkeit, mit der Hitler in englischsprachigen Büchern erwähnt wurde, um erstaunliche 55 Prozent. In spanischsprachigen Büchern stieg die Frequenz im gleichen Zeitraum sogar um mehr als 210 Prozent.<sup>04</sup> Dieser Anstieg ist sowohl ein Resultat einer sich breit machenden Krisenwahrnehmung als auch eines anderen Phänomens: ein Bewusstsein, wie sehr die Welt, in der wir heute leben, direkt und indirekt auf die Schrecken des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkrieges zurückgehen.

Doch nicht überall beruft man sich auf die 1933 entstandene Welt, um die heutige Situation

zu verstehen und zu deuten. Seltsamerweise hat ein Land im Herzen Europas eine andere Richtung eingeschlagen: Deutschland selbst. Hier nämlich sank die Häufigkeit, mit der Hitler in Büchern genannt wurde, zwischen 1995 und 2018 um mehr als zwei Drittel. Der gleiche Trend gilt für andere Begriffe, die auf das dunkelste Kapitel der deutschen Vergangenheit verweisen, etwa „Nationalsozialismus“ und „Auschwitz“.<sup>05</sup> Ein nachlassendes Interesse am Nationalsozialismus sollte jedoch nicht zur falschen Annahme führen, das heutige Deutschland sei weniger stark vom Erbe des „Dritten Reiches“ und dem Schrecken, den die Deutschen in ganz Europa verbreiteten, geprägt. Das Erbe des Nationalsozialismus bestimmt, wer die Deutschen sind, und dies seit dem Tag, an dem Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde.

## NEUER „SONDERWEG“

In Deutschland wurde wohl auch deshalb nicht mehr so viel explizit über den Nationalsozialismus publiziert, weil man meinte, das Land habe aus der Vergangenheit gelernt und ein vorbildliches politisches System mit einer entsprechenden Gesellschaft aufgebaut, die die Lehren aus dem Nationalsozialismus verinnerlicht habe. Das vorherrschende Narrativ der frühen Berliner Republik lautete, Deutschland habe im 19. und frühen 20. Jahrhundert einen „Sonderweg“ in Richtung Diktatur und Völkermord eingeschlagen. Mit der Wiedervereinigung 1990 habe das Land diesen jedoch endgültig verlassen und sei vollständig im Westen angekommen.<sup>06</sup> Nach dieser Lesart war die Berliner Republik eine neue Akteurin in der internationalen Politik, die Seite an Seite mit ihren Partnern in Europa und der Welt den Frieden und die Stabilität im In- und Ausland sicherte.

Die unterschiedliche Häufigkeit, mit der in Deutschland und im Ausland in Büchern auf Hitler, Auschwitz und den Nationalsozialismus verwiesen wird, zeigt jedoch, dass Deutschland

1990 den Sonderweg nicht verlassen, sondern vielmehr neu eingeschlagen hat. Deutschlands eigentlicher Sonderweg ist der seiner zweiten (Nachkriegs-)Republik, die 1990 gegründet wurde und, wenn man der Argumentation des Journalisten und Historikers Nils Minkmar folgt, im Zuge von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zusammengebrochen ist. Deutschlands zweite Republik, schreibt Minkmar, „nahm sich Ferien von der Geschichte, konnte endlich wie Faust den Augenblick genießen und schloss dazu, auch wie Faust, einen Pakt – mit Putin und mit bösen Folgen“.<sup>07</sup> Doch mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 fanden Deutschlands Ferien von der Geschichte ein jähes Ende. In den Worten des Bundeskanzlers Olaf Scholz: „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“<sup>08</sup> Scholz hat Recht, wenn er von einer Zeitenwende spricht, doch sie betrifft in erster Linie nicht „unseren Kontinent“, sondern zuvor zuerst sein eigenes Land. Der russische Einmarsch in die Ukraine machte vielen Deutschen die Realitäten der internationalen Politik schlagartig bewusst, die Deutschlands Nachbarn schon seit längerer Zeit gegenwärtig waren.

Der faustische Pakt war nicht aus Böswilligkeit geboren – Deutschlands zweite Republik war mit den besten Absichten gegründet und regiert worden. Es hatte vielmehr eine gewisse Kurzsichtig-

keit geherrscht, die viele Deutsche daran hinderte, das zu sehen, was viele ihrer internationalen Partner nach den früheren Invasionen Russlands oder dem Abschuss von MH17 – dem Malaysia-Airlines-Flugzeug, das im Juli 2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur von einer russischen Rakete im ukrainischen Luftraum abgeschossen wurde – längst erkannt hatten. Und diese Kurzsichtigkeit ist eng mit den normativen Schlüssen verbunden, die die Protagonisten der zweiten deutschen Republik aus der Erfahrung des Landes mit dem Nationalsozialismus gezogen hatten und die sich recht drastisch von denen, die andere Länder daraus gezogen hatten, unterschieden.

Infolgedessen setzten viele Deutsche auf *soft power* und hatten wenig für *hard power* übrig – ohne sich klarzumachen, dass Ersteres nur heiße Luft ist, wenn es mit Letzterem nicht einhergeht. Zugleich wurde vielfach nicht erkannt, dass Putins aggressives Vorgehen seit dem Tag seiner Amtsübernahme in der Tradition früherer Phasen der russischen Geschichte steht. Dies spiegelt sich auch in einem steilen Rückgang der Verweise in deutschsprachigen Publikationen auf Begriffe wider, die mit den dunklen Seiten der russischen Vergangenheit in Verbindung gebracht werden, wie „Gulag“, „Stalin“, „Prager Frühling“ oder „Volksaufstand“.<sup>09</sup> In englischsprachigen Büchern blieb die Zahl der Nennungen der Begriffe „Stalin“ und „Prague Spring“ zwischen 1995 und 2018 relativ konstant, die Erwähnung des „Gulag“ nahm sogar stark zu.<sup>10</sup>

Die Illusionen, die man sich in Deutschland machte, standen letztlich sowohl einer noch erfolgreichereren europäischen Integration als auch der Schaffung einer noch haltbareren Sicherheits- und Friedensarchitektur im Weg. Minkmar meint daher, dass aus den Ruinen der zweiten eine dritte Republik entstehen müsse: eine, die weniger kurzfristig auf die Welt um sie herum blickt und die „Naivität“ des Denkens über die Welt hinter sich lässt.<sup>11</sup> Daher gilt es, Lehren aus dem „Dritten Reich“ für die dritte Republik herauszuarbeiten.

**01** Roger Cohen, *Trump's Weimar America*, 14. 12. 2015, [www.nytimes.com/2015/12/15/opinion/weimar-america.html](https://www.nytimes.com/2015/12/15/opinion/weimar-america.html).

**02** Niall Ferguson, „Weimar America“? The Trump Show Is No Cabaret, 6. 9. 2020, [www.washingtonpost.com/business/weimar-america-the-trump-show-is-no-cabaret/2020/09/06/adbb62ca-f041-11ea-8025-5d3489768ac8\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/business/weimar-america-the-trump-show-is-no-cabaret/2020/09/06/adbb62ca-f041-11ea-8025-5d3489768ac8_story.html).

**03** Vgl. Thomas Weber, *Trump Is Not a Fascist. But That Didn't Make Him Any Less Dangerous to Our Democracy*, 24. 1. 2021, <https://edition.cnn.com/2021/01/24/opinions/trump-fascism-misguided-comparison-weber/index.html>.

**04** Vgl. Google N-Gramm-Analysen für „Hitler“ und „Auschwitz“ in englischer und spanischer Sprache, erstellt am 10. 8. 2022: <https://t1p.de/ngramspanish> und <https://t1p.de/ngramenglish>.

**05** Vgl. Google N-Gramm-Analysen für „Hitler“, „Auschwitz“ und „Nationalsozialismus“ in deutscher Sprache, erstellt am 10. 1. 2022: <https://t1p.de/ngramgerman>.

**06** Vgl. Heidi Tworek/Thomas Weber, *Das Märchen vom Schicksalstag*, 8. 11. 2014, [www.faz.net/13253194.html](https://www.faz.net/13253194.html).

**07** Nils Minkmar, *Es lebe die Dritte Republik*, 10. 5. 2022, [www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/e195647](https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/e195647).

**08** Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz, 27. 2. 2022, [www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356](https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356).

**09** Vgl. Google N-Gramm-Analysen für „Stalin“, „Gulag“, „Prager Frühling“ und „Volksaufstand“ in deutscher Sprache, erstellt am 10. 8. 2022: <https://t1p.de/ngramstalingerman> und <https://t1p.de/ngramgulagpfvgerman>.

**10** Vgl. Google N-Gramm-Analysen für „Stalin“, „Gulag“ und „Prague Spring“ in englischer Sprache, erstellt am 10. 8. 2022: <https://t1p.de/ngramstalinenglish> und <https://t1p.de/ngramgulagpsenglish>.

**11** Vgl. Minkmar (Anm. 7).

## HISTORISCHE MISSVERSTÄNDNISSE

Der kurzfristige Blick auf die Vergangenheit beschränkt sich jedoch nicht auf Deutschland. Tatsächlich beruhen viele Lehren, die weltweit aus dem Jahr 1933 für die Krisenbewältigung der 2020er Jahre gezogen werden, auf historischen Missverständnissen. So gibt es zwar unzählige Bücher über das „Dritte Reich“ und seine Schrecken, vielfach aber, und ohne es zu merken, reproduzieren sie Klischees, die auf NS-Propagandaminister Joseph Goebbels zurückgehen, oder sie stellen Hitler und die Nationalsozialisten nur als von Hass, Rassismus und Antisemitismus getriebene Wahnsinnige dar. Solche Ansätze werden jedoch nie erfassen, warum sich so viele Anhänger des Nationalsozialismus als Idealisten verstanden. Und sie werden nicht erklären können, warum laut Hitler Vernunft, nicht Emotion, das Handeln des Nationalsozialismus bestimmen sollte.<sup>12</sup>

Ein reduktionistischer Ansatz in der Frage, was Hitler und andere Nationalsozialisten ausmachte, ist gefährlich. Er verleitet uns nämlich, in der heutigen Welt nach falschen Warnzeichen Ausschau zu halten und an den falschen Orten nach Hitler-Wiedergängern und Nationalsozialisten zu suchen. So sei die Lektüre von Thomas Manns Essay „Bruder Hitler“ aus dem Jahr 1938 empfohlen, in dem er den Diktator als ein Produkt derselben Traditionen darstellt, in denen er selbst aufgewachsen war. Er öffnet damit die Augen für die Erkenntnis, dass es nicht die wütenden Schreihäse, sondern vor allem Menschen „wie wir“ sind, die sich in Krisenzeiten für eine Demontage der Demokratie offen zeigen. Tatsächlich wird, sobald wir die Ideenwelt der Nationalsozialisten ernst nehmen, in verstörender Weise deutlich, dass viele Menschen diese Politik in der Zeit von den 1920ern bis in die 1940er Jahre aus nahezu denselben Gründen unterstützten, aus denen wir heute den Nationalsozialismus so vehement ablehnen – nicht zuletzt aus der Über-

zeugung heraus, dass politische Legitimität vom Volk ausgehen soll und dass Gleichheit ein Ideal ist, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Es gilt daher, verschiedene Missverständnisse in Bezug auf den Tod der Demokratie im Jahr 1933 auszuräumen, wie sie noch heute an deutschen Schulen gelehrt werden, darunter die Vorstellung, dass die Saat der Selbstzerstörung Weimars bereits 1919 gelegt wurde, dass die „instabile Weimarer Verfassung (...) letztlich zur Selbstauflösung der ersten deutschen Demokratie“ führte, dass „regierungsfähige Koalitionen unmöglich [wurden], da es zu viele Splitterparteien gab“,<sup>13</sup> dass der Aufstieg Hitlers aus der Stärke der deutschen Konservativen resultierte, dass die Weltwirtschaftskrise *die* entscheidende Rolle beim Tod der deutschen Demokratie spielte, dass die Deutschen die Nationalsozialisten unterstützten, weil sie sich nach der Rückkehr des Obrigkeitsstaates der Vergangenheit sehnten und Demokratie in jeglicher Form ablehnten, oder dass das Handeln der Nationalsozialisten nur wenig dazu beitrug, Hitler an die Macht zu bringen – was etwa in der Tendenz deutlich wird, in Bezug auf die Ereignisse von 1933 nur von einer „Machtübertragung“ zu sprechen und nicht von einem Prozess, der gleichermaßen „Machtübertragung“ und „Machtergreifung“ war.<sup>14</sup>

Die Überzeugungen der Nationalsozialisten und die Anziehungskraft ihrer Ideen können nicht verstanden werden, wenn wir die zentralen scheinbaren Widersprüche im Kern des Nationalsozialismus nicht ernst nehmen, nämlich dass die Nationalsozialisten die Demokratie und den Sozialismus im Namen der Überwindung einer allumfassenden, existenziellen Megakrise und der Schaffung einer angeblich besseren und wahreren Demokratie und eines wahreren Sozialismus zerstörten. Die Nationalsozialisten predigten, dass alle Macht vom Volk ausgehen müsse, nicht aus unaufrichtigem und opportunistischem Machiavellismus, sondern weil sie daran glaubten. Das Versprechen einer nationalsozialistischen illiberalen „Volksgemeinschaftsdemokratie“ als kol-

**12** So lehnte Hitler in seiner ersten bekannten schriftlichen antisemitischen Äußerung – dem sogenannten Gemlichbrief von 1919 – einen „Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen“ ab und trat für einen „Antisemitismus der Vernunft“ ein. Vgl. Hitler an Adolf Gemlich, 16. 9. 1919, wiedergegeben in: German Historical Institute Washington DC, Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, o. D., [https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/NAZI\\_HITLER\\_ANTI\\_SEMITISM1\\_DEU.pdf](https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/NAZI_HITLER_ANTI_SEMITISM1_DEU.pdf).

**13** Vgl. Fabio Schwabe, Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik, 12. 3. 2021, [www.geschichte-abitur.de/weimarer-republik/gruende-fuer-das-scheitern](http://www.geschichte-abitur.de/weimarer-republik/gruende-fuer-das-scheitern).

**14** Vgl. Hans-Jürgen Lenzian (Hrsg.), Zeiten und Menschen. Geschichte, Qualifikationsphase Oberstufe Nordrhein-Westfalen, Braunschweig 2019, S. 237–264; Ulrich Baumgärtner et al. (Hrsg.), Horizonte. Geschichte Qualifikationsphase, Sekundarstufe II Nordrhein-Westfalen, Braunschweig 2015, S. 242–270.

lektivistische und ausgrenzende Auffassung von Selbstbestimmung fand breiten Anklang und versprach, die angeblich seit Jahrhunderten größte Krise zu überwinden. Dies hat 1933 ermöglicht und schließlich die Welt vor die Tore der Hölle gebracht.

Versteht man den Nationalsozialismus also als eine Erscheinungsform der illiberalen Demokratie, sehen wir, dass die heutigen Varianten der illiberalen Demokratie in Krisenzeiten sehr leicht in etwas noch viel Schlimmeres abgleiten könnten, als wir es gegenwärtig an vielen Orten der Welt erleben. Wenn wir auf eine reduktionistische Darstellung des Nationalsozialismus verzichten, werden wir erkennen, dass die Parallelen zwischen Gegenwart und Vergangenheit in erster Linie in den Gefahren liegen, die von der illiberalen Demokratie und der allgemeinen Krisenwahrnehmung ausgehen.

Wenn wir außerdem den Nationalsozialismus als politische Religion verstehen, können wir verstehen, warum die Deutschen seinem Sirenen Gesang massenhaft folgten. Hitlers politische Religion verlangte von Konvertiten eine doppelte Verpflichtung: zum einen zur nationalsozialistischen Orthodoxie – dem Festhalten an „korrekten“ Überzeugungen und der Ausübung von Ritualen – und zum anderen zur nationalsozialistischen Orthopraxis – dem von der Orthodoxie vorgeschriebenen „ethischen“ Verhalten. Auf diese Weise wurde Gewalttaten und Kriegshandlungen gegen innere und äußere „Volksfeinde“ eine moralische und sogar heroische Bedeutung verliehen – weil sie vermeintlich einem „höheren“ Zweck, dem Wohl der eigenen „Volksgemeinschaft“, dienten. Die Glaubenssysteme des Nationalsozialismus sind daher untrennbar mit der Gewalt und den Schrecken des „Dritten Reiches“ verbunden. Anders ausgedrückt: Während es durchaus zutreffen mag, dass die liberale Demokratie eine „Friedensdividende“ mit sich bringt, kann die illiberale Demokratie – jedenfalls in ihren totalitären, messianischen Inkarnationen – leicht eine „Genozid- und Kriegsdividende“ generieren, wenn die Menschen meinen, eine existenzielle Krise auf diese Weise überwinden zu können.

So, wie die nationalsozialistische Gedankenwelt als ein Haupttreiber für gewalttätiges und extremes Verhalten ernst zu nehmen ist, sollten auch die Nationalsozialisten selbst als politische Akteure mit einem klaren Plan für die Zukunft verstanden werden. Zwar sah es oftmals so aus,

als würden sie lediglich auf andere reagieren, doch genau dieser reaktive Charakter des nationalsozialistischen Handelns war eine Taktik – und zwar eine sehr erfolgreiche, die nicht nur die Entwicklungen 1933, sondern auch die Dynamik der zwölfjährigen NS-Herrschaft erklärt. Der Weg von der Machtübernahme zur Siedlungspolitik im Osten, zum totalen Krieg und zu einer Kriegspolitik der Ausrottung und des Völkermords war keineswegs lang und verschlungen – in der Selbstwahrnehmung seiner Akteure war er der Weg zur Überwindung einer existenziellen Polykrise.

## WAS LEHRT UNS 1933?

Die Art und Weise, wie es den Nationalsozialisten gelang, die Macht zu ergreifen, zu festigen und schließlich eine radikale Politik zu verfolgen, hat mehr mit der Gewieftheit von Frank Underwood, dem fiktiven US-Präsidenten aus der Netflix-Serie „House of Cards“, gemein als mit vielen der Darstellungen, die infrage stellen, dass ihr Aufstieg ein kühl kalkulierter war. Der Politikstil und das Illusionsspiel der Nationalsozialisten, die Aushöhlung und Zerstörung von Normen und Institutionen sowie das Verfolgen einer versteckten Agenda werden immer mehr zu Merkmalen von Politik auch in unserer Zeit. Das Jahr 1933 zu verstehen, sollte daher helfen, auch heutige Herausforderungen besser zu verstehen.

Wir brauchen daher eine wehrhafte Demokratie mit starken Leitplanken, um der Wahrnehmung einer existenziellen Polykrise begegnen zu können. Dazu gehören starke parteipolitische Organisationen, die – anders als in Tagträumen von der Umwandlung von Parteien in „Bewegungen“ – die interne Übernahme durch Radikale verhindern. Entscheidend ist, dass starke Parteistrukturen auch ein Instrumentarium bieten, um mit polarisierten Gesellschaften umzugehen, indem sie Spaltungen sowohl repräsentieren als auch eindämmen. Hierbei ist vor allem das Verhalten konservativer Parteien von Bedeutung. Der deutsche Konservatismus spielte beim Sturz der Weimarer Demokratie eine zentrale Rolle, allerdings auf kontraintuitive Weise, nämlich nicht durch seine Stärke, sondern durch seine Schwäche und die Zersplitterung seiner Organisationen.

Leitplanken bieten jedoch wenig oder gar keinen Schutz, wenn sie schlecht positioniert sind. So offenbart ein Blick über den deutschen Tellerand, dass wir beim Versuch, unsere eigene Demo-

kratie wetterfest und krisenresistent zu machen, möglicherweise mehr von Fällen, in denen 1933 die Demokratie überlebte, lernen können als vom Tod der Demokratie in Deutschland. Die Niederlande beispielsweise hatten eine widerstandsfähige politische Struktur beziehungsweise eine wehrhafte Demokratie *avant la lettre* etabliert, die fähig war, mit einem breiten Spektrum von Schocks für ihr System umzugehen und flexibel auf Krisen zu reagieren. Infolgedessen mussten die Niederländer die spezifischen Bedrohungen von 1933 nicht vorhersehen, da ihre Krisenpräventions- und -reaktionskapazitäten groß genug waren, um die Etablierung einer einheimischen Diktatur zu vermeiden. Der Vergleich zeigt auch, dass manche vermeintliche Leitplanken der heutigen Demokratie in Deutschland – wie die Fünfprozenthürde bei Wahlen – weitgehend nutzlos sind und nur scheinbar Sicherheit bieten.

Das Problem der Betrachtung spezifischer Fälle des Zusammenbruchs der Demokratie, inklusive des deutschen Falles 1933, birgt eine Gefahr: dass die wichtigsten Variablen nur unzureichend erkannt werden und zu enge Schlussfolgerungen gezogen werden. Der genaue historische Kontext des Zusammenbruchs einer politischen Ordnung wird immer unterschiedlich sein, ebenso wie die Wahrnehmung einer existenziellen Polykrise und ihrer politischen Folgen. Deshalb ist es sinnvoll, Staaten und Gesellschaften aus der Vergangenheit zu identifizieren, die gegenüber einer möglichst großen Bandbreite von Schocks resilient waren. Oder wie es der Historiker Niall Ferguson ausdrückt: „Alles, was wir aus der Geschichte lernen können, ist, wie man soziale und politische Strukturen aufbaut, die zumindest widerstandsfähig und bestenfalls antifragil sind (...), und wie man den Sirenenstimmen widersteht, die eine totalitäre Herrschaft oder eine Weltregierung als notwendig für den Schutz unserer unglücklichen Spezies und unserer verletzlichen Welt vorschlagen.“<sup>15</sup>

Dennoch ist der Fall der Weimarer Republik 1933 eine Warnung, wohin nicht eingedämmte Krisenwahrnehmungen führen können. Schließ-

lich waren es das Polykrisenbewusstsein Hitlers und die damit einhergehende individuelle und kollektive Existenzangst, die den Kern der Entstehung von Hitlers politischem und genozidalem Antisemitismus ausmachten. Hinzu kamen die Identifizierung der Juden mit dieser Krise sowie die Umsetzung dieser Identifizierung in ein Programm totaler Lösungen, um sich dauerhaft zu „schützen“.<sup>16</sup>

Die vielleicht wichtigste Warnung, die das vergangene Jahrhundert für uns bereithält, ist somit, dass die größten und schrecklichsten Krisen der Welt überhaupt erst entstehen, wenn wir kopflos und ohne Maß und Mitte versuchen, tatsächliche oder vermeintliche Krisen einzudämmen.<sup>17</sup>

Dieser Beitrag ist ein überarbeiteter Auszug aus Thomas Weber (Hrsg.), *Als die Demokratie starb. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten – Geschichte und Gegenwart*, Freiburg/Br. 2022.

#### THOMAS WEBER

ist Professor für Geschichte und internationale Angelegenheiten an der University of Aberdeen, Schottland/Vereinigtes Königreich, und Visiting Fellow an der Hoover Institution, Stanford University, USA.

t.weber@abdn.ac.uk

<sup>15</sup> Niall Ferguson, *Doom. The Politics of Catastrophe*, London 2022, S. 17, eigene Übersetzung.

<sup>16</sup> Vgl. Thomas Weber, *Germany in Crisis. Hitler's Antisemitism as a Function of Existential Anxiety and a Quest for Sustainable Security*, in: *Antisemitism Studies* (i. E.).

<sup>17</sup> Vgl. Beatrice de Graaf, *Crisis!*, Amsterdam 2022.



# „Schreck! Hitler, Reichskanzler!“

*Die nationalsozialistische Machtübernahme aus heutiger Perspektive*

**25. Januar 2023, 17 – 19 Uhr, Zoom**

„Die Nachricht, dass Hitler Reichskanzler. Schreck. Es nie für möglich gehalten“, notierte Schriftsteller Klaus Mann in sein Tagebuch. Die NSDAP ging als stärkste Kraft aus den vorherigen Reichstagswahlen hervor und Adolf Hitler übernahm am 30. Januar 1933 die Regierungsgeschäfte – der Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft.

Über die Bedingungen, was letztlich den Erfolg der Nationalsozialisten ermöglichte, wurde in den Geschichts- und Politikwissenschaften lange gestritten. Warum eigentlich? Und was bedeutete die „Machtergreifung“ für das Land? Wurde das Reich über Nacht zur Diktatur? 90 Jahre nach der Zäsur, die in den Abgrund führte, stellen sich noch immer diese und andere Fragen.

Es sprechen und diskutieren:

Dr. Nadine Rossol (University of Essex)

Prof. Dr. Thomas Weber (University of Aberdeen)

Moderation: Dr. Andrea Riedle (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

**Anmeldung für die kostenfreie Online-Veranstaltung:  
[www.bpb.de/januar-1933](http://www.bpb.de/januar-1933)**

# 1923 ALS SCHLÜSSELJAHR FÜR 1933?

*Volker Ullrich*

Er glaube, Geschichte gründlich zu kennen, schrieb der Schriftsteller Stefan Zweig in seiner im Exil verfassten Autobiografie „Die Welt von gestern“, doch seines Wissens habe sie „nie eine ähnliche Tollhauszeit von solchen riesigen Proportionen produziert“.<sup>01</sup> Die Rede war von 1923 – einem Jahr, in dem die Geldentwertung in Deutschland schwindelerregende Ausmaße annahm, das politische System dem Kollaps nahe war, rechte und linke Extremisten zum Sturm auf die Republik ansetzten und separatistische Bestrebungen im Rheinland den Bestand des Reiches bedrohten. Im Herbst 1923 stand das Land buchstäblich am Abgrund. Schon Zeitgenossen erschien es fast wie ein Wunder, dass die erste deutsche Demokratie diese existenzielle Gefährdung überlebte.<sup>02</sup>

## RUHRBESETZUNG

Das Jahr hatte bereits mit einem Paukenschlag begonnen. Am 11. Januar waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert. Zur Begründung wurde angeführt, dass die deutsche Regierung ihren im Friedensvertrag von Versailles übernommenen Verpflichtungen zur Lieferung von Schnittholz, Telegrafentangen und Kohle nicht nachgekommen sei. Doch das war ein Vorwand. In Wirklichkeit ging es Frankreich darum, Deutschland in seiner Wirtschaftskraft nachhaltig zu schwächen, indem es das wichtigste deutsche Industrieviertel unter seine Kontrolle brachte. Auf diesem Wege hofften die maßgeblichen französischen Politiker und Militärs, allen voran Ministerpräsident Raymond Poincaré, doch noch erreichen zu können, was ihnen in Versailles wegen des Widerstands der Amerikaner und Briten verwehrt geblieben war: die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete vom Deutschen Reich und damit Sicherheit vor dem potenziell gefährlichen Nachbarn im Osten auf erdenkliche Zeit.<sup>03</sup>

Die Ruhrbesetzung löste in Deutschland einen Aufschrei der Empörung und eine Welle nationaler Solidarität aus. „Im Augenblick ist jeder Klassenhass der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber

durch die patriotische Welle hinweggeschwemmt worden. Das ganze Land scheint in einer Einheit verschmolzen“, beobachtete der britische Botschafter in Berlin, Edgar Vincent D’Abernon.<sup>04</sup> Die deutsche Regierung unter Reichskanzler Wilhelm Cuno, vormals Generaldirektor der Hamburger Großreederei Hapag, unterbrach alle Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien und rief die Bevölkerung zum „passiven Widerstand“ auf. Die Besatzungsmächte antworteten mit rigorosen Gegenmaßnahmen. Beamte, die ihren Befehlen nicht Folge leisteten, wurden ausgewiesen, Betriebe stillgelegt, Lieferungen von Kohle aus dem besetzten Gebiet in das Reich untersagt, Kundgebungen und Streiks verboten, Zeitungen unter Vorzensur gestellt. Auf Verstöße gegen ihre Anordnungen reagierten die Besatzungstruppen mit großer Härte. Bei gewaltsamen Zusammenstößen gab es immer wieder Tote.

Dadurch sahen sich jene Kräfte in Deutschland ermutigt, die nur darauf warteten, vom passiven in den aktiven Widerstand überzugehen. Im März und April verübten Sabotagekommandos zahlreiche Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnanlagen im besetzten Gebiet. Einer der Terroristen, der ehemalige Freikorpskämpfer Albert Leo Schlageter, wurde im Mai von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen. Die gesamte politische Rechte, von den Deutschnationalen bis zu den Nationalsozialisten, feierte Schlageter als nationalen Märtyrer. Der Dramatiker Hanns Johst, der spätere Präsident der NS-Reichsschrifttumskammer, widmete ihm ein Schauspiel, das ihn als „Ersten Soldaten des Dritten Reiches“ verklärte. Die Uraufführung sollte am 20. April 1933, Hitlers erstem Geburtstag als Reichskanzler, im Staatlichen Schauspielhaus Berlin stattfinden.<sup>05</sup>

Im Laufe des Frühjahrs und Frühsommers 1923 wurde deutlich, dass der passive Widerstand auf Dauer nicht durchzuhalten war. Denn er verursachte ungeheure Kosten. Die ausgewiesenen Beamten mussten unterstützt, die Löhne der Arbeiter in den stillgelegten Betrieben fortgezahlt werden. Gleichzeitig brachen die Steuerein-

nahmen aus dem besetzten Gebiet weg. Den steigenden Finanzbedarf deckte die Regierung durch eine hemmungslose Betätigung der Notenpresse. Die Verschuldung des Reiches stieg sprunghaft an, und mit ihr beschleunigte sich der Verfall der deutschen Währung.

## INFLATION

Die Inflation hatte bereits im Weltkrieg eingesetzt. Das Deutsche Reich hatte den Krieg nicht durch eine Erhöhung der Steuern, sondern überwiegend durch inländische Anleihen finanziert – in der irrigen Annahme, dass man dem besiegten Gegner die Rückzahlung aufbürden könne. Und die demokratischen Nachkriegsregierungen hatten keine Anstrengungen unternommen, um den Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Inflationspolitik bot einen doppelten Vorteil: Einerseits konnten dadurch soziale Leistungen finanziert und radikale Tendenzen in der Arbeiterschaft aufgefangen werden; andererseits war sie ein probates Mittel, um den Alliierten die Unerfüllbarkeit ihrer Reparationsforderungen vor Augen zu führen.<sup>06</sup>

Die Entwertung der Währung verlief zunächst schleichend und dann in immer schnellerem Tempo. „Wie die Fieberkurve eines Schwerkranken zeigt der Dollarstand täglich den Fortschritt unseres Verfalls“, bemerkte der Diplomat und Kunstmäzen Harry Graf Kessler Anfang November 1922, als für einen Dollar bereits 9000 Mark gezahlt werden mussten.<sup>07</sup> Zwischen Februar und

April 1923 gelang es der Reichsbank noch einmal, den Außenwert der deutschen Währung bei rund 21 000 Mark für einen Dollar zu stabilisieren. Danach aber setzte sich der Sturz ins Bodenlose fort. Ende Juli notierte der Dollar bereits mit über einer Million Mark.<sup>08</sup>

Parallel dazu stiegen die Preise nicht nur täglich, sondern stündlich. Anfang August hielt der an der Technischen Hochschule in Dresden lehrende Romanist Victor Klemperer eine bezeichnende Episode fest: Auf der Rückfahrt von ihrem Urlaub an der Ostsee bestellte seine Frau Eva in einem Wartesaal eine Tasse Kaffee: „Die Preistafel zeigte 6000 M. Das verschwand, während sie trank. Beim Kassieren verlangte der Kellner 12000. Sie sagte, es hätte doch vorhin dort 6000 gestanden. Ach, Sie waren schon während des alten Preises hier? Dann zahlen Sie 6000!“<sup>09</sup>

Die Hyperinflation traf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich hart. Zu den Verlierern gehörten vor allem Sparer und jene Bürger, die Kriegsanleihen gezeichnet hatten und nun mit ansehen mussten, wie sich ihre Vermögen buchstäblich in Nichts auflösten. Schwer zu leiden hatten auch die Rentner und Empfänger öffentlicher Unterstützungen, weil die Zahlungen immer erst verzögert und unzureichend der galoppierenden Geldentwertung angepasst wurden. Das galt auch für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die feste Monatsgehälter bezogen. Eindeutig privilegiert waren hingegen die Sachwertbesitzer, deren Vermögen an Grund- und Hausbesitz unangetastet blieb, sowie alle, die Schulden gemacht hatten und diese nun mit wertlosem Geld abtragen konnten. Zu den Inflationsgewinnern zählten vor allem die industriellen Großunternehmen. Ihr Anlagevermögen blieb stabil, und sie erhielten billige Kredite, die es ihnen erlaubten, für einen Spottpreis Fabrikanlagen, Immobilien und ganze Firmen zu erwerben. Besonders skrupellos ging der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes vor. Er kaufte zusammen, was nur zu kaufen war: Betriebe, Landgüter, Schiffe, Hotels, Zeitungen. So entstand ein riesiges Wirtschaftsimperium, wie man es in Deutschland noch nicht gekannt hatte. Es gebe im ganzen Land keinen zweiten, schrieb die Zeitschrift „Die Weltbühne“ im März 1922, der

**01** Stefan Zweig, *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers*, Stuttgart–Hamburg 1964, S. 364 f.

**02** Vgl. auch zum Folgenden Volker Ullrich, *Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund*, München 2022.

**03** Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, Paderborn 1985; Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hrsg.), *Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.

**04** Edgar Viscount D’Abernon, *Ein Botschafter der Zeitwende. Memoiren, Bd. II: Ruhrbesetzung*, Leipzig 1930, S. 189 (21. 1. 1923).

**05** Vgl. Manfred Franke, *Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden*, Köln 1980.

**06** Vgl. Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, Oxford–New York 1997.

**07** Harry Graf Kessler, *Das Tagebuch 1880–1937, Bd. 7: 1919–1923*, hrsg. von Angela Reinthal, Stuttgart 2007, S. 567 (7. 11. 1922). Zum Kursverfall vgl. die Tabellen bei Feldman (Anm. 6), S. 505; Frederick Taylor, *Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas*, München 2013, S. 165.

**08** Vgl. Tabelle bei Feldman (Anm. 6), S. 643.

**09** Victor Klemperer, *Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1918–1924*, hrsg. von Walter Nowojski, Berlin 1996, S. 725 (2./3. 8. 1923).

„soviel Macht in seiner Hand zusammengeballt hat wie Hugo Stinnes“.<sup>10</sup>

Nicht nur das Geld verlor weitgehend seinen Wert. Auch bisher gültige Normen und Werte erfuhren eine fundamentale Entwertung. Tugenden wie Sparsamkeit, Rechtschaffenheit und Gemeinsinn verloren ihre Verbindlichkeit; Egoismus, Skrupellosigkeit und Zynismus waren Trumpf. Der Verlust des Vertrauens in die Währung zog den Verlust des Vertrauens in die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung nach sich. Worauf war denn noch Verlass, wenn das möglich war? Diese Frage stellte sich wie viele Angehörige seiner Generation auch der damals 17-jährige Klaus Mann, der älteste Sohn Thomas Manns. „Unser bewusstes Leben begann in einer Zeit beklemmender Ungewissheit“, schrieb er in seiner Autobiografie „Der Wendepunkt“. „Da um uns herum alles barst und schwankte, woran hätten wir uns halten, nach welchen Gesetzen orientieren sollen?“<sup>11</sup>

Da die Zukunft ungewiss war, lebten viele Menschen für den Genuss des Augenblicks. „Nach uns die Sintflut“ lautete die Devise. Die Vergnügungsindustrie boomte wie nie zuvor. Clubs, Bars, Nachtlokale schossen wie Pilze aus dem Boden. Eine wahre „Tanzwut“ griff um sich. Nacktheit wurde mit einer nie zuvor gekannten Freizügigkeit zur Schau gestellt. In Berlin machte die Nackttänzerin Anita Berber Furore. Grell geschminkt, dem Kokain zugeneigt, verkörperte die knabenhaft schlanke, dunkle Schönheit wie keine zweite die fiebrige Atmosphäre der Inflationszeit.<sup>12</sup>

Luxus und Vergnügungsgier der Neureichen kontrastierten scharf mit dem Elend der breiten Masse der Bevölkerung. Das Geld, über das man verfügte, möglichst rasch auszugeben, bevor es weiter an Wert verlor, wurde zu einer Überlebensfrage. In Phasen besonders schneller Teuerung kam es zu regelrechten „Kaufpaniken“. Vielerorts griffen die notleidenden Menschen zur Selbsthilfe und plünderten Gemüseläden und Bäckereien. Wie die überkommenen Moralvorstellungen lösten sich auch die traditionellen

bürgerlichen Eigentumsbegriffe auf. Kriminalitätsdelikte nahmen im selben Tempo zu, wie der Wert der Mark verfiel. Eine „Art Alltagsanarchismus“, ein Kampf aller gegen aller, war die Folge.<sup>13</sup>

## POLITISCHE ZERREIßPROBEN

Bis Sommer 1923 hatte die fortschreitende Verelendung eine explosive Stimmung aus Erbitterung und Verzweiflung erzeugt. Sie entlud sich in einer Serie von Streiks. Am 13. August trat Reichskanzler Cuno, der mit seiner Politik auf ganzer Linie gescheitert war, zurück. Reichspräsident Friedrich Ebert beauftragte den Vorsitzenden der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), Gustav Stresemann, mit der Nachfolge. Der rhetorisch brillante Parlamentarier, der sich nach 1918 von einem Herzensmonarchisten zum Vernunftrepublikaner gewandelt hatte, bildete eine Große Koalition aus DVP, linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei (DDP), katholischem Zentrum und SPD. „Noch niemals zuvor hat eine Regierung ihr Amt in einem schwierigeren Augenblick übernommen als dem gegenwärtigen“, berichtete der österreichische Gesandte Richard Riedl aus Berlin.<sup>14</sup> Die Probleme, vor die sich Stresemann und sein Kabinett gestellt sahen, waren in der Tat erdrückend. Der passive Widerstand an der Ruhr stand faktisch vor dem Zusammenbruch. Die Hyperinflation ging von Tag zu Tag ungebremst weiter. Als Stresemann sein Amt antrat, stand der Dollarkurs bei 3,7 Millionen Mark, bis Ende September stieg er auf 160 Millionen.<sup>15</sup>

Ohne eine Sanierung der Währung war an eine wirtschaftliche Erholung nicht zu denken. Das aber setzte voraus, dass mit der finanziell untragbaren Subventionierung des Ruhrkampfes Schluss gemacht wurde. Am 26. September verkündete Stresemann den Abbruch des passiven Widerstands. Die nationalistische Rechte entfesselte daraufhin eine wüste Kampagne gegen ihn. Noch am gleichen Tag verhängte die bayerische Staatsregierung den Ausnahmezustand und ernannte den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Gustav Ritter von Kahr, zum „Generalstaatskommissar“ mit weitreichenden Voll-

**10** Frank Faßland, Wirtschaftsführer. Hugo Stinnes, in: Die Weltbühne, 16. 3. 1922, S. 267. Vgl. Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924, München 1998, S. 739ff.

**11** Klaus Mann, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1963, S. 108.

**12** Vgl. Lothar Fischer, Anita Berber. Die Göttin der Nacht, Berlin 2007.

**13** Jens Bisky, Berlin. Biographie einer großen Stadt, Berlin 2019, S. 467.

**14** Zit. nach Eberhard Kolb, Gustav Stresemann, München 2003, S. 76.

**15** Vgl. Taylor (Anm. 7), S. 293.

machten. Das kam einem Akt der Auflehnung gegen die Regierung in Berlin gleich. Diese verhängte am 27. September den Ausnahmezustand über das Reich und betraute Reichswehrminister Otto Geßler mit der vollziehenden Gewalt. Doch vor einer offenen Kraftprobe mit dem abtrünnigen Bayern scheute Stresemann nicht zuletzt deshalb zurück, weil er sich für diesen Fall der Loyalität der Reichswehr nicht sicher sein konnte.<sup>16</sup>

Nicht nur der schwelende Konflikt mit Bayern belastete die Arbeit der Großen Koalition. Im Herbst 1923 hielt man in Moskau die Situation reif für einen bewaffneten Aufstand, einen „deutschen Oktober“, der die proletarische Revolution nach Mittel- und Westeuropa tragen und die Sowjetunion aus ihrer Isolierung befreien sollte. Als Sprungbrett sollte der Eintritt der Kommunisten in die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen von Sachsen und Thüringen dienen. Doch auf einer Konferenz der Betriebsräte in Chemnitz am 21. Oktober zeigte sich, dass das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und die KPD-Führung die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft überschätzt hatten. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt, in einen Generalstreik einzutreten, der das Signal zum Aufstand geben sollte. Der „deutsche Oktober“ fand nicht statt. Ein isoliert bleibender Aufstand in Hamburg wurde rasch niedergeschlagen.<sup>17</sup>

Übte die Reichsregierung gegenüber den Provokationen aus München ein erstaunliches Maß an Nachsicht, so ging sie mit umso größerer Härte gegen die Einheitsfrontregierungen in Sachsen und Thüringen vor. Am 22. Oktober rollten Eisenbahnzüge, vollbesetzt mit Reichswehrtruppen aus allen Teilen Deutschlands, über die sächsische Grenze. „Sachsen ist mit Reichswehr überschwemmt; in zahllosen Trupps von 6–8 Mann patrouilliert scharfbewaffnetes, von Württemberg und Mecklenburg eingerücktes Militär durch die Straßen“, beobachtete die Autorin Thea Sternheim in Dresden.<sup>18</sup> Nachdem sich der sächsische Ministerpräsident, der SPD-Politiker Erich Zeigner, geweigert hatte, mitsamt seinem Kabinett zurückzutreten, begann am 29. Oktober die formel-

le Reichsexekution. Ein Reichskommissar wurde eingesetzt, der umgehend die Regierung Zeigner ihres Amtes enthob. Aus Protest gegen die ungleiche Behandlung Sachsens und Bayerns traten in Berlin die SPD-Minister am 2. November aus der Regierung der Großen Koalition aus. Stresemann führte fortan eine bürgerliche Minderheitsregierung. Vier Tage nach dem Bruch der Großen Koalition rückten Reichswehrtruppen in Thüringen ein und erzwangen auch hier das Ende der SPD/KPD-Regierung.<sup>19</sup>

Der Ruf nach einem „starken Mann“, der mit eiserner Hand Ordnung ins Chaos bringen und Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrages befreien sollte, erscholl nun in den Kreisen der radikalen Rechten immer lauter. Die Hoffnungen richteten sich dabei vor allem auf den Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt. Seit Mitte September wurde der General von maßgebenden Vertretern des Reichslandbundes, der mächtigen Lobbyorganisation der ostelbischen Großagrarien, der rechtskonservativen Deutschen Nationalen Volkspartei und des rechtsextremen Alldeutschen Verbandes bestürmt, sich als ein „Militärkanzler“ für eine autoritäre Lösung der Krise zur Verfügung zu stellen. Seeckt zeigte sich nicht abgeneigt. Ihm schwebte, für den Fall, dass Stresemanns Regierung ihren parlamentarischen Rückhalt verlieren sollte, die Einsetzung eines Drei-Männer-Direktoriums vor, in dem er selbst eine führende Rolle einnehmen wollte.<sup>20</sup> Auch der Großindustrielle Stinnes sprach sich im September gegenüber dem US-Botschafter in Berlin, Alanson Houghton, für die Einsetzung eines Diktators aus, der unter anderem dafür sorgen sollte, den Achtstundentag, die größte sozialpolitische Errungenschaft der Novemberrevolution von 1918/19, zu beseitigen.<sup>21</sup>

## HITLER-PUTSCH

Am weitesten gediehen waren die Pläne zur Errichtung einer „nationalen Diktatur“ in Bayern. Hier war es vor allem der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, auf den sich die Erlö-

<sup>16</sup> Vgl. Ullrich (Anm. 2), S. 120ff.

<sup>17</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein et al. (Hrsg.), *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003.

<sup>18</sup> Thea Sternheim, *Tagebücher 1903–1971*, Bd. 1: 1903–1925, hrsg. von Thomas Ehram/Regula Wyss, Göttingen 2002, S. 672 (23. 10. 1923).

<sup>19</sup> Vgl. Ullrich (Anm. 2), S. 157–168.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 176–180.

<sup>21</sup> Vgl. Botschafter Houghton an Außenminister Hughes, 23. 9. 1923 in: George W.F. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte 1918–1933*, Frankfurt/M. 1955, S. 67f.



Putschversuch der NSDAP am 8./9. November 1923 in München: Stoßtrupp der Putschisten.

© picture-alliance / akg-images

sungssehnsüchte und Erweckungsphantasien der deklassierten oder von der Deklassierung bedrohten Schichten der Bevölkerung richteten. Mit seinen Hasstiraden gegen die „Novembervereblicher“, den „Schandfrieden“ von Versailles und die „jüdisch-kapitalistischen Schieber und Wucherer“ füllte er Woche für Woche die größten Versammlungssäle Münchens. Seit Januar 1923 verzeichnete die NSDAP einen starken Zulauf; die Zahl ihrer Mitglieder erhöhte sich bis November auf über 55 000.<sup>22</sup>

Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch machten die Runde. Anfang September kam es auf einem „Deutschen Tag“ in Nürnberg zum Schulterschluss zwischen Hitler und General Erich Ludendorff, dem heimlichen Diktator Deutschlands in den letzten beiden Weltkriegsjahren. Mit ihm im Bunde konnte der „Führer“ der NSDAP hoffen, die Reichswehr für einen geplanten Coup zu gewinnen. Mit- und Gegenspieler Hitlers in Bayern war das sogenannte „Triumvirat“: Generalstaatskommissar von Kahr, Generalleutnant Otto Lossow, der Chef der Reichswehr in Bay-

ern, der im Oktober wegen Befehlsverweigerung von Geßler entlassen worden war, den Kahr aber unmittelbar danach mit der Weiterführung seines Kommandos betraut hatte, und schließlich Oberst Hans von Seißer, der Chef der bayerischen Landespolizei. Auch diese drei Männer strebten eine „nationale Diktatur“ an, die Initiative dazu sollte aber von der Reichswehrführung in Berlin ausgehen. Sie wussten von den Direktionsplänen Seeckts und wollten sich dessen Bestrebungen anschließen. Hitler aber wollte die Diktatur in München ausrufen und von hier aus nach dem Vorbild von Benito Mussolinis „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 den „Marsch auf Berlin“ antreten.

Am Abend des 8. November nutzte er eine Versammlung im Bürgerbräukeller, um die „nationale Revolution“ zu proklamieren. Buchstäblich mit vorgehaltener Pistole presste er Kahr, Lossow und Seißer die Zusage ab, sich seinem Putsch anzuschließen. Doch kaum war es dem Triumvirat gelungen, sich aus dem Bürgerbräukeller zu entfernen, holte es auch schon zum Gegenschlag aus. Reichswehr und bayerische Landespolizei standen somit gegen die Putschisten, und damit war das Unternehmen zum Scheitern verurteilt. Der Versuch Hitlers und Ludendorffs, durch ei-

<sup>22</sup> Vgl. Felix Kellerhoff, *Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder*, Stuttgart 2017, S. 172.

nen Demonstrationszug durch die Innenstadt am Mittag des 9. November das Blatt noch einmal zu wenden, endete im Kugelhagel vor der Feldherrnhalle.<sup>23</sup>

So dilettantisch der Putsch ins Werk gesetzt worden war und so burleske Züge die Inszenierung im Bürgerbräukeller trug, so ernst zu nehmen war doch das, was sich in der Nacht zum 9. November in München zutrug. Für einige Stunden glaubten sich Hitlers Sturmtruppen im Besitz der Macht, und sofort begannen sie, Angehörige der politischen Linken und jüdische Bürger zu terrorisieren und zu verhaften. Der rasche Zusammenbruch des Putsches verhinderte Schlimmeres. Doch warfen die Vorgänge bereits ein Schlaglicht auf das, was sich zehn Jahre später, nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, in ganz Deutschland ereignen sollte.<sup>24</sup>

Ein schlimmes Vorzeichen für Kommendes war auch ein Ereignis, das sich am 5. November, drei Tage vor Hitlers Putsch, im Berliner „Scheunenviertel“, einem beliebten Wohnquartier für viele aus dem Osten eingewanderte Juden, zugetragen hatte. Eine durch antisemitische Agitatoren aufgehetzte Menge plünderte jüdische Geschäfte und Wohnungen und misshandelte Juden auf offener Straße. „Berlin hat sein Judenpogrom gehabt. Berlin ist geschändet worden. Eine Schmach für ein Volk, das sich zu den zivilisierten zählt“, schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts“.<sup>25</sup>

Mit dem gescheiterten Putsch im Bürgerbräukeller waren die Diktaturpläne der Rechten fürs Erste diskreditiert. „Das Schlagwort der nationalen Diktatur ist in seiner Hohlheit entlarvt“, kommentierte der Journalist Ernst Feder im liberalen „Berliner Tageblatt“.<sup>26</sup> Ungewollt hatten Hitler und Ludendorff dazu beigetragen, die verhasste Republik von Weimar zu festigen.

Auf die Nachricht vom Putsch hatte Reichspräsident Ebert noch in der Nacht zum 9. November die vollziehende Gewalt auf General Seeckt übertragen, die seit dem 26. September

Reichswehrminister Geßler innegehabt hatte. Angesichts der zwielichtigen Rolle, die der Chef der Heeresleitung in den Wochen zuvor gespielt hatte, schien das für manche Beobachter ein riskanter Schritt zu sein. Tatsächlich aber hatte Ebert einen klugen Schachzug getan, der die auf den General gesetzten Hoffnungen der Republikgegner durchkreuzte. Denn indem er Seeckt direkt seiner Weisungsbefugnis unterstellte, band er ihn zugleich an sich und verpflichtete ihn auf die Verteidigung der bestehenden Verfassungsordnung. Die Direktori-umspläne waren damit vom Tisch.<sup>27</sup>

## TRÜGERISCHE ERHOLUNG

Mitte November erreichte die Hyperinflation ihren bizarren Höhepunkt. Am 14. November überstieg der Dollarkurs erstmals die Billionengrenze, am 15. stand er bei 2,52 Billionen.<sup>28</sup> An diesem Tag wurde eine neue Währung, die Rentenmark, ausgegeben, auf die sich noch die Große Koalition Mitte Oktober mit der Schaffung der Rentenbank verständigt hatte. Am 20. November konnte der Kurs des Dollars bei 4,2 Billionen stabilisiert werden. Die Reichsbank setzte ein Umtauschverhältnis von einer Billion Papiermark gleich einer Rentenmark fest. Das bedeutete faktisch eine Rückkehr zum Vorkriegs-Dollarkurs von 4,20 Mark.<sup>29</sup> Das „Wunder der Rentenmark“ trat nicht über Nacht ein. Es dauerte einige Zeit, bis das Publikum Zutrauen zum neuen Zahlungsmittel fasste. Doch Anfang Dezember waren die Zeichen der Besserung bereits zu erkennen. „Man sieht in den Lebensmittelgeschäften wieder vergnügte Käuferinnen. Ein erster Hoffnungsstrahl dringt durch das Dunkel“, beobachtete Harry Graf Kessler in Berlin.<sup>30</sup>

Mitten in die Phase der Erholung wurde Stresemann gestürzt. Er hatte, einem Misstrauensantrag der SPD zuvorkommend, am 23. November im Reichstag die Vertrauensfrage gestellt. „Was Euch veranlasst, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen Eurer Dummheit werdet Ihr noch zehn Jahre lang spüren“, schrieb Ebert seinen Parteifreun-

**23** Zur Vorgeschichte und Verlauf des Putsches vgl. Volker Ullrich, Adolf Hitler. Biographie, Bd. 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939, Frankfurt/M. 2013, S. 162–178.

**24** Vgl. Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 119–136.

**25** Zit. nach ebd., S. 151.

**26** Ernst Feder, Das Ende der Hanswurstiade, in: Berliner Tageblatt, 10. 11. 1923, S. 1.

**27** Vgl. Ullrich (Anm. 2), S. 211 f.

**28** Vgl. Tabelle bei Feldman (Anm. 6), S. 782.

**29** Vgl. ebd., S. 795.

**30** Harry Graf Kessler, Das Tagebuch 1880–1937, Bd. 8: 1923–1926, hrsg. von Angela Reinthal/Günter Riederer/Jörg Schuster, Stuttgart 2009, S. 167 (4. 12. 1923).

den ins Stammbuch.<sup>31</sup> Nachfolger Stresemanns wurde der Partei- und Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Wilhelm Marx. Er bildete am 30. November eine bürgerliche Minderheitsregierung aus Zentrum, DVP, DDP und Bayerischer Volkspartei. Mithilfe eines Ermächtigungsgesetzes, das am 6. Dezember den Reichstag passierte, setzte das Kabinett die begonnene Politik der Stabilisierung entschlossen fort. Durch einen Personalabbau im öffentlichen Dienst und eine Kürzung der Beamtengehälter wurden die Ausgaben rigoros beschränkt, und auf der anderen Seite durch eine Reihe von Steuernotverordnungen die Einnahmen deutlich erhöht, sodass die Regierung nach langer Zeit wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte.<sup>32</sup> „Nun geht das Krisenjahr zu Ende“, notierte der britische Botschafter D’Abernon am 31. Dezember 1923. Wenn man zurückblicke, dann erkenne man erst, „wie nah dieses Land am Abgrund stand“.<sup>33</sup>

„Nichts hat das deutsche Volk – dies muss immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden – so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht wie die Inflation“, schrieb Stefan Zweig in „Die Welt von gestern“.<sup>34</sup> Und auch der Publizist Sebastian Haffner kam in seiner 1939 im englischen Exil verfassten „Geschichte eines Deutschen“ zu dem Ergebnis, das Jahr 1923 habe „Deutschland fertig“ gemacht – „nicht speziell zum Nazismus, aber zu jedem phantastischen Abenteuer“.<sup>35</sup> Tatsächlich hatte sich die Krisenerfahrung von 1923 tief in die kollektive Mentalität der Deutschen eingebrannt. Dass alles wankte, es keine Sicherheiten mehr gab und auf nichts Verlass war – das wirkte als Trauma nach. Für viele Hunderttausende hatte die Inflation Vermögen und gesellschaftlichen Status zunichte gemacht. Besonders das Bildungsbürgertum litt unter dem Verlust materieller Sicherheit und der privilegierten Stellung, die es im Kaiserreich besessen hatte. In der ver-

klärenden Rückschau erschienen die Jahrzehnte vor 1914 als „die gute alte Zeit“, als Hort von Stabilität und bürgerlicher Sekurität.<sup>36</sup>

Nur sechs Jahre nach der Inflationsperiode erlebte die Weimarer Republik „ihre Höllenfahrt in den Abgrund einer beispiellosen Depression“.<sup>37</sup> Noch stärker als 1923 griff eine allgemeine Katastrophen- und Endzeitstimmung um sich, erhielten die ohnehin virulenten Ressentiments gegen das „System“ von Weimar noch einmal kräftigen Auftrieb. Hitler, der dank der Protektion durch die bayerische Justiz nach einer nur kurzen Haft in der Festung Landsberg 1924 in eine zweite politische Karriere hatte starten können, verstand es wie kein zweiter Politiker, sich als nationaler Messias zu inszenieren und die Heilserwartungen des Publikums auf sich zu lenken.<sup>38</sup> Dennoch führt kein gerader Weg zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten. Die Weimarer Republik hatte 1923 eine erstaunliche Überlebensfähigkeit bewiesen, und sie hätte vielleicht auch die noch schwereren Jahre von 1930 bis 1933 überstehen können, wenn an der Spitze des Staates ein Mann wie Ebert gestanden hätte, der entschlossen war, die parlamentarische Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen. In ihrer zweiten Existenzkrise aber fehlte der Republik der zuverlässige Rückhalt beim Reichspräsidenten.

Hinter dem ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, seit 1925 im Amt, sammelten sich die Kräfte, die nachhaken wollten, was ihnen 1923 noch nicht gelungen war: die verhasste Republik zu Fall zu bringen und eine autoritäre Ordnung aufzurichten. Ende Januar 1933 wähten sie sich am Ziel. Im „Kabinett der nationalen Konzentration“ besaßen Hitlers konservative Bündnispartner ein deutliches Übergewicht. Doch die Vorstellung, man könne den Demagogen für die eigenen sozialreaktionären Interessen einspannen und die Dynamik seiner Bewegung unter Kontrolle halten, sollte sich als grandiose Illusion erweisen. Hitler brauchte nur wenige Monate, um alle Gegenkräfte auszuschalten und eine nationale Diktatur zu etablieren, die in ihrer Radikalität und Menschenverachtung allerdings weit über das hinausging, was sich die Republikgegner in Wirtschaft, Reichswehr und Politik 1923 erträumt hatten.

## VOLKER ULLRICH

ist promovierter Historiker, Publizist und Buchautor. 2022 erschien von ihm „Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund“ bei C.H. Beck.

**31** Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Bd. I, Berlin 1932, S. 245.

**32** Vgl. Ullrich (Anm. 2), S. 264–268.

**33** D’Abernon (Anm. 4), S. 337 f.

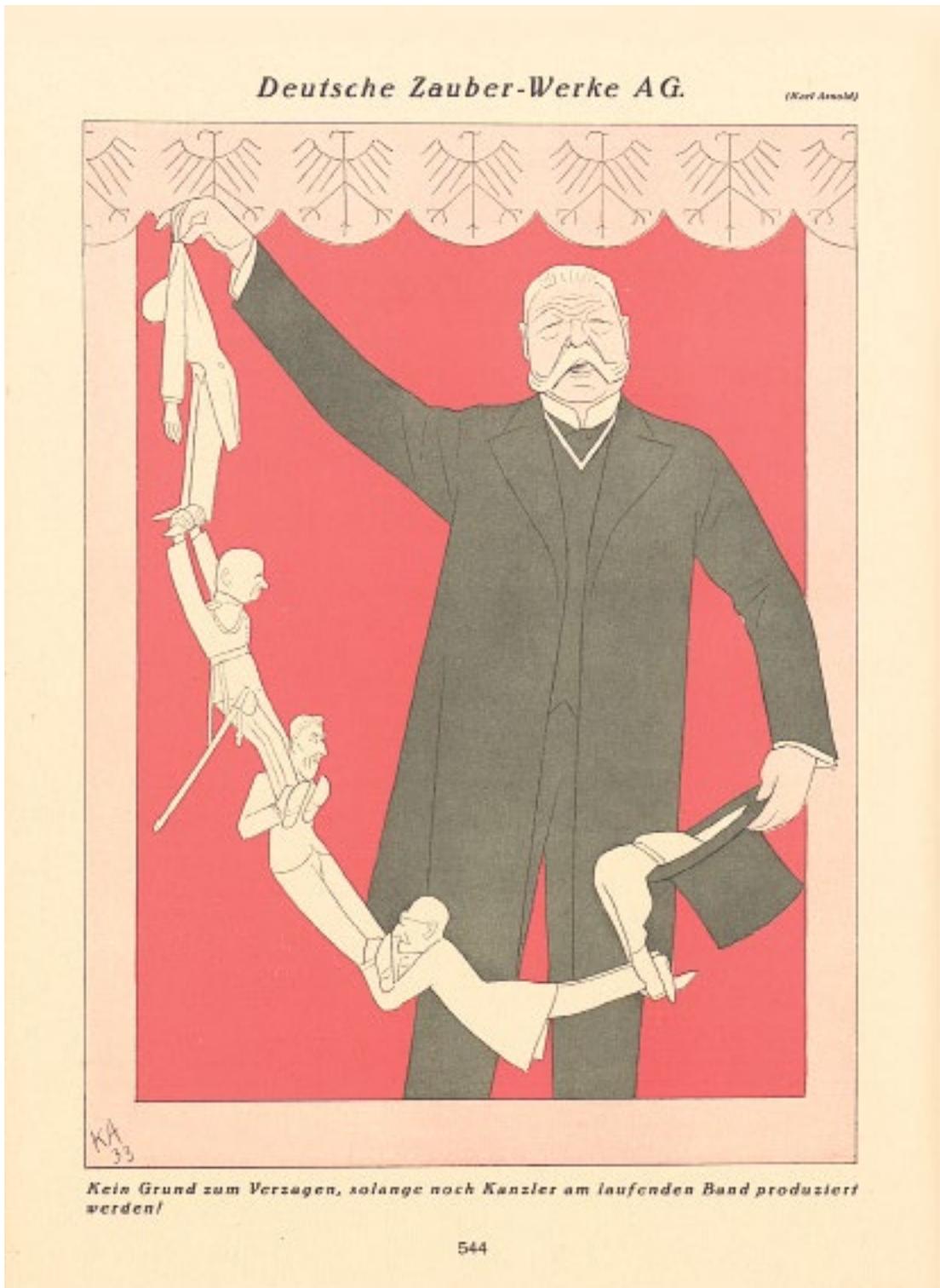
**34** Zweig (Anm. 1), S. 367.

**35** Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart–München 2000, S. 53.

**36** Vgl. Georg von Wallwitz, Die große Inflation. Als Deutschland wirklich pleite war, Berlin 2021, S. 187 f., 245 f.

**37** Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 259.

**38** Vgl. Ullrich (Anm. 23), S. 250 f.



Reichspräsident Paul von Hindenburg zieht (von unten nach oben) die Kanzler Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher aus einem Hut.  
Karl Arnold, Simplicissimus, 12. Februar 1933.

Klassik Stiftung Weimar, [www.simplicissimus.info](http://www.simplicissimus.info), © VG Bild-Kunst, Bonn 2022

# AUSNAHMERECHT, GEWALT UND SELBSTGLEICHSCHALTUNG

## Die „Machtergreifung“ der NSDAP 1933

*Nadine Rossol · Benjamin Ziemann*

Am 30. Januar 1933 marschierten 15 000 SA-Männer durch das Brandenburger Tor und bejubelten Adolf Hitler, der gegen Mittag zum Reichskanzler ernannt worden war. Gleichzeitig protestierten Kommunisten, Sozialdemokraten und Republikaner.<sup>01</sup> In der Rückschau wird dieser Moment oft als Beginn des „Dritten Reiches“ interpretiert. Zeitgenossen hatten einen anderen Eindruck. Wie lange die Nationalsozialisten an der Macht bleiben würden, war Anfang 1933 noch völlig offen. Intrigen und Taschenspielertricks eines kleinen Kreises rechtskonservativer Männer, die den eigenen Einfluss über- und die NS-Bewegung unterschätzten, hatten Hitler in den Sattel gehoben.<sup>02</sup>

Sobald die Nationalsozialisten staatliche Schaltstellen innehatten, nutzten sie diese zur Machtsicherung und zum Umbau des Staates. Gewalt staatlicher und nicht-staatlicher Akteure unterstützte dieses Ziel. Bis zum Jahresende 1933 nahmen die Nationalsozialisten wohl mehr als 80 000 Personen in Haft. 500 Menschen, vielleicht doppelt so viele, wurden umgebracht oder starben an ihren Misshandlungen.<sup>03</sup> Der Jurist Ernst Fraenkel bezeichnete das für das „Dritte Reich“ typische Nebeneinander von Normenstaat (Gesetze) und Maßnahmenstaat (Willkür, Gewalt) später als „Doppelstaat“.<sup>04</sup> Außerdem konnten die Deutschen an der propagierten nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ teilhaben. Formen der Selbstermächtigung verankerten das NS-Regime in der Gesellschaft. Die Nationalsozialisten folgten dabei keiner Blaupause. Mit einer Mischung aus Normenverachtung, Geschwindigkeit und Radikalität nutzten sie Möglichkeiten, die sich ihnen boten oder die sie selbst schufen.

### RECHTLICHER UMBAU DES STAATES

Am 30. Januar 1933 notierten Willy Cohn, jüdischer Lehrer und Sozialdemokrat aus Breslau,

und Matthias Joseph Mehs, katholischer Gastwirt aus der Eifel, die gleiche Befürchtung: Sie erwarteten einen Bürgerkrieg, danach eine kommunistische Revolution.<sup>05</sup> Damit lagen beide falsch. Der deutsche Staat veränderte sich tatsächlich, aber es waren die Nationalsozialisten, die dafür sorgten.

Am 1. Februar löste Reichspräsident Paul von Hindenburg den Reichstag auf und setzte für den 5. März Neuwahlen an, die Hitler gefordert hatte. Dieser erwartete eine durch das Volk legitimierte Mehrheit für die NSDAP. Bisher handelten alle Beteiligten formal noch im Rahmen der durch die Praxis des Notverordnungsrechts seit 1930 bereits stark ausgehöhlten Verfassung. Das änderte sich, als der Reichstag am 27. Februar in Flammen stand. Die Regierung nutzte die Gunst der Stunde: Sie beschuldigte die Kommunisten und verhängte mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, der sogenannten Reichstagsbrandverordnung, den Ausnahmezustand.<sup>06</sup> Damit waren wesentliche Grundrechte, darunter die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Post- und Telefongheimnis, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Vereinigungsrecht und die Gewährleistung des Eigentums, außer Kraft gesetzt. Dies war kein zeitlich begrenzter Ausnahmezustand, wie er zuvor zum Schutz der Republik verhängt worden war. Die Nationalsozialisten wollten keine Rückkehr zur Verfassung; sie wollten den Rechtsstaat abbauen. Die Reichstagsbrandverordnung, so Fraenkel, war „die Verfassungsurkunde des Dritten Reichs“.<sup>07</sup> Sie räumte der Reichsregierung weitreichende Befugnisse ein, unter anderem durch den Eingriff in Länderkompetenzen.<sup>08</sup> Die der Reichstagsbrandverordnung folgende Gewaltwelle steigerte die Angriffe, denen sich die Opposition seit Anfang Februar 1933 ausgesetzt sah, erheblich.

Trotz allem war in Deutschland Wahlkampf. Bei den Reichstagswahlen am 5. März wählten 41,8 Prozent der Deutschen die SPD, das Zentrum und die KPD. Die von Hitler sicher geglaubte Mehrheit erreichte die NSDAP (43,9 Prozent) nur mithilfe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Hitler hielt sich nicht lange mit dem Wahlergebnis auf. Er erklärte seinem Kabinett, es sei nun ein Ermächtigungsgesetz nötig.<sup>09</sup> Direkt nach den Reichstagswahlen begann eine weitere brutale Verfolgungswelle. Die Gewaltaktionen hatten direkte politische Konsequenzen, sie erzwangen die Gleichschaltung der Länder und Kommunen. Hier verband sich Druck von oben mit Gewalt von unten: Reichsinnenminister Wilhelm Frick, ein Nationalsozialist erster Stunde, schikanierte sozialdemokratische und bürgerliche Landesregierungen. Währenddessen besetzten lokale SA- und SS-Truppen Rathäuser, nahmen Justizbeamte fest und zwangen Bürgermeister zum Rücktritt.<sup>10</sup> Der Historiker Hans-Ulrich Wehler beschrieb dies als „eine Entmachtungsstrategie mit zahlreichen situationsbedingten Improvisationen“.<sup>11</sup>

Am 23. März verabschiedete der Reichstag mit 444 von 538 Stimmen das Ermächtigungsgesetz

(„Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“). Die SPD lehnte geschlossen mit 94 Stimmen ab. Die KPD-Abgeordneten waren zu diesem Zeitpunkt verhaftet oder untergetaucht und fehlten bei der Abstimmung. Die katholischen Parteien Zentrum und Bayerische Volkspartei stimmten aus Angst und geködert von Hitlers Versprechungen für das Gesetz, ebenso die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Staatspartei. Die NSDAP und die Deutschnationalen votierten vorbehaltlos für die gesetzliche Vorlage. Mit der Verabschiedung des Gesetzes war die Gewaltenteilung aufgehoben, die Reichsregierung konnte jetzt ohne Zustimmung des Reichstages regieren. Das Parlament hatte sich selbst ausgeschaltet. Die mutige Ablehnung durch die SPD war eine Tat für die Geschichtsbücher. Die Sozialdemokraten wussten, dass sie das Gesetz nicht verhindern konnten, doch „[d]as Nein zum Ermächtigungsgesetz rettete die Ehre nicht nur der Sozialdemokratie, sondern der deutschen Demokratie überhaupt“.<sup>12</sup>

Zwei Wochen später, am 7. April 1933, erließ die Reichsregierung das erste antisemitische Gesetz – bis 1945 sollten 1400 weitere antijüdische Vorschriften folgen. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ verlangte die Entlassung sogenannter „Nicht-Arier“ aus dem öffentlichen Dienst und erlaubte die Zwangspensionierung „politisch unzuverlässiger Beamter“. Ein am gleichen Tag erlassenes Rechtsanwaltsgesetz ermöglichte es zudem, jüdischen Rechtsanwälten die Zulassung zu entziehen.<sup>13</sup>

Im Sommer 1933 endete der Parteienpluralismus in Deutschland. Kommunisten, die der NS-Verfolgung hatten entkommen können, waren im Untergrund oder im Ausland, ebenso einige Sozialdemokraten. Am 22. Juni untersagte Reichsinnenminister Wilhelm Frick der SPD die weitere politische Betätigung. Alle anderen Parteien lösten sich zwischen dem 27. Juni und 5. Juli auf. Symbolträchtig verboten die Nationalsozialisten am 14. Juli, dem Jahrestag des Sturms auf die Bastille, die Neugründung politischer Parteien und erlaubten nur die NSDAP als einzige Partei im Führerstaat.<sup>14</sup> Die „nationalsozialistische Revolution“ war damit abgeschlossen.

**01** Vgl. Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin–Bonn 1987, S. 870.

**02** Vgl. Larry Eugene Jones, *Von der Demokratie zur Diktatur: Das Ende der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus*, in: Nadine Rossol/Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik*, Darmstadt 2021, S. 120–141.

**03** Vgl. Daniel Siemens, *Sturmabteilung. Die Geschichte der SA*, München 2019, S. 186.

**04** Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt/M. 1974.

**05** Vgl. Michael Wildt, *Self-Reassurance in Troubled Times: German Diaries during the Upheavals of 1933*, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), *Everyday Life in Mass Dictatorship. Collusion and Evasion*, Basingstoke 2016, S. 55–74, hier S. 55f.

**06** Die Alleintäterschaft des Holländers Marinus van der Lubbe gilt heute als gesichert, ist aber für diesen Zusammenhang nicht relevant. Wichtig ist die Reaktion der Nationalsozialisten auf den Reichstagsbrand.

**07** Fraenkel (Anm. 4), S. 26.

**08** Vgl. Michael Wildt, *Gewalt als Partizipation. Der Nationalsozialismus als Ermächtigungsregime*, in: Alf Lüdtke/ders. (Hrsg.), *Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven*, Göttingen 2008, S. 217–240, hier S. 220, S. 226.

**09** Vgl. Winkler (Anm. 1), S. 888ff.

**10** Vgl. ebd., S. 898f.

**11** Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: 1914–1949, München 2003, S. 606.

**12** So die treffende Formulierung von Winkler (Anm. 1), S. 906.

**13** Vgl. Wehler (Anm. 11), S. 609.

**14** Vgl. ebd., S. 610ff.

## GEWALT „VON OBEN“ UND „VON UNTEN“

Gewalt ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtsicherung. Damit schalteten sie die Opposition aus, schüchterten die Bevölkerung ein und forcierten den administrativen Druck hin zu radikalen Lösungen.<sup>15</sup> Nach der Machtübernahme Ende Januar 1933 erweiterten die Nationalsozialisten den Kreis der Gewaltakteure, deren Befugnisse sowie die Orte, an denen Gewalt ausgeübt wurde. Am 17. Februar wies der preußische Innenminister Hermann Göring die preußische Polizei an, gegen „staatsfeindliche Organisationen“ vorzugehen und „wenn nötig, rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen“.<sup>16</sup> Dieser Schießbefehl richtete sich gegen die linke Opposition und verpflichtete die staatliche Exekutive zur einseitigen Bekämpfung einer politischen Gruppe. Fünf Tage später wurden 50 000 Mitglieder der SA, SS und des rechtsradikalen Stahlhelms als preußische Hilfspolizisten eingesetzt. Gleiches geschah in Bayern, Sachsen und anderen Ländern. Gewaltbereite SA-Männer marschierten zusammen mit der Polizei oder allein, staatlich legitimiert und bewaffnet, durch die Straßen und rächten sich an Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbannerleuten und Juden.<sup>17</sup>

Besonders hemmungslos gingen die SA-Schläger gegen Kommunisten vor. Rudolf Diels, der Chef der politischen Polizei in Berlin, bekannte Anfang März, dass die Polizei keinen Zugriff mehr auf die Orte hatte, wo die SA politische Gegner festhielt und folterte.<sup>18</sup> Kellergeschosse, SA-Stammlokale, Kasernen, Privatgefängnisse, „wilde Lager“ und Hinterhöfe wurden zu Haft- und Folterstätten. Die Nutzung einzelner Unterkünfte erfolgte oft nur kurzfristig, aber meist außerhalb staatlicher Aufsicht. Die SA vertuschte ihre Taten keineswegs. SA-Terror wurde „zu einem unübersehbaren und manchmal auch unüberhörbaren Element der NS-Herrschaft.“<sup>19</sup>

**15** Vgl. Richard Bessel, *The Nazi Capture of Power*, in: *Journal of Contemporary History* 39/2004, S. 169–188, S. 182f.

**16** Zit. nach Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007, S. 104.

**17** Vgl. Siemens (Anm. 3), S. 195–198; Stefan Hördler, *SA-Terror als Herrschaftssicherung*, in: ders. (Hrsg.), *SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus*, Berlin 2013, S. 9–27, hier S. 10f.

**18** Vgl. Winkler (Anm. 1), S. 888f.

**19** Siemens (Anm. 3), S. 186.

Im März 1933 entstanden die ersten offiziellen Konzentrationslager, unter anderem in Dachau, um überfüllte Gefängnisse zu entlasten. Diese KZs gab es im ganzen Land, sie standen unter Führung der SS, SA oder der entsprechenden Landesregierung. Hier wurden nicht nur Kommunisten, sondern auch andere NS-Gegner interniert und misshandelt. Anders als die späteren Vernichtungslager befanden sich die frühen KZs direkt vor den Haustüren der Deutschen. Die Presse berichtete zur Abschreckung darüber und wollte dabei auch zeigen, wie effektiv gegen vermeintliche Feinde vorgegangen wurde. Inhaftierung, kurzfristige Entlassung und erneute Inhaftierung gehörten zu den willkürlichen Methoden, mit denen die NSDAP ihre Gegner und deren Umfeld zermürbte.<sup>20</sup>

Die Arbeiterbewegung zahlte in der Frühphase des NS-Regimes den höchsten Preis. Verhaftungen, Razzien und das brutale Vorgehen der SA zerschlugen kommunistische Netzwerke in kurzer Zeit. Von Ende Februar bis April 1933 wurden in Berlin 1500 Kommunisten eingesperrt, in Leipzig kamen 476 Personen in „Schutzhaft“, im Rheinland und im Ruhrgebiet verhafteten Polizei und SA 8000 kommunistische Parteifunktionäre, in Bayern 3000, im Bezirk Halle 1400 und in Baden 900.<sup>21</sup> Die Nationalsozialisten waren sich der demoralisierenden Wirkung ihrer Verfolgungspolitik bewusst. Dass sogar die auf Illegalität vorbereitete KPD ihre Mitglieder nicht mehr schützen konnte, löste in der Arbeiterbewegung Entsetzen aus. Symbolpolitisch bedeutsame Aktionen wie die NS-Besetzung der KPD-Parteizentrale in Berlin am 23. Februar 1933 taten ihr Übriges.

Auch die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften blieben von der Gewalt der SA nicht verschont. Überfälle auf Gewerkschaftsführer häuften sich. Selbst die Versuche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich von der SPD abzugrenzen, um näher an das NS-Regime zu rücken, blieben erfolglos. Die Nationalsozialisten führten die Gewerkschaften gnadenlos vor. Zuerst wurde der 1. Mai aufwendig als gemeinsamer „Tag der nationalen Arbeit“ gefeiert. Dieses gekonnt inszenierte Schauspiel, das die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach dem 1. Mai als einem Feiertag erfüllte, sollte demonstrieren, dass

**20** Vgl. Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), *Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939*, Berlin 2002.

**21** Vgl. Siemens (Anm. 3), S. 185.



Frühappell im Erziehungslager  
Disziplin erzieht zu gemeinschaftlicher aufbauender Arbeit

Aufnahme: Bauer-München

Dass die frühen Lager kein Geheimnis waren, zeigt dieses Titelblatt der „Münchener Illustrierten Presse“ vom 16. Juli 1933 mit einem Propagandabericht über das KZ Dachau.

© bpk / Deutsches Historisches Museum / Sebastian Ahlers

die Arbeiterschaft in das NS-Regime integriert war. Am 2. Mai zerschlugen SA und SS die Gewerkschaften, verhafteten und misshandelten ihre Funktionäre und besetzten Gewerkschaftshäuser und Redaktionen von Gewerkschaftszeitungen. Am 6. Mai kündigten die Nationalsozialisten die Gründung der Deutschen Arbeitsfront an, einer korporativen Zwangsorganisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.<sup>22</sup>

Ein Beispiel für eine lokale Gewalteskalation, die für die NS-Führung problematisch wurde, ist die „Köpenicker Blutwoche“ Ende Juni 1933 in Berlin. Der Sozialdemokrat Anton Schmaus erschoss in Notwehr drei SA-Männer, worauf SA-Truppen aus Köpenick und Charlottenburg mit einem Rachezug antworteten. Bis zu 500 Personen wurden verschleppt, durch Wohngebiete gejagt, misshandelt und gefoltert. Mindestens 23 Menschen starben. Die Obduktionsberichte zeugen von Gewaltexzessen. Opfer und Täter konnten sich in vielen Fällen. Die „Blutwoche“ versetzte die Bevölkerung in Angst und Schrecken, schädigte das Image von SA und NSDAP und steigerte den Druck auf die Parteiführung, das Problem der unkontrollierten Gewalt zu lösen.<sup>23</sup>

Die Gewalt hatte, abhängig von ihrem Ziel, unterschiedliche Funktionen. Antisemitische Gewalt war zur nationalsozialistischen Machtsicherung nicht notwendig, sondern sollte Juden demütigen, verletzen und verunglimpfen, und das in aller Öffentlichkeit.<sup>24</sup> Die kontinuierlichen Gewaltaktionen gegen Juden auf lokaler Ebene bestätigten dies. Im hessischen Gersfeld rief der lokale NSDAP-Führer dazu auf, die jüdischen Einwohner aus ihren Häusern zu holen. In Königsberg wurde ein Brandanschlag auf die Alte Synagoge verübt.<sup>25</sup> Schutz vonseiten der Polizei gab es für Juden ebenso wenig wie für andere Opfer des NS-Terrors.

Schon im März begannen im Ruhrgebiet Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, die sich rasch ausbreiteten. Um den Druck von unten in eine nationale Aktion zu kanalisieren, entschied sich die NS-Führung zu einem Boykottaufmarsch am 1. April gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser. Überall in Deutschland standen SA-Männer

vor Geschäften mit jüdischen Inhabern, pöbelten Kunden an, beschmierten Schaufenster mit antisemitischen Parolen und scheuten auch vor physischer Gewalt nicht zurück. Manche Geschäfte blieben vorsorglich geschlossen, bei anderen positionierten sich deren Besitzer demonstrativ vor der Ladentür. Obwohl viele Deutsche und die internationale Presse die Boykottaktion missbilligten, war sie letztlich ein „Erfolg“: Die Unterteilung der deutschen Bevölkerung in jüdische und nicht-jüdische Menschen war damit öffentlich vollzogen.<sup>26</sup>

Die Gewalteskalation in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes war ein zweiseitiges Schwert. Die NS-Führung hatte damit einerseits die Opposition zerschlagen, die Gleichschaltung der Länder betrieben und die eigene Basis motiviert. Lokale Gewalt diente außerdem der Selbstermächtigung von Akteuren und Zuschauern. Andererseits erzeugte die exzessive Gewalt in der internationalen Presse ein negatives Echo und führte zur Verunsicherung bürgerlicher Kreise, wie die „Köpenicker Blutwoche“ gezeigt hatte. Die NS-Führung konnte Gewalt nicht einfach an- und ausschalten,<sup>27</sup> auch wenn sie genau dies ab Sommer 1933 versuchte. Anfang Juli 1933 verkündete Hitler das Ende der nationalsozialistischen Revolution und rief zur Mäßigung auf. Viele SA-Männer wollten aber das genaue Gegenteil.<sup>28</sup>

## SELBSTGLEICHSCHALTUNG

Die NSDAP baute die staatliche Ordnung um und mobilisierte Gewalt gegen politische Gegner sowie die als „rassisch minderwertig“ stigmatisierten Juden. So gesehen lässt sich trotz der pseudo-legalen Machtübergabe an die Nationalsozialisten durchaus von einer nationalsozialistischen „Machtergreifung“ sprechen.<sup>29</sup> Aber die Durchsetzung des totalitären Einparteiensystems wäre ohne die symbolische Unterstützung und aktive Mitwirkung von wichtigen Gruppen und Institutionen der deutschen Gesellschaft weder so schnell noch so reibungslos verlaufen. Millionen von Deutschen stimmten der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler von Beginn an mit Be-

<sup>22</sup> Vgl. Winkler (Anm. 1), S. 918–929.

<sup>23</sup> Vgl. Stefan Hördler, *Ideologie, Machtinszenierung und Exzess: Taten und Täter der „Köpenicker Blutwoche“*, in: ders. (Anm. 17), S. 83–104; Amelie Artmann/Yves Müller, *Opfer der „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933*, in: ebd., S. 164–183.

<sup>24</sup> Vgl. Bessel (Anm. 15), S. 176 ff.

<sup>25</sup> Vgl. Wildt (Anm. 16), S. 107–120.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 144.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 372 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Siemens (Anm. 3), S. 223.

<sup>29</sup> Vgl. Norbert Frei, *Machtergreifung. Anmerkungen zu einem historischen Begriff*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31/1983, S. 136–145.

geisterung zu oder fanden sich bald zur Mitarbeit am NS-Regime bereit. Dies gilt auch für viele, die die Nationalsozialisten im Januar 1933 noch nicht unterstützten. Neben die Gleichschaltung von oben – also die Ausschaltung der meisten nicht mit der NSDAP verbundenen Organisationen oder ihre Fusion mit NS-Verbänden – trat die Selbstgleichschaltung der deutschen Gesellschaft.

Diese vollzog sich in einer Reihe von Ritualen und Medien der öffentlichen Zustimmung. Rituale markierten etwa die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler als einen Moment der nationalen Einheit. Ein Beispiel dafür waren die öffentlichen Fackelzüge der NS-Verbände, die nicht nur direkt am 30. Januar in Berlin, sondern in den folgenden Tagen auch in anderen Städten stattfanden. Am Abend des 6. Februar gab es einen Fackelzug der uniformierten Mitglieder von NSDAP und Stahlhelm in Hamburg, an dem etwa „20000 Braunhemden“ teilnahmen. Die gelernte Lehrerin und Hausfrau Luise Solmitz notierte in ihrem Tagebuch den Eindruck, dass dies ein „wunderbar erhebendes Erlebnis“ sei. Solmitz hatte 1930 die NSDAP gewählt, aber in den Wahlen 1932 wieder zur DNVP zurückgefunden, die sie zuvor unterstützt hatte. Sie freute sich besonders darüber, dass sich nach dem Vorbeimarsch der SS-Männer, die am Schluss des Zuges standen, eine „harmlos vergnügte Menschenmenge“ anschloss und mit „Fackelresten“ ihren „eigenen Fackelzug“ veranstaltete, „froh des Augenblicks.“ Ein anderes Medium der kollektiven Eingliederung in den NS-Staat war das Radio. Am 10. Februar hörten Solmitz und ihr Ehegatte Friedrich bei einem befreundeten Ehepaar die Übertragung von Hitlers Rede im Berliner Sportpalast. „Es standen uns vier Menschen die Tränen in den Augen.“ Am Tag darauf lauschte man in derselben Runde einer Kundgebung der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, der früheren DNVP. Am Ende der Sendung folgte ein weiteres Ritual, mit dem sich nicht nur das Ehepaar Solmitz in die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ einreichte: „Beim Deutschlandlied standen wir alle auf u. sangen tief ergriffen mit.“<sup>30</sup>

Ein weiteres Ritual der Selbstgleichschaltung war die Beflaggung von Häusern. Das Ehepaar Solmitz hängte am 31. Januar die schwarz-weiß-

rote Fahne des Kaiserreiches heraus. Am Tag der Reichstagswahlen, dem 5. März, fragte sich Luise Solmitz verwundert, „was für Leute“ wohl in einer Straße wohnten, die „in ihrer ganzen Länge“ noch gar nicht beflaggt war. Für Luise Solmitz war es eine „unendliche Wohltat“, nicht mehr das Schwarz-Rot-Gold der verhassten Republik oder die „3 Pfeile“ der sozialdemokratischen Eisernen Front sehen zu müssen. Bereits am 8. April konnte sie zufrieden notieren: „Ich persönlich fühle mich unter der Diktatur außerordentlich wohl.“<sup>31</sup>

Tempo und Form der Selbstgleichschaltung hingen neben institutionellen Faktoren von den politischen Mentalitäten in verschiedenen Sozialmilieus ab. Am schnellsten und umfassendsten erfolgte sie im Milieu der kirchennahen Protestanten. Nicht nur für die 1932 gegründete Glaubensbewegung Deutsche Christen (DC) – eine Gruppe völkischer Pfarrer, die die NSDAP unterstützten – war die Machtergreifung ein „protestantisches Erlebnis“.<sup>32</sup> Die große Mehrzahl der evangelischen Pfarrer und organisierten Laien interpretierte „1933“ als eine Zeitenwende im Sinne des nationalprotestantischen Deutungsmusters, das von einem Heilsplan Gottes für die deutsche Nation ausging. Mit dem Übergang der Macht an die Nationalsozialisten verbanden sie die Hoffnung auf eine Rechristianisierung der Gesellschaft, auf die Unterdrückung der gottlosen sozialistischen Freidenker und auf einen Aufschwung der Nation im Zeichen der Volksgemeinschaft. Solche Deutungsmuster waren auch in jenen kirchlichen Kreisen verbreitet, die den DC nicht angehörten und sich im Herbst 1933 zur innerkirchlichen Opposition formierten, aus der 1934 die Bekennende Kirche entstand. Der Dahlemer Pfarrer und Mitbegründer der Bekennenden Kirche Martin Niemöller etwa gab im Frühjahr 1933 von der Kanzel seiner Dahlemer Gemeinde der Hoffnung auf eine „nationale Wiedergeburt“ Ausdruck. Am 5. März hatte er erstmals der NSDAP seine Stimme gegeben. Seine Mutter Paula, Pfarrfrau in Elberfeld, hatte ihm bereits am 3. Februar von ihrer Erwar-

<sup>30</sup> Tagebuch Luise Solmitz, Einträge vom 6., 10. und 11. Februar 1933, zit. nach Frank Bajohr/Beate Meyer/Joachim Szodrzyński (Hrsg.), *Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933*, Göttingen 2013, S. 154ff., S. 158f.

<sup>31</sup> Ebd., Einträge vom 31. Januar, 5. und 9. März sowie 8. und 19. April 1933, S. 153, S. 168, S. 172, S. 189, S. 194. Die positive Diktatur-Wahrnehmung von Luise Solmitz trübte sich teilweise, als die jüdische Herkunft ihres Mannes eine Rolle zu spielen begann. Siehe hierzu auch den Beitrag von Mark Roseman in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

<sup>32</sup> Vgl. Manfred Gailus, 1933 als protestantisches Erlebnis: emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29/2003, S. 481–511.

tung geschrieben, dass es mit Hitler als Kanzler „endlich wieder aufwärts geht in unserem Vaterland“.<sup>33</sup> Mit den Kirchenwahlen am 23. Juli, die in fast allen der 28 evangelischen Landeskirchen eine überwältigende Mehrheit für die DC brachten, war die Selbstgleichschaltung der deutschen Protestanten abgeschlossen.

Von Ambivalenzen geprägt war die Haltung der bürgerlichen Frauenbewegung zur NS-Macht ergreifung. Auf der einen Seite standen Frauen wie Gertrud Bäumer, die ihre politische Heimat in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei hatte. Als langjähriges Mitglied – und von 1910 bis 1919 als Vorsitzende – prägte sie die Politik des Bundes deutscher Frauenvereine (BDF), der Dachorganisation der Frauenbewegung. Bäumer hatte vor 1933 die NSDAP öffentlich kritisiert. Zugleich definierte sie die Aufgabe der Frauenbewegung im Sinne einer „Verantwortung für das Volkstum“. Vor diesem Hintergrund war es nicht überraschend, dass sie nach dem 30. Januar 1933 die Form des politischen Systems als nachrangig ansah. Es sei „vollkommen gleichgültig, wie der Staat beschaffen ist, in dem heute die Frage der Einordnung der Frauen besteht: ob es ein parlamentarischer, ein demokratischer, ein faschistischer Staat ist“.<sup>34</sup> Der BDF löste sich am 15. Mai 1933 selbst auf. Auf der anderen Seite standen Vertreterinnen des national-konservativen Flügels der Frauenbewegung. Viele von ihnen reichten sich 1933 nahtlos in das „Dritte Reich“ ein. Die Journalistin Else Frobenius etwa war neben dem BDF in der nationalliberalen DVP aktiv gewesen. Am 1. Mai trat sie in die NSDAP ein. In einem im Sommer 1933 veröffentlichten Buch feierte sie, dass „Männer und Frauen mit gleicher Inbrunst am großen Erleben“ des Aufbruchs in das „Dritte Reich“ beteiligt seien.<sup>35</sup>

Die Universitäten waren von der „Normalität der Anpassung“ an die neuen Machthaber geprägt, standen doch sowohl Professoren wie Studenten bereits vor 1933 in ihrer großen Mehrheit der Re-

publik ablehnend gegenüber. Dabei gilt es zu differenzieren. Ein Teil der Professoren vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften vollzog eine „illusionäre Selbstgleichschaltung“, die sich aus falschen Erwartungen über die tatsächlichen Absichten der Nationalsozialisten speiste. Daneben gab es eine „identifizierende Selbstgleichschaltung“ vor allem durch Naturwissenschaftler, die dem neuen Regime durch fachspezifische Programme wie die „Rassenhygiene“ zuarbeiten wollten. Eine kleinere Gruppe von Professoren schließlich zielte auf eine „Selbstbehauptung“ der Universität durch „Distanz zur Politik“.<sup>36</sup>

Insgesamt ging die Selbstgleichschaltung vor allem von den bürgerlich-protestantischen Mittelschichten aus. Hinzu kam, dass auch bürgerliche Liberale, die die NSDAP eigentlich ablehnten, der nationalsozialistischen Machtergreifung keinen Widerstand entgegensetzten. Ein Beispiel dafür ist der Reichstagsabgeordnete und spätere Bundespräsident Theodor Heuss, der – nach kontroversen Debatten in der Fraktion der Deutschen Staatspartei – im Parlament für das Ermächtigungsgesetz stimmte. In seinen Briefen aus dem Frühjahr 1933 wird deutlich, dass Heuss die antisemitischen Maßnahmen des neuen Regimes ablehnte, aber antisemitische Vorbehalte gegenüber einer „Handvoll entwurzelter Literaten“ durchaus teilte. Und nicht nur in Bezug auf die Gleichschaltung der Länder war Heuss bereit, in den Maßnahmen des neuen Regimes auch „das Positive zu sehen“.<sup>37</sup>

## FAZIT

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, glaubten seine konservativen Steigbügelhalter, ihn in einem Kabinett bürgerlich-nationaler Fachleute eingerahmt zu haben. Franz von Papen, der Hitlers Ernennung eingefädelt hatte, fungierte als Vizekanzler. Neben Hitler gab es nur zwei weitere Nationalsozialisten als Reichsminister im Kabinett: Wilhelm Frick und Hermann Göring. Doch spätestens mit der Zustimmung des

**33** Vgl. Benjamin Ziemann, Martin Niemöller. Ein Leben in Opposition, München 2019, S. 171–179, Zitate S. 172, S. 175.

**34** Zit. nach Barbara Greven-Aschoff, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 1981, S. 187.

**35** Else Frobenius, Die Frau im Dritten Reich (1933), zit. nach Annette Kuhn/Valentine Rothe, Frauen im deutschen Faschismus, Bd. 1, Düsseldorf 1987<sup>3</sup>, S. 69. Vgl. auch Lora Wildenthal, Mass-Marketing Colonialism and Nationalism. The Career of Else Frobenius in the „Weimarer Republik“ and Nazi Germany, in: Ute Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt/M.–New York 2000, S. 328–345.

**36** Vgl. Dieter Langewiesche, Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus. Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung, in: Geschichte und Gesellschaft 23/1997, S. 618–646, Zitate S. 618, S. 622, S. 624, S. 631. Zu den Studenten als „Motor der Gleichschaltung“ vgl. Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn–München 1995, S. 62–81.

**37** Theodor Heuss am 4. Mai 1933 an Richard Wirth, zit. nach Elke Seefried (Hrsg.), Theodor Heuss. In der Defensive. Briefe 1933–1945, München 2009, S. 142f.

Reichstages zum Ermächtigungsgesetz und der parallel erfolgenden Gleichschaltung der Länder erwies sich die Hoffnung auf eine Zähmung Hitlers als eine Illusion. Entscheidend dafür war nicht nur die Rücksichtslosigkeit, mit der die Nationalsozialisten den Umbau des Staates vorantrieben und Gewalt anwandten. Wichtig war auch, dass die bürgerliche Öffentlichkeit und die bürgerliche Presse die SA-Gewalt weithin akzeptierten, da sie sich aus ihrer Sicht gegen den „richtigen“ Gegner wandte, die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewe-

gung.<sup>38</sup> Viele bürgerliche Beobachter unterschätzten die NSDAP oder konnten dem Führerstaat Positives abgewinnen. Die Selbstgleichschaltung protestantischer Sozialmilieus und wichtiger Institutionen gab der Machtergreifung der NSDAP zusätzlichen gesellschaftlichen Rückhalt.

**NADINE ROSSOL**

ist Senior Lecturer für Neuere Europäische Geschichte an der University of Essex, Vereinigtes Königreich. nrossol@essex.ac.uk

**38** Vgl. Dirk Schumann, Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Gewalteroberung, in: Andreas Wirsching (Hrsg.), Das Jahr 1933: Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft, Göttingen 2009, S. 135–155, hier S. 151.

**BENJAMIN ZIEMANN**

ist Professor für Neuere Deutsche Geschichte an der University of Sheffield, Vereinigtes Königreich. b.ziemann@sheffield.ac.uk



Unbekannter Künstler, The New York Times, 2. April 1933.

© picture-alliance / akg-images

# „ALLES ERSTIRBT IN ANGST“

## Deutsche Juden im ersten Jahr der NS-Herrschaft

*Mark Roseman*

„Nirgends ist mehr Recht in Deutschland! Nirgends“, klagte der Breslauer Lehrer Willy Cohn, nur drei Wochen nachdem Hitler Kanzler geworden war.<sup>01</sup>

„Ich möchte zur Hitlerjugend oder ‚Luise‘ werden“, verkündete die junge Gisela Solmitz. „Keinem Verein gehöre ich an, ich möchte doch auch so gern! Alle sind drin.“ Gisela konnte den Umstand, dass die Nazis sie als Jüdin betrachteten, nicht akzeptieren. Bis vor Kurzem wusste sie nicht, dass ihr Vater vom Judentum konvertiert war. Ihre Mutter musste wiederholt sagen: „Es geht nicht, es geht wirklich nicht.“<sup>02</sup>

„Wenn wir von den Andersgläubigen boykottiert werden, dann müssen wir Juden doch zusammenhalten und uns gegenseitig unterstützen“, insistierte die Stenotypistin Enni Hilzenrad. „Der Rabbinerverband bittet die deutschen Juden dem deutschen Vaterland Treue zu bewahren. Sieht er denn nicht, was vorgeht. Sollen wir ins Ghetto zurück? Unsagbares Elend winkt uns.“<sup>03</sup>

„Was und wieviel bindet Dich hier?“, fragte sich der 25-jährige Jude Rudolf Otto Heinsheimer in einem Brief an seine Frau, nachdem er eine Rede von Hitler gehört hatte, die er für inspirierend hielt. „Was und wieviel erwartest Du hier? Gibt es für einen Juden (...) wirklich keine Möglichkeit, da, an dieser Sache mitzuarbeiten?“<sup>04</sup>

### VIELFALT UND ZERRISSENHEIT

Bereits diese wenigen Selbstzeugnisse deutscher Jüdinnen und Juden zeigen: Selbst in Anbetracht von Hitlers antisemitischer Hetze sollte man nicht erwarten, dass 1933 alle deutschen Juden die gleiche Sichtweise vertraten.

Die Nationalsozialisten stellten „den Juden“ als einheitliche Sache dar, durchweg böse und auf verschwörerische Weise mit seinesgleichen verbunden. Tatsächlich aber war die jüdische Gemeinschaft in Deutschland sehr divers: Es gab akkulturierte Juden, orthodoxe Juden, Zionisten,

Juden in Mischehen, konvertierte Juden und viele andere mehr. Ein Fünftel waren neue Einwanderer aus Osteuropa, die sogenannten Ostjuden. 60 bis 70 000 Jüdinnen und Juden waren im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) organisiert, einem 1893 gegründeten Interessenverband, der gegen Antisemitismus ankämpfte, aber stark patriotisch eingestellt war. Die ein Jahr später gegründete Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD), die etwa 20 000 Mitglieder hatte, strebte wiederum danach, eine jüdische Heimat in Palästina zu erschaffen, allerdings nicht mit dem Ziel, jüdisches Leben in Deutschland ganz und gar aufzugeben. Die jüdische Veteranenorganisation Reichsbund jüdischer Frontkämpfer (RjF) hatte die größte Breitenwirkung auf der rechten Seite des jüdischen Spektrums. Die Vielfalt wurde von manchen indes als Makel empfunden: „Die deutschen Juden sind politisch unorganisiert, atomisiert und im wahrsten Sinne führerlos“, beklagte ein Leitartikler in der „Jüdischen Rundschau“ wenige Tage nach Hitlers Machtantritt.<sup>05</sup>

Während viele Juden zutiefst besorgt waren über das, was geschah, hofften manche, dass sie die Nazis von ihrer patriotischen Gesinnung überzeugen könnten. Nicht wenige junge Menschen fühlten sich von der Energie der Bewegung angezogen und wollten als stolze Deutsche Teil davon sein. Rudolf Otto Heinsheimers oben zitierte Überlegungen sind hierfür ein typisches Beispiel. Andere, die nicht glaubten, dass sich der Antisemitismus der Nazis überwinden ließe, erkannten dennoch den Reiz der Bewegung und waren verblüfft, dass die Partei eine derartig unnötig erscheinende Haltung gegenüber den Juden eingenommen hatte.

Die Hoffnung auf eine mögliche Integration währte vor allem bei einem kleinen Rand mit konservativeren und nationalistischeren Einstellungen länger, etwa in den Reihen des Verbandes nationaldeutscher Juden oder im Verein Der Deutsche Vortrupp. Gefolgschaft deutscher Juden, der im Februar 1933 gegründet worden war.

Indem sie ihren eigenen militanten Nationalismus zur Schau stellten, hofften sie, das Regime davon überzeugen zu können, dass sie Geistesverwandte waren. Eine Zeitlang war dies auch das Bestreben des RjF, insbesondere nachdem dieser im April 1933 erfolgreich auf den Präsidenten Paul von Hindenburg eingewirkt hatte, die Folgen der Entlassungen im Verwaltungs-, Justiz- und Gesundheitswesen einzudämmen. Der RjF versuchte, sich selbst an die Spitze eines geplanten autoritäreren „Führerrats“ jüdischer Organisationen zu setzen. Eine energische Intervention des einflussreichen Rabbiners Ignaz Maybaum, seinerseits Mitglied des RjF, stoppte die Initiative jedoch.

Rudolf Otto Heinsheimers Geschichte bietet indes auch ein Beispiel dafür, wie rasch sich Wahrnehmungen und in der Folge Lebenswege ändern konnten. Bereits wenige Wochen nachdem er die zitierten Gedanken niedergeschrieben hatte, war er im Begriff, nach Palästina aufzubrechen. Seine Kommentare sind zudem dahingehend aufschlussreich, wie sich die zeitgenössische Erfahrung von späteren Darstellungen unterscheidet. Nach der Gründung des Staates Israel 1948 wurde Heinsheimer unter dem Namen Uri Yadin zu einer wichtigen Figur im israelischen Justizwesen. Seine Tochter Shulamit Volkov, eine renommierte Historikerin, sah ihn lange als die Personifizierung der „perfekten zionistischen Geschichte“: ein junger Mann, der den Antisemitismus Europas hinter sich lassen wollte zugunsten der erlösenden Aussicht einer neuen jüdischen Gesellschaft. Heinsheimers Gewissenskampf im Mai 1933 und sein junges deutsch-jüdisches Selbst waren ihr unbekannt gewesen. Erst nach dem Tod ihres Vaters 1985 entdeckte Volkov diese verborgene frühe Stimme.<sup>06</sup>

**01** Willy Cohn, *Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums*, Köln 2006, S. 13.

**02** Zit. nach Frank Bajohr/Beate Meyer/Joachim Szodrzynski (Hrsg.), *Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933*, Göttingen 2013, S. 217. „Luise“ bezieht sich auf den Luisenbund, die Frauenbewegung des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten.

**03** Enni Hilzenrad, *Brief an den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, Berlin, 25.3.1933, United States Holocaust Memorial Museum, RG-11.001M.31, reel 100.

**04** Zit. nach Shulamit Volkov, *Der einzelne und die Gemeinde: zwischen Erfüllung und Enttäuschung*, in: dies., *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays*, München 2001, S. 184–199, hier S. 187.

**05** Robert Weltsch, *Innere Sicherheit*, in: *Jüdische Rundschau*, 3.2.1933, S. 45.

**06** Vgl. Volkov (Anm. 4).

Mit unserem Wissen darüber, wie die Dinge in Nazi-Deutschland endeten, ist es schwer, diese Ungewissheit nachzuempfinden: die wöchentlichen oder gar täglichen Schwankungen dieser frühen Wochen und Monate unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Deshalb sind zeitgeschichtliche Dokumente wie die Briefe Heinsheimers so wertvoll; sie sind Zeugnisse von Spekulationen, die bald völlig irrelevant erschienen. Die Entscheidung, zu gehen, war fundamental. Sobald man Nazi-Deutschland verlassen hatte, war der gesellschaftliche Hintergrund, vor dem man handelte, der eine Projektionsfläche bot und über den man sich definierte, ein anderer. Dies schuf eine Distanz zum früheren Selbst und verlieh der schlichten Tatsache, dass man gegangen war – und andere wiederum nicht – eine psychologische Klarheit und moralische Bedeutung, die der zuvorigen Zerrissenheit zwischen „Gehen“ oder „Bleiben“ nicht entsprach. Unter den neuen Bedingungen führte dies zur Anpassung von Selbstnarrativen, etwa zu einem makellosen zionistischen Lebenslauf, der ein kurzes Liebäugeln mit Hitler überdeckte.

## VORSICHT UND UNGEWISSHEIT

Die Entdeckung des Centralverein-Archivs in den 1990er Jahren hat offengelegt, wie hart der CV vor 1933 daran gearbeitet hatte, die Nationalsozialisten zu bekämpfen und vor der Bedrohung, die sie darstellten, zu warnen. Nach 1933 übermittelte der CV Informationen ins Ausland, nicht zuletzt durch sein Mitglied Alfred Wiener, der nun das Jewish Central Information Office in Amsterdam leitete. Doch obwohl sie gut informiert waren über die Gefahr der Nazis, konnten weder der CV noch andere jüdische Beobachter vorhersagen, was Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bedeuten würde. Würde die neue Koalition beständiger sein als ihre Vorgängerinnen? „Auch sie werden mit der Wirtschaftskrise [sic!] nicht fertig werden“, prophezeite Willy Cohn, ein stolzer Veteran, Sozialdemokrat und Zionist, am 31. Januar, „und dann kommt der große Umschlag nach links!“<sup>07</sup> Aber wenn es Hitler gelingen sollte, Kanzler zu bleiben, wäre seine vorherige Rhetorik dann ein guter Indikator für sein Verhalten im Amt? Würde er von seinen konservativen Partnern gebändigt werden?

**07** Cohn (Anm. 1), S. 7.

Die Signale der Nationalsozialisten selbst waren widersprüchlich. Auf den Straßen kam es in den ersten Februartagen zu zahlreichen beunruhigenden Zwischenfällen, aber lag dies vielleicht daran, dass es Hitler noch nicht gelungen war, die radikalere Basis zu zügeln?

Die öffentliche Kommunikation von führenden jüdischen Repräsentanten im Februar 1933 sollte vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Am 2. Februar 1933 verkündete der CV, man erwarte, „dass die verfassungsmäßigen Rechte der deutschen Juden nicht angetastet werden“ und die deutschen Juden nicht die „Ruhe“ verlieren würden, „die ihnen das Bewusstsein untrennbarer Verbundenheit mit allem wirklichen Deutschen gibt“.<sup>08</sup> Die orthodoxe jüdische Wochenzeitung „Der Israelit“ bestätigte, die Ernennung Hitlers zum Kanzler „bedeutet eine schwere stimmungsmäßige Belastung der ganzen deutschen Judenheit“, glaubte aber nicht, „daß Herr Hitler und seine Freunde, einmal in den Besitz der lange erstrebten Macht gelangt, nun etwa nach dem Rezept des ‚Angriff‘ oder des ‚Völkischen Beobachters‘ vorgehen und kurzer Hand die deutschen Juden ihrer verfassungsmäßigen Rechte entkleiden“ würden, und führte weiter aus, dass der Druck, sich „mitten im Konzert der Kulturvölker“ wie eine zivilisierte Macht zu verhalten, dies verhindern würde.<sup>09</sup> In diesen Artikeln wurde versucht, eine empfindliche Balance zu halten: Sie sollten einerseits die Gefahren anerkennen und Signale an das Regime senden, andererseits die Wogen glätten und Mitglieder und Leser vor unnötigen Ängsten bewahren.

Manche dürften solche Töne beruhigt haben. Andere waren von ihnen frustriert. Als Reaktion auf spätere, ähnlich besänftigende Stellungnahmen verurteilte das CV-Mitglied Käthe Hammerstein die „widerwärtige“ und „ekelhafte“ Anbiederung.<sup>10</sup> Der Philologe Victor Klemperer, ein protestantischer Konvertit, der sich dessen bewusst war, dass die Nationalsozialisten und Antisemiten ihn als Juden betrachteten, war ebenfalls verärgert über die Vorsicht der jüdischen Anführer in der Presse. Doch Klemperer gab zu, dass

er selbst genauso unsicher darüber war, in welche Richtung die Entwicklung ging. „Am meisten berührt, wie man den Ereignissen so ganz blind gegenübersteht.“<sup>11</sup>

Für den CV gab es zweierlei Unsicherheit: Zum einen war nicht abzusehen, wie weit die Nationalsozialisten mit Gewalt, wirtschaftlichen Maßnahmen und Einschränkungen der Bürgerrechte noch gehen würden; zum anderen stellte sich die fundamentale Frage der Identität – würde es in Zukunft Platz geben für jene „untrennbare Verbundenheit“ zwischen Juden und Deutschen, die der CV so schätzte? Im Gegensatz dazu fühlten sich viele deutsche Zionisten in ihrer Kritik an der Assimilation bestätigt. Nur sie, behaupteten sie, hätten die „naturgegebene Distanz zwischen Juden und Nichtjuden“ richtig eingeschätzt. Es sei „lächerlich“, sich gegen die Rhetorik der Nazis „durch Berufung auf jüdische Leistungen verteidigen zu wollen“. Die Zionisten sahen sich nun selbst in einer Führungsrolle: Die deutschen Juden könnten stark sein, wenn sie den Schaden abschütteln würden, den die Assimilation mit sich gebracht hatte, wenn sie sich befreien würden von ihrer „Atomisierung und Selbstverlorenheit“ und sich versammeln würden „um dieses jüdische Banner“.<sup>12</sup> Allerdings sahen sich die Zionisten bei ihren öffentlichen Verlautbarungen genau wie der CV oftmals zu einem vorsichtigen Balanceakt gezwungen.<sup>13</sup>

## GEWALT UND BOYKOTT

Was aus unserer heutigen Perspektive, wo die Demokratie fragiler wirkt, als man es vor einem Jahrzehnt für möglich gehalten hätte, im Hinblick auf die Wochen nach dem 30. Januar 1933 besonders auffällt, ist das Ausmaß an Gewalt und die Geschwindigkeit, mit der grundlegende Rechtsgüter außer Kraft gesetzt wurden. Weniger als eine Woche nach der „Machtergreifung“ hielt Willy Cohn die „furchtbare Nachricht“ fest, dass ein ehemaliger Student nach einem Reichsbanner-Aufmarsch

**08** C.V. Zeitung, 2.2.1933, S. 33f.

**09** Der Israelit, 2.2.1933, S. 1f.

**10** Zit. nach Daniel Siemens, *Leben ohne Zukunft?*, in: Regina Grundmann/ders./Bernd J. Hartmann (Hrsg.), „Was soll aus uns werden?“ Zur Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 2020, S. 15–44, hier S. 25.

**11** Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*. Tagebücher 1933–1941, Berlin 1988, S. 7.

**12** Weltsch (Anm. 5), S. 46.

**13** Vgl. Jürgen Matthäus, *Zwischen Anpassung und Risikobereitschaft: Der Centralverein nach der NS-„Machtergreifung“*, in: Rebekka Denz/Tilmann Gempp-Friedrich (Hrsg.), *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens: Anwalt zwischen Deutschtum und Judentum*, Berlin–Boston 2021, S. 195–210, hier S. 197.

von der SA ermordet worden war.<sup>14</sup> Wenige Wochen später, nachdem einer der Mörder aus der Haft entlassen wurde, formulierte Cohn die eingangs zitierte Stellungnahme über die herrschende Rechtlosigkeit. In dieser frühen Phase war die Gewalt der Nationalsozialisten zwar öfter gegen die Linke gerichtet als gegen Juden per se, aber jüdische Personen vom linken Flügel waren von allen am meisten gefährdet und sahen sich sowohl durch polizeiliche Aktionen als auch durch das verbrecherische Vorgehen der SA bedroht. Viele jüdische Politiker flohen außer Landes. Das Ausmaß der Gewalt unterschied sich nicht nur nach politischer Zugehörigkeit, sondern auch nach Regionen. In manchen Gebieten, etwa in Pommern, hatte der CV bereits vor 1933 einen Notstand für Juden erkannt. Fast ein Fünftel der deutschen Juden lebte in kleinen Ortschaften, wo sie exponierter waren als diejenigen in den großen Städten.

Nach den Wahlen am 5. März gab es für die jüdischen Beobachter noch mehr Anlass zur Sorge. „Was ich bis zum Wahlsonntag (...) Terror nannte“, schrieb Klemperer am 10. März, „war mildes Prélude“.<sup>15</sup> Die Berichte von Straßengewalt, Überfällen, Morden und die Abwesenheit rechtlicher Konsequenzen waren schockierend. Chronisten beriefen sich oft auf das Mittelalter oder, wie der schrullige Breslauer Buddhist und „Rassejude“ Walter Tausk, auf den Dreißigjährigen Krieg, womit sie das tiefe Gefühl vermittelten, dass sich die moderne Welt, in der sie zu leben glaubten, aufgelöst hatte. „Ich habe mich wahrhaftig immer als Deutscher gefühlt“, hielt Klemperer fest, „Und ich habe mir immer eingebildet: 20. Jahrhundert und Mitteleuropa sei etwas anders als 14. Jahrhundert und Rumänien. Irrtum.“<sup>16</sup>

Sogar jene, die relative Sicherheit genossen, waren zutiefst verunsichert von den Vorfällen anderswo. Erleichtert darüber, dass Hamburg das Schlimmste erspart blieb, registrierte der Hamburger Anwalt Kurt Rosenberg trotzdem die Gewalt im fränkischen Rothenburg, wo alle jüdischen Männer brutal zusammengeschlagen worden waren, wie auch in Coburg, wo im Laufe der Monate März und April 150 Menschen, darunter 39 Juden, wochenlang in Kellern gefangen gehalten und brutal misshandelt wurden, sowie

die bösen Attacken in Gelsenkirchen und weitere mehr.<sup>17</sup> Die Bedrohung bestand nicht nur in Form von Straßengewalt, sondern ging auch von der Polizei und Denunziationen aus. Bereits im März notierte Klemperer, es sei „furchtbar leichtsinnig, dies alles in mein Tagebuch zu schreiben,“<sup>18</sup> und fügte im April hinzu, dass die Nutzung des Telefons nun auch ein Risiko sei.

Infolge der Machtergreifung organisierten Nazi-Gruppen lokale Boykotte jüdischer Geschäfte. In der zweiten Märzhälfte vergrößerte sich der Druck für eine Aktion auf nationaler Ebene. Zunehmende Proteste im Ausland gegen die Behandlung der Juden in Deutschland lieferten den Nationalsozialisten eine Ausrede, sich über die „Gräuelpopaganda“ zu beschweren und mit Vergeltungsmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte zu drohen, sollten solche Kampagnen kein Ende nehmen. Wieder einmal steckten die jüdischen Organisationen in der Klemme. Sie konnten es nur begrüßen, wenn internationaler Protest die Aufmerksamkeit auf das Verhalten der Nazis lenkte. Gelänge es ihnen aber, die Beschwerden einzudämmen, würden sie den Mythos nähren, dass sie die internationalen Reaktionen erst angefacht hätten. Zudem war ihnen bewusst, dass das Thema „ausländische Propaganda“ bereits seit dem Ersten Weltkrieg, als die Darstellung der Deutschen als barbarische „Hunnen“ allseits verurteilt worden war, breite Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit fand. Sie wollten dem Regime keinerlei Gelegenheit bieten, Juden als anti-deutsch darzustellen. Der CV und die Zionisten kommunizierten daher äußerst vorsichtig; neben der öffentlichen Ablehnung der „Übertreibungen“ im Ausland und Telegrammen an amerikanisch-jüdische Organisationen, in denen um Zurückhaltung gebeten wurde, gab es verdeckte Korrespondenz mit denselben Organisationen, in denen man der eigenen öffentlichen Kommunikation weitestgehend widersprach, sowie maßvolle öffentliche Kritik an den antisemitischen Aktionen. Diese Schritte mögen logisch und strategisch gewesen sein – sie verhinderten jedoch weder den Boykott, noch legten sie gewöhnlichen Mitgliedern offen, was ihre führenden Repräsentanten wirklich dachten.

Auch wenn er nur einen Tag andauerte, war der nationale Boykott am 1. April 1933 ein

<sup>14</sup> Cohn (Anm. 1), S. 8.

<sup>15</sup> Klemperer (Anm. 11), S. 8.

<sup>16</sup> Ebd., S. 15.

<sup>17</sup> Vgl. Kurt F. Rosenberg, „Einer, der nicht mehr dazugehört“. Tagebücher 1933–1937, Göttingen 2012, S. 61, S. 100.

<sup>18</sup> Klemperer (Anm. 11), S. 12.

Schock für die deutschen Juden. Er ließ sich nicht mehr einfach abtun als lokale Aktion skrupelloser Hitzköpfe, die von einer verantwortungsvollen Parteiführung noch nicht auf Linie gebracht worden waren. Doch die Erfahrung war ambivalent. Wie Marta Appel, die Ehefrau des Dortmunder Rabbiners, notierte, nachdem sie am 1. April durch das Stadtzentrum gegangen war, fiel die Reaktion der Masse oft verhalten oder negativ aus.<sup>19</sup> Viele Berufstätige, wie Henriette Nefheles-Magnus aus Hamburg-Wandsbek, waren überrascht und gerührt von den Bekundungen geduldiger Loyalität.<sup>20</sup> Doch in den folgenden Monaten bemerkten die Juden, wie sich diejenigen, die im April ihre Solidarität bekundet hatten, nach und nach zurückzogen. Nachdem sie zu einem Kaffeekränzchen eingeladen worden war, das sie früher oft besucht hatte, sagte Appel trotz Bedenken und einer schlaflosen Nacht zu – und fand niemanden vor, als sie dort ankam. Aber sie konnte den Druck nachvollziehen, der auf ihren nicht-jüdischen Bekannten lastete.<sup>21</sup> „Schwerlich werden diejenigen, die unsere Tage nur noch als Geschichte erleben, erkennen können, wie tief der Zwang auf das Einzelleben wirkt“, hielt Kurt Rosenberg im Mai fest. „Das Briefgeheimnis ist aufgehoben. In jedem Briefe wägt man seine Worte. Das gesprochene Wort ist eine Gefahr, hinter der das Gefängnis steht. Überall herrscht der Zwang, Bewegungen anzugehören, die nicht der eigenen Überzeugung entsprechen.“<sup>22</sup> „Aber alles, buchstäblich alles“, schrieb Klemperer, „erstirbt in Angst“.<sup>23</sup>

Unterdessen kamen wirtschaftliche Sorgen zu denen um die persönliche Sicherheit hinzu. Das am 7. April erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ sowie nachfolgende Maßnahmen in juristischen und medizinischen Bereichen sorgten in Verbindung mit lokalen Boykottaktionen und den Entlassungen jüdischer Arbeitnehmer für echte wirtschaftliche Not. Die Hälfte aller jüdischen Richter und Staatsanwälte verlor ihre Arbeit. Viele jüdische

Ärzte verloren ihre Kassenzulassung. Bereits im Frühjahr 1933 war ein Drittel der jüdischen Angestellten arbeitslos, in Berlin die Hälfte der jüdischen Arbeiter.

## FLUCHTVERSUCHE

„Man hört von jüd. Selbstmorden (...) und man fühlt das Schwert im eigenen Nacken“, hielt Rosenberg Anfang April fest.<sup>24</sup> Er selbst überlegte, mit seiner Familie ins Ausland zu fliehen. Doch neben all den Sorgen, die mit dem Verlassen der vertrauten Welt verbunden waren, gab es enorme Hürden, die zu überwinden waren, ehe dies überhaupt möglich war. Alle Vermögenden hatten eine „Reichsfluchtsteuer“ in Höhe von 25 Prozent zu begleichen, die Devisenkontrollen waren äußerst streng, und die offiziellen Wechselkurse der Reichsmark waren stark unterbewertet. Zudem stellte sich die Frage der Pässe. Die Pässe der Breslauer Juden beispielsweise wurden im März eingezogen. Doch selbst, wenn all dies geklärt war: Wohin konnte man dann gehen? Nur wenige Staaten hießen Neuankömmlinge mit offenen Armen willkommen. Abgesehen von Frankreich, wo die Einreise in der ersten Jahreshälfte 1933 ohne Visum möglich war, gab es in den meisten Ländern strenge Grenzkontrollen und einen noch strenger geregelten Zugang zum Arbeitsmarkt.

In Anbetracht dieser Bedingungen ist es bemerkenswert, dass rund sieben Prozent der deutschen Juden, etwa 37 000 Menschen, Deutschland im ersten Jahr der NS-Herrschaft verließen. Deutlich mehr, womöglich doppelt so viele, ersuchten bei jüdischen Agenturen Rat zu einer möglichen Emigration. Von denen, die aufbrachen, flohen drei Viertel in kontinentaleuropäische Länder und das Vereinigte Königreich, über die Hälfte allein nach Frankreich. Diese Zahlen sind Schätzungen, da viele die Grenzen Deutschlands illegal überquerten.<sup>25</sup> Die übrigen jüdischen Emigranten gingen 1933 größtenteils nach Palästina.

Das Leben in Palästina war zweifellos hart, aber zumindest hatten diejenigen, die dort aufgenommen wurden, das Recht zu bleiben und zu ar-

**19** Zit. nach Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, S. 231 f.

**20** Zit. nach Margarete Limberg/Hubert Rübsaat (Hrsg.), *Germans No More. Accounts of Jewish Everyday Life, 1933–1938*, New York 2006, S. 19–22.

**21** Vgl. Richarz (Anm. 19).

**22** Rosenberg (Anm. 17), S. 89.

**23** Klemperer (Anm. 11), S. 50f.

**24** Rosenberg (Anm. 17), S. 74f.

**25** Vgl. Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration From Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I)*, in: Leo Baeck Institute Year Book 1/1980, S. 313–361; *Arbeitsbericht des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, Berlin 1933*, S. 11 ff., <https://archive.org/details/arbeitsberichtde00unse/page/n12/mode/1up>.

beiten. Andernorts fanden sich viele Geflohene in solch einer wirtschaftlichen Misere wieder, dass Tausende bald zurückkehrten. Die deutschen Juden erfuhren rasch von der ernststen Notlage derer, die ins Ausland gegangen waren. Die deutsch-jüdischen Wohlfahrtsverbände, darunter sogar zionistische, baten potenzielle Auswanderer dringend darum, erst aufzubrechen, sobald sie ihren Lebensunterhalt gesichert hatten. Die Zahl der Menschen, die in europäische Länder auswanderte, sank in den folgenden Jahren rapide.

### GEBLENDET UND GETÄUSCHT?

Jahrzehnte nach dem Krieg war es eine verbreitete Ansicht unter deutsch-jüdischen Emigranten, dass die in Deutschland Zurückgebliebenen von der Tragödie erfasst worden waren, weil sie die Gefahr nicht ernst genug genommen hatten; weil sie es nicht für möglich gehalten hatten, dass ihnen etwas passieren könne; weil sie zu stark an ihr Vaterland gebunden waren, an ihr Geld und Mobiliar; weil sie zu geblendet und getäuscht waren, um die Zeichen der Zeit zu erkennen. Der Historikerin Deborah Lipstadt zufolge sei in den USA unter Juden, die nach dem Holocaust geboren sind, häufig eine Variation des folgenden Satzes zu hören: „Wie konnten sie nicht begreifen, was die Nazis mit ihnen vorhatten?“ Aus der sicheren Position der Nachgeborenen „verweisen Post-Holocaust-Juden auf das, was sie für die Gleichgültigkeit und den Selbstbetrug der Juden in Nazi-Deutschland halten, um zu erklären, warum sie – eines Besseren belehrt – die Stimme beim geringsten Anzeichen von Antisemitismus erheben, sei er real oder eingebildet“.<sup>26</sup>

Schon die kurze Darstellung jüdischer Reaktionen zu Beginn dieses Artikels legt nahe, dass das verbreitete Urteil über die deutschen Juden in Nazi-Deutschland viel zu vereinfacht ist. In ihm werden die Konsternation und die Schwankungen der jüdischen Wahrnehmungen und Erfahrungen nicht erfasst. Es missversteht zudem die patriotischen Äußerungen jüdischer Organisationen, hinter denen weitaus komplexere und realistischere Kalkulationen standen, als es zunächst erscheint. Es missversteht auch den Umstand, dass die Emigration das Niveau von 1933 erst wieder 1938 erreichte und überholte – was in Wirklichkeit ein Zeichen dafür ist, dass die massive Auswanderung

des Jahres 1933 vielen, die aufgebrochen waren, keine Erleichterung brachte. Außerdem ist es letztlich ein Pauschalurteil über zahlreiche Einzelpersonen, deren Wahrnehmungen und Kalkulationen sich fortwährend veränderten. Niemand hätte 1933 Auschwitz vorhersagen können, nicht einmal 1939.

Sicher, jüdische Organisationen und Individuen versuchten sich an die neuen Umstände anzupassen und einen Weg zu finden, ihr Leben weiterzuführen. Um den Bedürfnissen des jüdischen Gemeinwohls gerecht zu werden, schufen jüdische Körperschaften im April 1933 den Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau (ZAHA). Im September einigten sich die wichtigsten jüdischen Organisationen dann darauf, ein neues gemeinsames Führungsinstrument zu schaffen, die Reichsvertretung der deutschen Juden, obwohl CV, RjF und ZVfD weiterhin eine wichtige Rolle spielten. Der CV hoffte seinerseits noch eine Zeitlang, dass in Deutschland irgendeine Form von jüdischem Leben möglich sein würde, und drängte seine Mitglieder dazu, ihre Posten nicht aufzugeben, ehe sie dazu gezwungen wären. Aber schon 1935 verkündete der ZAHA, dass die allermeisten jungen Juden ihr Glück im Ausland suchen müssten; bis 1939 sank die Zahl der Jüdinnen und Juden unter 40 Jahren in Deutschland im Vergleich zu 1933 um 80 Prozent.

Auch hier wird deutlich, wie irreführend eine Rückschau sein kann. Die Entscheidung, aufzubrechen, veränderte nicht nur das Verständnis von einem selbst, sondern auch die eigene Wahrnehmung jener, die zurückgelassen wurden. Selbstverständlich hatten viele deutsche Juden an die Kultur geglaubt, die einen großen Teil ihrer Identität ausmachte, und sich gegen die Erkenntnis gestäubt, dass wirklich alles verloren war. All dies war keine Erfindung der Nachkriegserinnerung. Aber die zeitgenössischen Dokumente und Zeugnisse zeigen uns, wie tief und dauerhaft die jüdische Gemeinschaft wieder und wieder von den fortlaufenden Erschütterungen des Jahres 1933 getroffen wurde.

Übersetzung aus dem Englischen: Maximilian Murmann, München.

#### MARK ROSEMAN

ist Professor für Neuere Europäische und Jüdische Geschichte an der Indiana University in Bloomington, USA.

marrosem@indiana.edu

<sup>26</sup> Deborah E. Lipstadt, *Aryan Nation*, 26. 4. 1998, [nytimes.com/books/98/04/26/reviews/980426.26lipstat.html](https://www.nytimes.com/books/98/04/26/reviews/980426.26lipstat.html).



### THE TEMPORARY TRIANGLE.

VON HINDENBURG AND VON PAPAN (together)—

"FOR HE'S A JOLLY GOOD FELLOW,  
FOR HE'S A JOLLY GOOD FELLOW,  
FOR HE'S A JOLLY GOOD FE-EL-L-OW,  
(Aside: "Confound him!")  
AND SO SAY BOTH OF US!"

Das temporäre Dreieck. [Reichspräsident] von Hindenburg und [Vizekanzler] von Papen (zusammen): „Denn er ist ein verdammt guter Kerl, denn er ist ein verdammt guter Kerl, denn er ist ein verdammt guter Ke-ee-erl, (zur Seite: „Zum Teufel mit ihm!“) und das meinen wir beide so!“  
Bernard Partridge, Punch (London), 8. Februar 1933.

© TopFoto



Karl Holtz, Der wahre Jacob, 4. Februar 1933.

Universitätsbibliothek Heidelberg

# 1933 IN GLOBALGESCHICHTLICHER PERSPEKTIVE

*Sven Reichardt*

Bereits am 31. Januar 1933 stellten die „Altonaer Nachrichten“ unter der Überschrift „Was sagt das Ausland zum neuen Reichskabinett?“ Reaktionen aus Frankreich, England, den USA, Italien, Österreich und Polen zum Regierungsantritt Hitlers zusammen. Wenig überraschend kamen die enthusiastischsten Berichte aus dem faschistischen Italien. Aus italienischer Sicht handelte es sich um die längst überfällige nationale Einigung. Den „Triumph des neuen Deutschland“ lobte das „Giornale d’Italia“ als „Zusammenschluss aller gesunden Kräfte“. „Il Lavoro Fascista“ erkannte gleich auch noch den „Beginn einer neuen historischen Phase“.

Aus Frankreich kamen deutlich kritischere Stimmen. Das „Journal“ nannte das neue Kabinett eine „Diktaturregierung“, und das radikal-sozialistisch-pazifistische Blatt „L’Œuvre“ fragte, ob Hitler wirklich aufrichtig Wasser in seinen Wein gegossen habe und seine Anhänger bereit sein würden, „sich mit diesem Getränk zu begnügen“. Selbst das konservativ-nationalistische „L’Écho de Paris“ attestierte den Deutschen eine Tendenz zu Autorität und Machtpolitik. Die Pariser Börse reagierte kurzfristig mit einem Rückgang der Young-Anleihen um 18 Punkte. Lediglich das Blatt des französischen Faschisten und Nationalsozialisten Gustave Hervé beneidete Deutschland, welches an das Ende seines Leideweges gekommen sei. Deutschland werde durch Hitler gerettet, wie Italien durch Mussolini gerettet worden sei. Dagegen sei Frankreich einfach nur noch zu beklagen.

Nüchterner waren die Stimmen aus England, wo sowohl die „Financial Times“ als auch die „Financial News“ durch das Verbleiben der konservativen Minister in der deutschen Regierung ein gewisses Maß an Kontinuität in der Außenpolitik erwarteten. Weniger freundlich, wenngleich auch nicht feindselig, urteilten „Times“, „Daily Herald“ und „Daily Telegraph“. <sup>01</sup> Ähnlich diplomatisch lesen sich auch die Stimmen

aus der Schweiz, die, wie die freisinnig-demokratische Zeitung „Der Bund“, „den Ausgang des Experiments“ abwarten wollten, zumal Hitler angesichts der Einrahmung durch national-konservative Kräfte nicht schalten und walten könne, „wie es ihm beliebt“. <sup>02</sup> Auch die Nachrichtenblätter der USA brachten die Ernennung Hitlers in großer Aufmachung. Noch unter dem Eindruck der verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise hofften die „New York Herald Tribune“ und die „New York Times“ einhellig auf die konservativen Kräfte im neuen Kabinett, die die Wirtschafts- und Außenpolitik beruhigen und stabilisieren würden. Von der polnischen Presse wurden hingegen im Zuge der Regierungsbildung innenpolitische Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Kräften erwartet. <sup>03</sup>

Liest man zum Vergleich in den Berichten ausländischer Konsuln und Gesandter aus Europa, den USA, Lateinamerika oder Japan, so waren von dieser Gruppe zunächst kritischere Töne zu vernehmen. Der US-Generalkonsul George Messersmith erkannte in den neuen Machthabern reine „Psychopathen“, die, so ergänzte der niederländische Gesandte Johan Graf van Limburg Stirum, von einem „kleinen Usurpator mit Talent für Demagogie“ angeführt wurden. Manche, wie der dänische Gesandte Herluf Zahle, meinten, ein völlig neuartiges Regime vor sich zu haben, während die britischen und schweizerischen Diplomaten das Regime als radikalisierte Fortsetzung des Deutschen Kaiserreichs interpretierten. <sup>04</sup> Viele britische Politiker sahen im NS-Regime den Rückfall in die „Urform“ eines antidemokratischen Militarismus – aus ihrer Sicht waren die Deutschen ohnehin nur halb zivilisiert. <sup>05</sup>

## ABSCHEU UND BEWUNDERUNG, GEWALT UND PARTIZIPATION

In den ersten Regimejahren stand der Abscheu vor den radikal antijüdischen Maßnahmen vor al-

lem die Anerkennung der außenpolitischen Erfolge Deutschlands gegenüber. Beeindruckt zeigten sich die Diplomaten auch von den öffentlichen Inszenierungen und der raschen wirtschaftlichen Erholung. Aufrufe an die jeweils eigenen Regierungen, ihre nationalen Grenzen jüdischen Flüchtlingen zu öffnen, sucht man in den Berichten der Diplomaten hingegen vergebens. Der japanische Generalkonsul in Wien riet sogar, die Einreise jüdischer Flüchtlinge nach Japan gänzlich zu verbieten.<sup>06</sup>

Zuweilen wurde auch der neuartige Charakter einer populistischen Diktatur erkannt. In der widersprüchlichen Mischung aus Repression von oben und Vertrauen von unten, so kablete etwa die französische Botschaft schon im Juni 1933 nach Paris, habe sich ein „autoritäres Regime“ etabliert, das „mit dem Segen und der Zustimmung der Bevölkerung“ ausgestattet sei.<sup>07</sup> Der spanische Deutschlandkorrespondent Manuel Chavez Nogales berichtete im Mai 1933 aus Kaiserslautern: „Selbstverständlich sind die Leute im Gasthof alle, ausnahmslos alle, für Hitler. (...) Es agieren hier keine hinterhältigen und bezahlten Schergen (...), es handelt sich um ein ganzes Volk, dessen Hass durch die Predigten nationalsozialistischer Führer geschürt wird, bis hin zu schweren Verbrechen, zu denen sie die Massen ermutigen; der Kommunist oder Jude braucht sich weniger vor knüppelnden Polizisten zu fürchten, vielmehr von den eigenen Nachbarn, Kollegen, Passanten, der ganzen Volksmasse, die plötzlich in den Marxisten und Juden den Grund für ihr Elend ausgemacht hat und sich nun auf sie stürzt, um sie in Stücke zu reißen.“<sup>08</sup>

Die geschichtswissenschaftliche Diskussion um die Bedeutung der „Volksgemeinschaft“ im Nationalsozialismus hat verdeutlicht, dass die Partizipation im Regime sich nicht nur in der propagandistischen Inszenierung eines kollektivistischen Massenappeals erschöpfte. Gewalt und Beteiligung hingen vielmehr zusammen, und die Massenorganisationen eröffneten ebenso neue Teilhabechancen, wie sie die Gewaltbereitschaft förderten. Das nationalsozialistische Regime verschränkte plebiszitären Populismus mit gewaltsamer Unnachgiebigkeit gegenüber den „Gemeinschaftsfremden“. So, wie sich innenpolitische Mobilisierung mit Repression verband, so bot selbst auch noch der rassistische Vernichtungskrieg Verheißungen eines völkischen Neuaufbaus. Diese durch Destruktion hergestellte Ordnung erkannten manche Beobachter bereits 1933.<sup>09</sup>

Die „Diktatur der Massen“, so der US-Generalkonsul Messersmith, erntete im Ausland ganz konkrete Aufmerksamkeit, als US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der Mussolini „bewundernswert“ fand, sich erkundigte, wie das NS-Regime die grassierende Massenarbeitslosigkeit bekämpft habe. Der US-amerikanische „New Deal“ der 1930er Jahre knüpfte mit seiner starken Exekutive, der Ideologie von Nation, Volk und Boden sowie dem wirtschaftlichen Dirigismus an einige Elemente der nationalsozialistischen Sozialpolitik wie etwa dem Reichsarbeitsdienst an.<sup>10</sup> Nicht zuletzt führten die neuen Arbeitsbeschaffungsprogramme, die staatlichen Kontrollen der Industrieproduktion und die Subventionen für die Landwirtschaft den liberalen amerikanischen Journalisten Mauritz Hallgren 1933 zu einer gewagten Prognose: „Zwar haben wir bis jetzt noch keine Armee von Schwarzhemden und keinen Diktator, dennoch führt der Weg zwangsläufig in den Faschismus (...) Dieser wird, um die demokratischen Gefühle des amerikanischen Volkes nicht zu verletzen, im Gewand der Demokratie auftreten. Aber wenn er einmal da ist, wird er sich von den Regimes in Italien und Deutsch-

**01** Was sagt das Ausland zum neuen Reichskanzler?, in: Altonaer Nachrichten, 31. 1. 1933, S. 2; Börsenreaktion in Paris, in: Der Bund, 31. 1. 1933, S. 1.

**02** Hitler wird Reichskanzler, in: Der Bund, 31. 1. 1933, S. 1 f.

**03** Vgl. Das Echo des Regierungswechsels im Ausland, in: Altonaer Nachrichten, 31. 1. 1933, S. 1 f.

**04** Zit. nach Frank Bajohr/Christoph Strupp (Hrsg.), Fremde Blicke auf das Dritte Reich. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, Göttingen 2011, S. 16, S. 19.

**05** Vgl. Jörg Später, Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902–1945, Göttingen 2003, S. 61.

**06** Vgl. Bajohr/Strupp (Anm. 4), S. 29 f. Zu Japan siehe Martin Kaneko, Die Judenpolitik der japanischen Kriegesregierung und jüdische Flüchtlinge in Kôbe, Berlin 2008.

**07** Zit. nach Bajohr/Strupp (Anm. 4), S. 20.

**08** Manuel Chaves Nogales, Deutschland im Zeichen des Hakenkreuzes, Köln 2022, S. 59, S. 147.

**09** Vgl. Sven Reichardt, Faschistische Beteiligungsdiktaturen. Anmerkungen zu einer Debatte, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 42/2014, S. 133–157.

**10** Vgl. Kiran Klaus Patel, „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003; Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939, München–Wien 2005.

land nicht grundsätzlich unterscheiden.“<sup>11</sup> Freilich wurden die USA weder zu einem Einparteiensstaat, noch zu einer mit Konzentrationslagern durchsetzten Diktatur.

Die japanische Armee hatte bereits 1931/32 die chinesische Mandschurei in imperialer Absicht erobert und zum Marionettenstaat gemacht. Militärische Eroberung, Industrialisierung und Massenmigration in Mandschukuo mobilisierten und radikalisierten auch die Gesellschaft der japanischen Heimat – nicht wenige Beamte, die in Mandschukuo tätig waren, kehrten später wieder nach Japan zurück und brachten dort ihre Erfahrungen ein. Japan hatte eine Mischung aus Reformbürokraten, Armeeeoffizieren und vormals sozialistischen Intellektuellen in die Mandschurei entsandt, die dort ein technokratisch ausgerichtetes Entwicklungsmodell entwarfen, welches sich sowohl am faschistischen Korporatismus, aber auch an nationalsozialistischen Gemeinwirtschaftsvorstellungen und später an den Planungen der „Deutschen Arbeitsfront“ anlehnte. Die technokratischen Sozialingenieure verfolgten die Idee der Schaffung eines „Neuen Menschen“.<sup>12</sup> 1933 jedoch hatten die japanischen Zeitungen noch mit Zurückhaltung vor allem auf die Gewaltpolitik der Nationalsozialisten reagiert, während der Antikommunismus bereits von Anfang an mit großer Sympathie bedacht wurde.<sup>13</sup>

Zahlreich waren in den Jahren bis etwa 1937/38 die Bewunderer des wirtschaftlichen und technologischen Aufschwungs und der volkstümlichen Inszenierungen Nazi-Deutschlands – die Palette ist breit und reicht vom Dramatiker George Bernard Shaw über den britischen Politiker David Lloyd George bis zum Transatlantik-Piloten Charles Lindbergh. Wirklich fasziniert von ihren Vorbildern Mussolini und Hitler waren aber vor allem die faschistischen Bewegungen Europas. Der „Duce“ interpretierte den Sieg Hit-

lers gleich zum Sieg seines Faschismus um, während Hitler in den ersten Jahren nach 1933 seine unterwürfige Haltung gegenüber Mussolini kaum änderte. Bereits am 31. Januar 1933 ließ er Mussolini seine Grüße „mit dem Ausdruck der größten Bewunderung“ übermitteln.<sup>14</sup>

Gewalt und Diktatur, charismatische Führerschaft, Radikalnationalismus und gesellschaftliche Mobilisierung, Hierarchie und die Anbetung von Willenskraft und Jugendkult führten zu vielen Formen der Anverwandlung zwischen den faschistischen Regimen. Nicht zuletzt der kriegerische Expansionismus, Antikommunismus, Antisemitismus und Rassismus galt den europäischen Faschismen als vielversprechender, neuer politischer Weg aus der Krise. Zahlreiche Anhänger und Bewunderer Hitlers wie auch Mussolinis prägten die Eiserne Garde Rumäniens ebenso wie die ungarischen Pfeilkreuzler, die Ustascha in Kroatien oder einige Fraktionen der autoritären und faschistischen Gruppierungen Spaniens.<sup>15</sup>

#### „ACHSE BERLIN-ROM“

Das NS-Regime hatte sich schon vor seiner Expansion im Zweiten Weltkrieg international mehrfach verflochten. Hitler strebte bereits seit Beginn seiner Regierungstätigkeit eine enge Verbindung mit dem faschistischen Italien an. Das geschah einerseits aus ideologischen Motiven, andererseits, um die außenpolitische Isolation Deutschlands nach der Wiederbewaffnung und der Militarisierung des Rheinlands zu überwinden und einen Verbündeten für seine aggressive Außenpolitik zu finden. Hitlers Machtübernahme und deren Konsolidierung folgten in wesentlichen Zügen einem Muster, das in Italien durch Mussolinis Faschismus vorgegeben worden war. Hitler bezeichnete Mussolini schon vor 1933 durchgängig mit Bewunderung als „übertreffendes Genie“, als „tatkräftigen Diktator“ oder Idol, „dessen glühender Freund ich bleibe“. In dem „großen Italiener“ entdeckte er einen „übertreffenden Staats-

**11** Zit. nach Schivelbusch (Anm. 10), S. 32. Vgl. Mauritz A. Hallgren, *Seeds of Revolt. A Study of American Life and the Temper of the American People during Depression*, New York 1933; Michael J. Roberto, *The Coming of the American Behemoth. The Origins of Fascism in the United States, 1920–1940*, New York 2018, S. 294f.; Norman Domeier, *Weltöffentlichkeit und Diktatur. Die amerikanischen Auslandskorrespondenten im „Dritten Reich“*, Göttingen 2021.

**12** Vgl. Janis Mimura, *Planning for Empire. Reform Bureaucrats and the Japanese Wartime State*, Ithaca–London 2011.

**13** Vgl. Daniel Hedinger, *Die Achse. Berlin–Rom–Tokio 1919–1946*, München 2021, S. 110.

**14** Zit. nach Wolfgang Schieder, *Adolf Hitler – Politischer Zauberlehrling Mussolinis*, Berlin–Boston 2017, S. 64f.

**15** Vgl. Robert O. Paxton, *The Anatomy of Fascism*, New York 2004; Antonio Costa Pinto/Aristotle Kallis (Hrsg.), *Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe*, Houndmills–Basingstoke 2014; David D. Roberts, *Fascist Interactions. Proposals for a New Approach to Fascism and Its Era, 1919–1945*, New York–Oxford 2016.

mann“. Nach dem durchschlagenden Wahlerfolg vom September 1930 verdichteten sich dann die Beziehungen der NSDAP-Führungsschleife zu den faschistischen Machthabern in Italien nachhaltig.<sup>16</sup>

Italien wiederum griff im Mai 1935 den Völkerbundstaat Abessinien, das heutige Äthiopien, an und eroberte es innerhalb weniger Monate in einem blutigen Vernichtungskrieg. Wie Deutschland war nun auch Italien international isoliert, wollte aber weiterhin seine imperialistische Außenpolitik fortführen, für die es auf deutsche Unterstützung hoffte. Als man 1935/36 einen gemeinsamen Nenner in der Österreich-Frage fand, stand der deutsch-italienischen Allianz nichts mehr im Wege. Am 1. November 1936 sprach Mussolini auf dem Domplatz in Mailand zum ersten Mal von der „Achse Berlin-Rom“, um die sich die europäische Politik künftig drehen sollte.<sup>17</sup>

Eine Reihe von Bündnissen flankierte die Allianz, wobei die faschistischen Regime über diverse diplomatische Seitenkanäle zwischen 1935 und 1939 unterschiedlichste Politikfelder koordinierten. Im April 1935 wurde ein Abkommen über deutsche Rohstofflieferungen nach Italien getroffen; ein Jahr später schlossen der SS-Reichsführer Heinrich Himmler und der italienische Polizeichef Arturo Bocchini einen Pakt für gegenseitige Hilfe bei der Unterdrückung ihrer Gegner. Die Jugendführer Baldur von Schirach und Renato Ricci initiierten den wechselseitigen Austausch ihrer Mitglieder und entwickelten Pläne einer europäisch gedachten faschistischen Jugendziehung. Auch die Justizapparate näherten sich durch den Austausch zwischen den Justizministern Hans Frank und Arrigo Solmi an.

Das Jahr 1937 markierte den ersten Höhepunkt des „Achsen-Paktes“. Ständig reisten Parteigrößen und Minister zwischen Deutschland

und Italien hin und her. Im Januar und April fuhr Göring nach Italien, im April waren Reichsarbeitsführer Ley, im Mai Außenminister von Neurath und im Juni der Reichswehrminister Werner von Blomberg auf der Halbinsel. Umgekehrt kamen der faschistische Arbeitsführer und spätere Korporationsminister Tullio Cianetti, der Propagandaminister Dino Alfieri und im September 1937 schließlich der „Duce“ selbst nach Berlin. Der Polittourismus wollte gar nicht mehr abreißen, Besuche von Schülern, Jugendorganisationen, Pressevertretern, Sportverbänden, Gauleitern und Oberbürgermeistern füllten das „Achsen-Bündnis“ mit Leben. Der deutsche Botschafter Ulrich von Hassell schrieb am 19. November 1936 an den deutschen Reichsaußenminister mit einer missglückten Metapher, dass die „angenehme Temperatur“ der deutsch-italienischen Beziehungen dazu geführt habe, dass sich die Besuche „wie eine Lawine über uns ergossen“.<sup>18</sup>

Beide Länder koordinierten ihre Außenpolitik, trafen Kulturabkommen, verständigten sich über ihre Repressionspolitik und über die Lenkung der Bevölkerung. NS-Propagandaminister Joseph Goebbels wurde das schon fast zu viel. Am 21. Oktober 1937 hielt er in seinem Tagebuch fest: „[Minister Rudolf] Heß geht mit einer Abordnung auf Romreise. Himmler ist gerade in Rom. Das hängt einem bald zum Halse raus.“<sup>19</sup> Aber auch Goebbels stand bereits seit Mai 1933 mit seinem italienischen Gegenüber in regem Austausch. Ab Sommer 1939 intensivierte sich der Kontakt sogar nochmals, da der neue Außenminister Joachim von Ribbentrop versuchte, die Zuständigkeit in der Auslandspropaganda von Goebbels zu übernehmen. Diesen Machtkampf entschied Goebbels dadurch, dass er entschieden der „Achse entgegen“ arbeitete.<sup>20</sup> Umgekehrt wirkte Goebbels' Vorbild auf den Ausbau des italienischen Propagandaministeriums ein. Von den 193 wechselseitigen Besuchen allein zwischen den höchsten nationalsozialistischen und faschis-

**16** Zit. nach Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA, Köln–Weimar–Wien 2009*, S. 16. Vgl. Schieder (Anm. 14); Christian Goeschel, *Mussolini und Hitler. Die Inszenierung einer faschistischen Allianz, Berlin 2019*.

**17** Vgl. Benito Mussolini, *Opera Omnia, Bd. 28: Dalla proclamazione dell'impero al viaggio in Germania, Florenz 1959*, S. 67–72. Zum Abessinienkrieg siehe Robert Mallet, *Mussolini in Ethiopia, 1919–1935. The Origins of Fascist Italy's African War, Cambridge 2015*; Aram Mattioli, *Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935–1941, Zürich 2005*.

**18** Zit. nach Nils Fehlhaber, *Netzwerke der „Achse Berlin-Rom“. Die Zusammenarbeit faschistischer und nationalsozialistischer Führungseliten 1933–1943, Köln 2019*, S. 61.

**19** Die Tagebücher von Joseph Goebbels. *Sämtliche Fragmente, Teil I: Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 3: 1. 1. 1937–31. 12. 1939*, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, München u. a. 1987, S. 309.

**20** Fehlhaber (Anm. 18), S. 78.

tischen Kadern und Staatsbeamten zwischen 1933 und 1943 entfielen auf die Jahre 1936 bis 1939 nicht nur die jährlich meisten, sondern auch die wichtigsten Besuche.<sup>21</sup>

## FASCIST WARFARE UND ANTIKOMMUNISMUS

Im Zentrum der von diplomatischen Seitenkanälen geprägten Verknüpfungen stand zweifellos die Idee, Expansion unter dem Vorzeichen einer gemeinsamen Kriegführung zu entwickeln. Hierzu bedurfte es wirtschaftlicher Kooperationen, militärischer Absprachen und propagandistischer Mobilisierungen. Die militärische Zusammenarbeit im Spanischen Bürgerkrieg, in dem die Achse mit Blut und Eisen zusammengeschmiedet worden war, markierte einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Zudem entsandten das deutsche Heer und die Luftwaffe zwischen 1935 und 1937 Beobachter nach Abessinien und China, um die entgrenzte Kriegführung ihrer Partnerländer Italien und Japan zu studieren. Aus der totalen Kriegführung, die die systematische Bekämpfung von Zivilisten ebenso einschloss, wie sie sich durch eine entgrenzte Partisanenbekämpfung und brutale Behandlung der Kriegsgefangenen (sofern überhaupt welche gemacht wurden) auszeichnete, lernte das deutsche Militär für die eigenen Kriegspläne.

Es entstand in diesen Austauschverhältnissen eine Radikalisierung vormals kolonialer Kriegführungstechniken, die zugleich Elemente des totalen Krieges aus dem Ersten Weltkrieg weiterentwickelte.<sup>22</sup> Der spanische Historiker Javier Rodrigo und sein südafrikanisch-irischer Kollege Alan Kramer haben daraus den Begriff „fascist warfare“ modelliert, der ultranationalistische Kriege mit eliminatorischer und genozidaler Tendenz bezeichnet, die sich durch eine schnelle und besonders brutale Form der Kriegführung auszeichneten. Sie richteten sich in umfassender Form auch gegen die Zivilbevölkerung und stilisierten den Luftkrieg als eine Form von notwendiger und „sauberer“ Kriegführung. Im Zuge dessen kam es durch die Konvergenz von Waffengang und ideo-

logischer Überhöhung zu einer radikalisierten Fashisierung der Regime.<sup>23</sup>

Auch die Globalisierung des faschistischen Antikommunismus, der für den Spanischen Bürgerkrieg zentral war, gehört in diesen Zusammenhang. Schließlich sollte die spanische Nation durch die „physische Vernichtung alles als unspanisch wahrgenommenen Lebens“ gereinigt und mit nahezu rassistischen Vorstellungen gesäubert werden. Francos Presseattaché gab zu Protokoll, für das Ziel, das „Krebsgeschwür“ des Marxismus in einer blutigen Operation aus dem spanischen „Volkkörper“ zu entfernen, dürfe ein Drittel der männlichen Bevölkerung Spaniens eliminiert werden.<sup>24</sup>

Der Beitritt Italiens zum Antikominternpakt wurde 1937 durch den rührigen von Ribbentrop am Auswärtigen Amt vorbei betrieben. Dieses ursprünglich am 25. November 1936 zwischen Japan und dem Deutschen Reich geschlossene Abkommen sollte der Kommunistischen Internationale (Komintern) und der Sowjetunion entgegenwirken. Darin wurde unter anderem vereinbart, gemeinsam über die Abwehr der Aktivitäten der Komintern zu beraten und keine Verträge abzuschließen, die dem Pakt entgegenwirken könnten. In einem geheimen Zusatzprotokoll sicherte man sich gegenseitig Neutralität zu, sollte es zu einem „provozierten Angriff“ oder zu einer „nichtprovozierten Angriffsdrohung“ kommen. Die Nationalsozialisten wollten damit zugleich einen einheitlichen, großen Wirtschaftsblock formen, der die vier europäischen Antikomintern-Partner Deutschland, Italien, Ungarn und Spanien verband, zu denen dann auch noch Rumänien, die Türkei und Iran zählen sollten. Der Block der antidemokratischen und antikommunistischen Staaten Europas trat mit dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 nahezu als Gemeinschaftsunternehmen auf. Japan hingegen hatte kurz zuvor, im April 1941, ein Neutralitätsabkommen mit Moskau abgeschlossen, denn Japan erhielt durch den europäischen Angriff die erhoffte Rückendeckung für das eigene imperiale Ausgreifen im Pazifikraum.

Eine deutsch-japanische Annäherung gab es gleichwohl. Diese begann schon 1935, als der japanische Militärattaché Hiroshi Oshima den Kontakt zum späteren Reichsaußenminister von

<sup>21</sup> Vgl. Fehlhaber (Anm. 18), S. 16, S. 72–94, S. 280–289, S. 305f., Zitat S. 60.

<sup>22</sup> Vgl. Sven Reichardt, *National Socialist Assessments of Global Fascist Warfare (1935–1938)*, in: Miguel Alonso/Alan Kramer/Javier Rodrigo (Hrsg.), *Fascist Warfare, 1922–1945. Aggression, Occupation, Annihilation*, Basingstoke 2019, S. 51–72.

<sup>23</sup> Vgl. Alonso/Kramer/Rodrigo (Anm. 22).

<sup>24</sup> Vgl. Javier Rodrigo, *La guerra fascista. Italia en la Guerra Civil Española, 1936–1939*, Madrid 2016; Antony Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939*, München 2006, S. 505.

Ribbentrop aufnahm. Es ging darum, Sondierungen für eine gemeinsame Politik gegen die Sowjetunion aufzunehmen. In Japan war vor allem die Armee an diesen Kontakten interessiert, da mit dem autoritären Kurs seit dem Februar 1936 die japanischen Bewunderer des NS-Regimes die Oberhand bekommen hatten.<sup>25</sup> Mit dem Antikominternpakt und dem Beginn des Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges 1937 wurde nun gegen den maoistischen Kommunismus gekämpft. Zudem versuchte man über Deutschlands in China stationierte Militärberater Einfluss auf die nationalchinesische Kuomintang unter Chiang Kai-shek zu bekommen. Als sich dieser Nationalist aber mit dem Kommunisten Mao gegen die Japaner verbündete, zogen sich die deutschen Militärberater aus China zurück. Deutschland stellte seine Rüstungslieferungen nach China ein und erkannte den Marionettenstaat Mandschukuo an.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 leitete dann eine zwischenzeitliche Flaute in der deutsch-japanischen Zusammenarbeit ein, die allerdings nur bis zum September 1940 andauerte. Unter dem zweiten Kabinett des rechtsautoritären Fürsten Konoe kam es zum Abschluss des Dreimächtepaktes zwischen Berlin, Rom und Tokio, der eine Verteidigungsallianz gegen die USA und die Anerkennung ganz Asiens als japanische Einflussphäre umfasste.<sup>26</sup>

### RASSISTISCHE INTERNATIONALE

Mit dem „Stahlpakt“ vom 22. Mai 1939 schlossen auch Deutschland und Italien einen Vertrag, der zunächst „Blutpakt“ („*patto di sangue*“) heißen sollte. In der Präambel des Paktes wurde die „innere Verwandtschaft“ der Weltanschauungen betont, zugleich verpflichteten sich die Partner, „in Zukunft Seite an Seite mit vereinten Kräften für die Sicherung ihres Lebensraumes (...) einzutreten“. Das Bekenntnis zu einer imperialistischen Wertegemeinschaft war vor allem Mussolini wichtig. Im „Stahlpakt“ wurde der Mythos der unverbrüchlichen Treue beschworen; den materi-

ellen Kern des Abkommens bildeten eine gegenseitige Beistandsverpflichtung sowie die Vereinbarung der engen militärischen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung.<sup>27</sup>

Der ursprünglich vorgesehene Name für das Bündnis deutet aber etwas anderes an. International vernetzt waren nicht nur die faschistische Kriegführungstechnik und der Antikommunismus, sondern auch der Rassismus. Das rassistische Überlegenheitsdenken der italienischen Faschisten manifestierte sich sowohl im kolonialen Rassismus als auch gegenüber Slawen, Sinti und Roma sowie Juden. Juden galten auch in Italien als innerer Feind. Sie wurden von Mussolini als gefährlich angesehen, weil sie angeblich die Sicherheit des Regimes zu unterminieren drohten, was vorab den Afrikanern unterstellt worden war. Beeinflusst von ihrer rassistischen Siedlungspolitik in Libyen und Abessinien begann 1938 eine antisemitische Kampagne, die in das „*manifesto della razza*“ einfluss, mit dem die Zugehörigkeit der Juden zur „italienischen Rasse“ bestritten wurde. Juden galten als Inkarnation des Antifaschismus und wurden massiv entrechtet, enteignet und vertrieben. Jüdischen Kindern wurde der Schulbesuch und der Verkehr mit „Ariern“ untersagt. „Mischehen“ wurden verboten. Konvertierten Juden, die in der katholischen Kirche geheiratet hatten, wurde der Ehestatus abgesprochen. Juden wurden aus der Faschistischen Partei, aus der Bürokratie, der Armee, den Berufsverbänden und kulturellen Einrichtungen ausgeschlossen. Sie durften keine „arischen“ Bediensteten haben, kein größeres Unternehmen führen oder größeren Landbesitz haben. Zwangsarbeit gehörte ab 1942 zum Alltag der italienischen Juden, und die 1943 gegründete Republik von Salò (Repubbli-

**27** Vgl. Lutz Klinkhammer et al. (Hrsg.), *Die „Achse“ im Krieg. Politik, Ideologie und Kriegführung 1939–1945*, Paderborn u. a. 2010.

**28** Vgl. Hans Woller/Thomas Schlemmer, *Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53/2005, S. 165–201; Michele Sarfatti, *Gli ebrei nell'Italia fascista. Vicende, identità, persecuzione*, Turin 2000; Joshua Zimmermann (Hrsg.), *Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule 1922–1945*, Cambridge 2005; Simon Levis Sullam, *The Italian Executioners. The Genocide of the Jews of Italy*, Princeton–Oxford 2018.

**29** Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M.–New York 1997.

**30** Leland Stowe, *Nazi Germany Means War*, London 1933. Vgl. Chaves Nogales (Anm. 8), S. 24 ff.

**25** Vgl. Gerhard Krebs, *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des pazifischen Krieges*, Bd. 1, Hamburg 1984, S. 204–216; Miles Fletcher, *The Search of a New Order. Intellectuals on Fascism in Prewar Japan*, Chapel Hill 1982.

**26** Vgl. Hedinger (Anm. 13), S. 274–364; Gerhard Krebs, *Das moderne Japan 1868–1952. Von der Meiji-Restauration bis zum Friedensvertrag von San Francisco*, München 2009, S. 67–74.

ca Sociale Italiana) übernahm schließlich nationalsozialistische Standards. Es kam zu Verhaftungsaktionen, Deportationen und regelrechten Massakern.<sup>28</sup>

In der „Internationale der Rassisten“<sup>29</sup> hatten sich Eugeniker und Rassehygieniker bereits seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ausgetauscht. Entsprechende Gesetzgebungen gab es in Kalifornien ebenso wie in Brasilien, Frankreich, China oder Italien. Letztlich aber übertraf die nationalsozialistische Eugenik alle anderen Varianten und war durch die konsequente Umsetzung einer radikalvölkischen Variante der „negativen Eugenik“ des Tötens gekennzeichnet.

Der US-amerikanische Journalist Leland Stowe veröffentlichte, nachdem er im Sommer 1933 Deutschland besucht hatte, noch im glei-

chen Jahr ein Buch mit den bezeichnenden Titel „Nazi Germany Means War“.<sup>30</sup> Früh beschrieben manche helllichtige Zeitgenossen die Mischung aus Massenmobilisierung und Repression, aus imperialistischem Vernichtungskrieg und völkischem Antisemitismus, aus Antikommunismus und Rassismus als die Zentralelemente des Nationalsozialismus. Allerdings war diese Ansicht 1933 noch keineswegs mehrheitsfähig. Stowes Reportage wurde in den USA für alarmistisch gehalten – nicht einmal seine Hauszeitung, die „New York Herald Tribune“, druckte sie ab.

**SVEN REICHARDT**

ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Konstanz.

sven.reichardt@uni-konstanz.de



Unbekannter Künstler, Die Leuchtrakete (Wien), März 1933.

ANNO/Österreichische Nationalbibliothek

# DER AUFSCHWUNG DER ANDEREN

## Weimars ökonomische Krisenherde und der Aufstieg des Nationalsozialismus

*Heike Knortz*

Im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme fokussiert die Geschichtswissenschaft stets auch das Jahr 1923, in dem alle krisenhaften politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in einer fundamentalen Krise kumulierten und der jungen Weimarer Republik ein frühes Ende zu bereiten drohten.<sup>01</sup> „Als französische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, um Reparationsleistungen der Deutschen zu erzwingen, die deutsche Regierung hinhaltenden Widerstand dagegen organisierte und die Inflation ins Aberwitzige stieg, bereitete die Rechte einen erneuten Staatsstreich vor“,<sup>02</sup> mit Adolf Hitler an der Spitze. Tatsächlich sollten sich die ökonomischen Krisenherde, die mit der anschließenden Währungsreform als gelöst und durch den Dawes-Plan zumindest als mittelfristig befriedet angesehen werden konnten, während der Weltwirtschaftskrise katastrophal auswirken.

Daneben boten die Reparationen nach wie vor Angriffspunkte zur Politisierung der innenpolitischen Debatten, und mit der Inflation war in wichtigen Teilen der bürgerlichen Gesellschaft das Grundvertrauen in den republikanischen Staat und seine liberale Wirtschaftsordnung erschüttert worden. So wendete sich bereits bei der Reichstagswahl 1924 ein Großteil des inflationsgeschädigten Mittelstandes von der parlamentarischen Demokratie ab.<sup>03</sup> Seit Mitte 1922 hatte diese ehemals liberale Mitte zudem mit einer Vielzahl an Interessenvereinigungen eine Aufwertung der durch die Inflation völlig entwerteten oder mit entwertetem Geld zurückgezahlten Privatschulden, Industrieobligationen und öffentlichen Anleihen angestrebt. Die aus der Vereinigung zahlreicher solcher Aufwertungsorganisationen hervorgegangene Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung (Volksrechtspartei) blieb zwar ohne dauerhaften parlamentarischen Einfluss, in ihr kann aber der Transmissionsriemen zwischen

unzufriedener deutscher Mittelschicht und der NSDAP gesehen werden.<sup>04</sup>

Im Folgenden sollen noch weitere Strukturprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Weimarer Zeit im Fokus stehen, die in die bis dato schwerste Krise der Weltwirtschaft mündeten und die ökonomische Schwäche der Republik schonungslos offenlegten. Entgegen „nachhaltiger Legendenbildung“<sup>05</sup> war die anschließende wirtschaftliche Gesundung und auch die Beseitigung spezifischer Krisenherde in keinem Fall eine Folge nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik.

### WELTWIRTSCHAFTSKRISE IN DEUTSCHLAND

Verschiedene, der Weltwirtschaftskrise vorgelagerte strukturelle Problemlagen hatten das Deutsche Reich für globale krisenhafte Entwicklungen besonders anfällig gemacht: die chronische, seit 1927/28 akute Agrarkrise, die anhaltende Staatsschuldenkrise, durch die dem Reich seit Ende 1928 regelmäßig die Zahlungsunfähigkeit drohte, sowie das instabile deutsche Banken- und Kreditsystem, dem – wie erstmals 1927 – bei kurzfristigen Kapitalabzügen die Finanzkrise drohte. Der Ende 1929 einsetzende konjunkturelle Abschwung setzte der Wirtschaft weiter zu, die infolge schwacher privater Investitionstätigkeit, durchgehend hoher Arbeitslosigkeit und hoher Staatsausgaben bereits als „krank“<sup>06</sup> beschrieben wurde.

Trotz des New Yorker Börsenkrachs und des damit einsetzenden globalen Wettlaufs um Liquidität war es bis Frühjahr 1931 zu keiner akuten Kreditkrise im Reich gekommen. Erst die Zahlungsunfähigkeit der größten österreichischen Geschäftsbank ließ Anleger aus Furcht vor einer ähnlichen Entwicklung ihr Kapital verstärkt aus Deutschland zurückrufen. Dieser Abfluss der

Gelder bedrohte nicht nur das Bankensystem, er ließ auch die Geldmenge schrumpfen. Die sich hieraus entwickelnde Deflation mit ihrem sinkenden Preisniveau trieb Produktionsunternehmen in die Zahlungsunfähigkeit, was Banken erneut in Bedrängnis brachte. Schließlich aber war es das Hoover-Moratorium, das durch eine Aussetzung der Reparationszahlungen das internationale Finanzsystems stabilisieren sollte, welches das Misstrauen der inländischen Sparer schürte, diese panikartig die Banken stürmen ließ und damit den Zusammenbruch auch des internationalen Finanzsystems einläutete. Die sich anschließenden Bankenfeiertage und das Aussetzen der Börse dienten – neben der Beruhigung des Publikums – mit der Vorbereitung einer Reform des deutschen Finanzsektors auch der Eliminierung eines chronischen Gefahrenherdes. Mit ausländischen Gläubigern vereinbarte Stillhalteabkommen führten schließlich, neben dem Übergang zur Devisenbewirtschaftung im Deutschen Reich, zum Zerschlagen des nach 1918 ohnehin fragilen internationalen Goldstandards als Weltwährungssystem.<sup>07</sup>

Konjunkturell wurde die Talsohle der Depression Mitte 1932 erreicht. Die Produktion von Industriegütern war nun auf 58 Prozent des Jahres 1928 zurückgegangen, das deutsche Volkseinkommen betrug nur noch knapp 60 Prozent des-

jenigen von 1928, dem Jahr, in dem in etwa wieder das Niveau von 1913 erreicht worden war. (Zum Vergleich: 2009 ging das bundesdeutsche Volkseinkommen im Zuge der globalen Finanzkrise gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent zurück, um anschließend wieder zuzunehmen.)<sup>08</sup> Unter Berücksichtigung der Abschreibungen schrumpfte der Anlagenbestand der deutschen Wirtschaft 1932 bei einem Investitionsvolumen von knapp 4,3 Milliarden Reichsmark (RM) um schätzungsweise 1,7 Milliarden RM<sup>09</sup> – ein in der Wirtschaftsgeschichte eines hochentwickelten Industriestaates in Friedenszeiten einzigartiger Vorgang. In der Folge wurden 30,8 Prozent der Erwerbsfähigen als arbeitslos registriert. Zu diesen sechs Millionen kamen schätzungsweise noch zwei Millionen nicht registrierte Arbeitslose sowie etwas mehr als eine Viertelmillion Kurzarbeiter. Nach britischer Statistik hätten wohl mehr als 40 Prozent der deutschen Erwerbstätigen als arbeitslos gegolten.<sup>10</sup>

## INFLATION, REPARATIONEN UND WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Angesichts der engen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der durch feste Wechselkurse im Goldstandard synchronisierten monetären Beziehungen ist das weltweite Übergreifen der Depression, die in den USA ihren Ausgang nahm, nicht überraschend.<sup>11</sup> Mit der Vielzahl globaler struktureller Krisenherde gingen aber spezifisch deutsche Strukturprobleme einher, die sich 1931/32 mit voller Wucht entfalten konnten, wie der hohe Devisenbedarf des Reiches zur Bedienung der Reparationen, die mit Blick auf das Reich als schwachen Schuldner leichtfertige Kre-

**01** Vgl. Ursula Büttner, *Verfassung in spannungsreicher Zeit: Die Weimarer Republik*, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), *Aufbruch zur Demokratie. Die Weimarer Reichsverfassung als Bauplan für eine demokratische Republik*, Baden-Baden 2020, S. 31–43, hier S. 38f. Siehe auch den Beitrag von Volker Ullrich in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**02** Ulrich Herbert, *Das Dritte Reich. Geschichte einer Diktatur*, München 2016, S. 23.

**03** Vgl. Büttner (*Anm. 1*), S. 39f.

**04** Vgl. Larry Eugene Jones, *Die Rückwirkungen der Inflation auf die Entwicklung des deutschen Parteiensystems in der Weimarer Republik*, in: Otto Büsch/Gerald D. Feldman (Hrsg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914–1924. Ein Tagungsbericht*, Berlin 1978, S. 288–295.

**05** Guido Golla, *Nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung 1933 bis 1936*, Aachen 2008, S. 351.

**06** Knut Borchardt, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes*, in: ders., *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik*, Göttingen 1982, S. 165–182, hier S. 181.

**07** Vgl. Jan-Otmar Hesse/Roman Köster/Werner Plumpe, *Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*, Frankfurt/M.–New York 2014; Florian Pressler, *Die erste Weltwirtschaftskrise. Eine kleine Geschichte der Großen Depression*, München 2013.

**08** Vgl. Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Lange Reihen mit Jahresergebnissen ab 1970*, [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/Irvgr04.html#](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/Irvgr04.html#).

**09** Vgl. Dietmar Petzina/Werner Abelshäuser/Anselm Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945*, München 1978, S. 61, S. 102; Ernst Wagemann (Hrsg.), *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, Berlin 1935, S. 46, S. 61.

**10** Vgl. Wolfram Fischer, *Die wirtschaftspolitische Situation der Weimarer Republik*, Celle 1960, S. 109; Theo Balderston, *Economics and Politics in the Weimar Republic*, Cambridge 2002, S. 79; Petzina/Abelshäuser/Faust (*Anm. 9*), S. 122.

**11** Vgl. Derek H. Aldcroft, *Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919–1929*, München 1978, S. 318–323, insb. S. 321f.

ditvergabe, die hohe kurzfristige Auslandsverschuldung deutscher Banken und Unternehmen sowie die Strukturschwäche des deutschen Bankensystems infolge der Inflation.

Die Banken zählten zu den großen Verlierern der Inflation von 1914 bis 1923, da neben den Kundeneinlagen durch die Geldentwertung auch ihre eigenen Rücklagen vernichtet wurden. Um die Wirtschaft weiterhin mit Krediten versorgen zu können, glichen sie diesen Substanzverlust nach der Währungsstabilisierung durch die Hereinnahme kurzfristiger Auslandsgelder aus. Hatte das Eigenkapital der systemrelevanten Großbanken 1913 immerhin 52 Prozent ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen, sank diese Quote 1925 auf 29 Prozent und betrug 1930 nur noch 15 Prozent.<sup>12</sup> Gleichzeitig änderte sich mit der Einführung der Reichsmark 1924 auch die Fälligkeitsgliederung der Einlagen. Diese wurde in der folgenden Zeit durch die Hereinnahme der kurzfristigen Auslandsgelder immer ungünstiger und „bildete damit eine der Ursachen für die schweren Erschütterungen des deutschen Bankwesens in der Weltwirtschaftskrise“.<sup>13</sup>

Zu einer weiteren Ursache entwickelten sich die zunächst im Dawes-Plan von 1924 festgelegten Reparationsregelungen. Unterstützt durch eine restriktive, auf das Preisniveau dämpfend wirkende Fiskalpolitik hätten die deutschen Unternehmen demnach im Export Überschüsse erzielen, damit Reparationszahlungen und -transfer ermöglichen sollen. Für den Devisenzufluss aus dem Ausland sorgte dann allerdings die restriktive Geldpolitik, durch die die deutschen Zinssätze für kurzfristige Kredite über jenen für langfristige Kredite im Ausland lagen. Besonders US-amerikanische Investoren griffen auf eine kurzfristige, wenngleich zunächst immer wieder verlängerte Anlage ihrer Gelder im Reich zurück.<sup>14</sup> Ursächlich wirkten anschließend auch die Bedingungen

des Young-Plans, mit dem die Reparationszahlungen ab 1929 geregelt wurden. Diese zu erfüllen, „bedeutete, dass Deutschland einen Haushalts- und Handelsüberschuss inmitten einer Rezession und fallender Preise erreichen musste. Der Haushaltsüberschuss wurde gebraucht, um die Reparationen zu bezahlen; der Handelsüberschuss sorgte für die Devisenreserven, die für die Rückzahlungen an die Gläubigerländer nötig waren.“<sup>15</sup>

### KRISENVERSCHÄRFENDE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Obwohl der ausgeglichene Staatshaushalt als Kennzeichen solider Finanzwirtschaft galt, steckte das Deutsche Reich in der „Schuldenfalle, die zum Teil vom Reparationssystem herrührte“.<sup>16</sup> Haushalts- und Kassendefizite ließen deshalb bereits die von Hermann Müller (SPD) geführte Große Koalition zu Sparmaßnahmen übergehen. Dementsprechend war die Sanierung des Reichshaushalts auch das erklärte Ziel des ab 30. März 1930 mithilfe von Notverordnungen regierenden Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum). Die massiven Ausgabenkürzungen, mit denen sein Kabinett den Reichshaushalt zu entlasten beabsichtigte, führten in der Folge aber zum ebenso massiven Ausfall öffentlicher Nachfrage. Hinzu kamen eine durch Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie gekürzte Sozialleistungen geschwächte private Nachfrage, und auch die Nachfrage aus dem Ausland ging zurück. Da die gesamtwirtschaftliche Nachfrage jedoch Voraussetzung für die Produktion von Waren und Dienstleistungen und damit für Wachstum und Beschäftigung ist, musste Brünings parallel zu den schrumpfenden Marktprozessen angelegte Finanzpolitik krisenverschärfend wirken.

Auch andere Staaten verfolgten eine solche prozyklische Politik. Was Brünings Wirtschafts- und Finanzpolitik von der anderer Staaten unterschied, war sein brutaler Sparwille, mit dem er die Unmöglichkeit der Zahlung von Reparationen zu demonstrieren beabsichtigte.<sup>17</sup> Zur Erlangung

**12** Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, *Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Teil I, Paderborn u. a. 2003, S. 352f.; Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt/M.–New York 2022, S. 188–192.

**13** Peter Czada, *Ursachen und Folgen der großen Inflation*, in: Harald Winkel (Hrsg.), *Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit*, Berlin 1973, S. 9–43, hier S. 37.

**14** Zum Reparationsproblem insgesamt vgl. Heike Knortz, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit. Eine Einführung in Ökonomie, Gesellschaft und Kultur der ersten deutschen Republik*, Göttingen 2021, S. 101–120.

**15** Tobias Straumann, 1931. *Die Finanzkrise und Hitlers Aufstieg*, Darmstadt 2020, S. 116.

**16** Ebd., S. 91.

**17** Straumann nennt als Grund hierfür anstelle Brünings konservativ-nationalistischer Überzeugung eher die strukturellen Beschränkungen. Vgl. ebd., S. 216.

der Devisen für den Reparationsdienst sollte die deutsche Exportindustrie wettbewerbsfähiger werden. Dem dienten die staatlichen Maßnahmen zur Senkung des Lohn- und Preisniveaus, was über den Nachfrageausfall in der Konsumgüterindustrie jedoch zu weiteren Produktionseinschränkungen mit Entlassungen führte. Über die Einschränkung der Investitionen schlug diese Entwicklung anschließend auch auf die Investitionsgüterindustrie durch. Gleichzeitig wurde ein – freilich an Konditionen geknüpft – französisches Kreditangebot von Brüning zurückgewiesen und der beispiellose wirtschaftliche Niedergang von manch widersprüchlicher politischer Maßnahme wie der Subventionierung der wirtschaftlich ineffizienten Gutsbetriebe im Osten des Reiches begleitet. Schließlich wurden per Notverordnungen die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ständig verringert und die Leistungen vielfach gekürzt, sodass diese kaum noch das Existenzminimum sicherten, während die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf dem Höhepunkt der Krise sogar steigende Beitragsüberschüsse verzeichnete.<sup>18</sup>

Tatsächlich brachte die Konferenz von Lausanne im Sommer 1932, ein paar Wochen nach Brünings Sturz, den alliierten Verzicht auf Reparationszahlungen. Angesichts eines nach wie vor defizitären Reichshaushalts, Zahlungsschwierigkeiten auf Länder- und Gemeindeebene sowie Massenarbeitslosigkeit mit weit verbreitetem sozialem Elend erscheint die Beseitigung dieses Krisenherdes allerdings als sehr teuer erkaufte. Das hatten offenbar auch einige Zeitgenossen zuvor schon erkannt, sodass die Vorschläge für eine Abkehr von der kontraktiven Parallelpolitik hin zu einer expansiveren, antizyklisch ausgerichteten Konjunkturpolitik ab Mitte 1931 zahlreicher wurden.<sup>19</sup> Ein Teil der unter anderem von Wirtschaftswissenschaft-

lern stammenden „Flut“<sup>20</sup> von Plänen regte im Sinne von John Maynard Keynes die kreditfinanzierte Vergabe staatlicher Aufträge zur Überwindung des Nachfrageausfalls an. Mit der Vorstellung, fehlende private durch öffentliche Investitionen über den Weg der Kreditschöpfung zu ersetzen, war im Deutschen Reich jedoch ein wunder Punkt getroffen. Immerhin lag die Erfahrung der – im Wesentlichen durch Staatsfinanzierung getriebenen – Inflation noch nicht allzu lange zurück, sodass eine weitverbreitete Inflationsangst den Politikwechsel durchaus gebremst haben könnte.<sup>21</sup>

Wilhelm Lautenbach beispielsweise, ein führender deutscher Konjunkturtheoretiker und Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, schlug staatliche Aufträge im Umfang von ungefähr drei Milliarden RM durch Wechselfinanzierung vor.<sup>22</sup> Hans Schäffer, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, empfahl in einer Denkschrift 1931 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und diskutierte Möglichkeiten ihrer Finanzierung.<sup>23</sup> Mit dem Anfang 1932 vorgelegten sogenannten WTB-Plan – benannt nach den Spitzenfunktionären des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade – wurden staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen schließlich ins Zentrum der Diskussion getragen. Aufträge unter anderem der Reichsbahn, der Reichspost und der Kommunalverbände in Höhe von zwei Milliarden RM hätten Beschäftigung für eine Million Arbeitslose schaffen sollen. Die Finanzierung sollte ebenfalls über Wechsel erfolgen, einem verbrieften künftigen Zahlungsverprechen, in diesem Fall der Reichsbank. Die Verfasser widerlegten dabei ausdrücklich, dass eine Geldschöpfung dieser Größenordnung die Stabilität der Währung gefährde.<sup>24</sup>

## ÜBERGANG ZUR POLITIK DER ARBEITSBESCHAFFUNG

In der Folge ließ Brüning ein maßgeblich von Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald (Zen-

**18** Vgl. Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Stuttgart 2008, S. 383–463; Herbert Hömig, Brüning – Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn u. a. 2000, S. 235–257.

**19** Vgl. Ursula Büttner, Politische Alternativen zum Brüningischen Deflationskurs. Ein Beitrag zur Diskussion über „ökonomische Zwangslagen“ in der Endphase von Weimar, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 37/1989, S. 209–251, hier S. 225 ff.; Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1974, S. 37–86. In der Bewertung unterscheidet sich hiervon Hömig (Anm. 18), S. 456–468.

**20** Marcon (Anm. 19), S. 37.

**21** Vgl. Ludwig von Mises, The Great German Inflation, in: *Economica* 36/1932, S. 227–234, hier S. 233.

**22** Vgl. Büttner (Anm. 19), S. 227.

**23** Vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Nachlass Schäffer, ED 93, Bl. 389–402.

**24** Vgl. Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, insb. S. 81–88.

trum) vorangetriebenes Arbeitsbeschaffungsprogramm im Umfang von 135 Millionen RM für Straßen-, Wasserstraßenbau und landwirtschaftliche Bodenverbesserungen im Kabinett verabschieden. Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde erst unter dem ab Juni 1932 amtierenden Kanzler Franz von Papen (parteilos, ehemals Zentrum) in Gang gesetzt, vor allem aber hielt es Brüning nicht von seinem restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs ab. Und auch Papen hielt an der harten, durch Sozialabbau getriebenen Sparpolitik seines Vorgängers fest. Erst unter dem auf Papens Sturz im Dezember 1932 folgenden Kurt von Schleicher erfolgte eine Abkehr vom rigiden Sozialabbau.

Zunächst aber versuchte Papen noch, die private Investitionstätigkeit durch Steuersenkungen und Subventionen zu stimulieren. Angesichts hoher unausgelasteter Kapazitäten und fehlender, durch Kaufkraft abgestützter Nachfrage konnte von Investitionen jedoch keine wirtschaftliche Belebung ausgehen. Allerdings stellte Papen auch einen Kredit für öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereit. Das „Papen-Programm“ über insgesamt rund 300 Millionen RM für öffentliche Arbeiten kam damit einer konjunkturpolitischen Revolution gleich. Revolutionär war es jedoch nicht wegen der Summe – der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt hat die Nachfragerelücke auf mehr als 30 Milliarden RM beziffert<sup>25</sup> –, sondern weil es sich dabei tatsächlich um eine Geldschöpfung zur Erhöhung der Kaufkraft, also um eine Abkehr von der zuvor beabsichtigten Steuerfinanzierung handelte.

Für die Schaffung zusätzlichen Geldes wurde die Wechselfinanzierung durch Kreditinstitute wie die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa) entwickelt. Unternehmen, die für die Öffa staatliche Aufträge ausführten, erhielten von dieser Wechsel. Waren die Unternehmen noch vor dem Fälligkeitsdatum des Wechsels auf Liquidität angewiesen, konnten sie diesen bei einer Bank diskontieren, sich also unter Abzug von Zinsen den fälligen Betrag sofort auszahlen lassen. Die Geschäftsbank konnte den Wechsel anschließend an die Reichsbank weiterverkaufen. Diese erklärte sich auch tatsächlich zur Rediskontierung bereit, weil die Öffa-Wechsel mit der

Bürgschaft des Reiches versehen waren.<sup>26</sup> Eine solche Finanzierung ermöglichte die Ausweitung der Geldmenge unter Umgehung des Reichsbankgesetzes, was der spätere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht mit den Wecheln der Metallurgischen Forschungsanstalt freilich auch zur Finanzierung der Rüstungsprogramme Hitlers nutzte.<sup>27</sup> Jenseits dieser finanztechnischen Lösung aber war erst das Sofortprogramm des Anfang Dezember 1932 angetretenen Reichskanzlers Schleicher zur konjunkturellen Initialzündung geeignet. Mit einem Volumen von 500 Millionen RM rückte dieses die staatliche Vergabe von Instandhaltungsarbeiten hauptsächlich an mittlere und kleinere Unternehmen in den Mittelpunkt und trat bereits am 28. Januar 1933 in Kraft, kurz vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.<sup>28</sup>

Der Nationalsozialismus sollte anschließend nicht nur von den bereits eingeleiteten Maßnahmen profitieren, ihm wurden vielmehr auch die Instrumente einsatzbereit zur Verfügung gestellt, die Weimarer Wissenschaftler und Politiker entwickelt hatten.<sup>29</sup> Mit dem bald von Hitler eingesetzten Reichsbankpräsidenten Schacht kann demnach festgehalten werden, dass es eine nationalsozialistische Wirtschaftspolitik „ebensowenig wie eine nationalsozialistische Blinddarmoperation“ gegeben hat.<sup>30</sup> Zum Zeitpunkt der Machtübergabe war schließlich auch der wirtschaftliche Tiefpunkt durchschritten, im Herbst 1932 hatte sich die konjunkturelle Lage zu wenden begonnen. Verschiedenste Konjunkturindikatoren wiesen auf einen Aufwärtstrend, der sich allerdings noch nicht in den Arbeitslosenzahlen niederschlug.<sup>31</sup> Mit durchschnittlich 5,57 Millio-

<sup>25</sup> Vgl. Borchardt (Anm. 6), S. 174.

<sup>26</sup> Vgl. Hyeoung-Jin Kwon, Deutsche Arbeitsbeschaffungs- und Konjunkturpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa)“ als Instrument der Konjunkturpolitik von 1930 bis 1937, Osnabrück 2001, S. 174.

<sup>27</sup> Zum Mechanismus der Wechselfinanzierung vgl. Mark Spoerer/Jochen Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013, S. 97, S. 107 ff.; Knortz (Anm. 14), S. 286 f.

<sup>28</sup> Zu den Maßnahmen und Volumina der Programme Brünings, Papens und Schleichers vgl. Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 21–29; Marcon (Anm. 19), S. 225–286; Kwon (Anm. 26), S. 189–204.

<sup>29</sup> Vgl. Marcon (Anm. 19), S. 399.

<sup>30</sup> Zit. nach Boelcke (Anm. 28), Klappentext.

<sup>31</sup> Vgl. Christoph Buchheim, Die Erholung von der Weltwirtschaftskrise 1932/33 in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG) 1/2003, S. 13–26, hier S. 17.

nen lag die Zahl der Arbeitslosen 1932 in jedem Monat zum Teil erheblich über den Zahlen des jeweiligen Vorjahresmonats; im Januar und Februar 1933 näherte sie sich mit etwas mehr als 6 Millionen fast noch einmal den Spitzenwerten des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.<sup>32</sup> Die Krankenkassenstatistik zeigte aber ab Dezember 1932 neben einer Beschäftigungszunahme um 1,32 Millionen einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 916 000, noch „ehe überhaupt die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Hitler-Regierung im Juni 1933 anliefen“.<sup>33</sup>

### SELBSTTRAGENDER KONJUNKTURAUFSCHWUNG

Während der konjunkturellen Erholung bemühte sich das nationalsozialistische Regime um weitere, Konjunktur und Beschäftigung forcierende Maßnahmen. Die Steuerbefreiung von Kraftfahrzeugen sollte die Pkw-Produktion ankurbeln, die Vergabe von Ehestandsdarlehen die Produktion von Konsumgütern (und frisch vermählte Frauen aus Beschäftigungsverhältnissen drängen). Neben dem Bau strategisch wichtiger Reichsautobahnen wurde der Weg direkter Arbeitsbeschaffung mittels Gebäudeinstandsetzungen, Flussregulierungen, Elektrifizierung und anderem mehr beschritten. Allerdings trat das entsprechende, nach dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt benannte Programm erst mit dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 in Kraft; das Zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, mit dem Wohnungsbau und Instandsetzungsarbeiten durch Steuerbefreiungen gefördert wer-

den sollten, folgte mehr als ein weiteres Vierteljahr später.<sup>34</sup>

Die Nationalsozialisten begannen also vergleichsweise spät mit direkter Arbeitsbeschaffung.<sup>35</sup> So wurden für den Bau der Reichsautobahnen bis Ende 1933 nicht einmal 4000 Arbeiter beschäftigt, während die Arbeitsbeschaffungsprogramme der letzten Weimarer Regierungen 1933 zu einer durchschnittlichen Beschäftigung von monatlich 173 327 Arbeitskräften, im Spitzenmonat November 1933 zu 400 847 zusätzlichen Beschäftigten führten.<sup>36</sup> „Man kommt demnach nicht umhin festzustellen, dass die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung Hitler bis gegen Ende 1933 eigentlich kaum ein Verdienst an dem Aufschwung hatte.“<sup>37</sup> Auch indirekte Maßnahmen wie die auf die Anschaffung langlebiger Konsumgüter zielenden Ehestandsdarlehen konnten bis Ende 1933 kaum eine spürbare konjunkturelle Wirkung entfalten.<sup>38</sup> Insgesamt fiel das *deficit spending*, das private Konsumausgaben über staatliche Kreditfinanzierung erhöhen soll, zur Initiierung eines selbsttragenden Konjunkturaufschwungs zu gering aus.<sup>39</sup> Die Pkw-Produktion verstärkte sich zwar kurzzeitig, aber weniger aufgrund der Steuerbefreiung als infolge des gesamtwirtschaftlichen Trends. Die wirtschaftliche Erholung war schließlich nicht nur eine unabwendbare konjunkturelle Folge, wie auch der Trend internationaler Wiederbelebung zeigt, sondern ebenso Folge der Beseitigung verschiedener ökonomischer Krisenherde. Immerhin boten das reformierte Finanzsystem, die faktische Beseitigung der Reparationen, die bereits eingeleiteten konjunkturpolitischen Maßnahmen, „die Erholung des Kreditwesens und sinkende Zinssätze (...) gute Voraussetzungen für Investitionen und die Entlastung des Reichshaushalts. Hierauf baute das nachfolgende NS-Regime auf, das die Früchte dieser Politik ihrer Vorgänger erntete und sich dafür von der Bevölkerung feiern ließ.“<sup>40</sup>

<sup>32</sup> Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch (Anm. 9), S. 16.

<sup>33</sup> Boelcke (Anm. 28), S. 29, S. 358.

<sup>34</sup> Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 323–329, S. 651 ff.

<sup>35</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 31), S. 18–21; ders., Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: VfZ 56/2008, S. 381–414.

<sup>36</sup> Eigene Berechnungen nach Friedrich Baerwald, How Germany Reduced Unemployment, in: The American Economic Review 24/1934, S. 617–630, hier S. 623.

<sup>37</sup> Buchheim (Anm. 31), S. 21. In diesem Sinne auch Boelcke (Anm. 28), S. 29 sowie Marcon (Anm. 19), S. 352 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 35), S. 388 f.

<sup>39</sup> Vgl. Albrecht Ritschl, Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?, in: JWG 1/2003, S. 125–140, hier S. 128–133.

<sup>40</sup> Stefan Bajohr, Wirtschaftliche Lage der Weimarer Republik, in: Voigt (Anm. 1), S. 303–315, hier S. 314.

### HEIKE KNORTZ

ist Professorin für Wirtschaftsgeschichte an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Weimarer Republik, industrielle Rationalisierungen, die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik sowie die europäische wirtschaftliche Integration.  
knortz@ph-karlsruhe.de



Der Hypnotiseur Germanias: „Es ist erstaunlich, je mehr ich ihr sage, dass sie erwachen soll, desto besser versetze ich sie in den Schlaf!“

Unbekannter Zeichner, Bec et ongles: satirique hebdomadaire (Paris), 4. März 1933.

© Gallica, Bibliothèque nationale de France



Th. Th. Heine, *Simplicissimus*, 5. März 1933, Titelseite.

Klassik Stiftung Weimar, [www.simplicissimus.info](http://www.simplicissimus.info)

# MEDIEN UND PROPAGANDA 1933

*Niklas Venema*

Abbildungen von Hitler-Plakaten in Schulbüchern, Schlagzeilen des „Völkischen Beobachters“ auf Museumstafeln oder Ausschnitte aus nationalsozialistischen Filmen in Fernsehdokumentationen – die NS-Propaganda steht heute häufig sinnbildlich für das Regime selbst und dient implizit oder explizit der Erklärung des Aufstiegs der faschistischen Herrschaft in Deutschland. Ein Erfolg der Nationalsozialisten war es, dass ihrer Propaganda teils bis heute die Wirkmächtigkeit zugeschrieben wird, die Funktionäre wie der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, angestrebt und behauptet hatten. Insbesondere die damals neueren Medien Hörfunk und Film wurden zu wichtigen Stützen der Macht erklärt und mit erfolgreicher Propaganda assoziiert. Dahinter stehen Annahmen direkter und starker Medienwirkungen, die Zeitdiagnosen politischer Öffentlichkeiten lange prägten und die durch populäre Darstellungen etwa zur politischen Radikalisierung in „Filterblasen“ oder „Echokammern“ noch immer einflussreich sind. Thesen starker Medienwirkungen können im Zusammenhang mit der NS-Propaganda einem entlastenden Narrativ der „Überwältigung“ und „Verführung“ der Bevölkerung dienen. Die historische Forschung zeichnet allerdings ein differenzierteres Bild von der potenziellen Wirkung der NS-Propaganda und stützt sich dazu auch auf Erkenntnisse der kommunikationswissenschaftlichen Medienwirkungsforschung.<sup>01</sup>

Aus kommunikationshistorischer Perspektive vollzog sich der Aufstieg der NSDAP ab den 1920er Jahren im Kontext einer politischen Öffentlichkeit, die sich bereits seit dem Kaiserreich maßgeblich durch medial vermittelte Kommunikation konstituierte. Die vor wie nach 1933 wichtigen Versammlungsöffentlichkeiten, etwa Demonstrationen, Kundgebungen oder Aufmärsche, erhielten auch durch ihre mediale Inszenierung und Darstellung Gewicht. Die Öffentlichkeit der Weimarer Republik war durch eine stark ausdifferenzierte Presse und die beginnende Ausbreitung von Film und Hörfunk charakterisiert. Neben Partei- und Par-

teirichtungszeitungen waren jüngere Zeitungstypen wie die Boulevardpresse oder Illustrierte unterschiedlicher politischer Couleur entstanden. Kinofilme transportierten zwar kaum Informationen und Meinungen zur Tagespolitik, vermittelten aber Werthaltungen und Weltbilder. Der Hörfunk gewann ab 1930 an Bedeutung als Medium der politischen Auseinandersetzung und damit auch als Wahlkampfinstrument der Nazis. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle etablierten und neueren Medien beim Aufstieg des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik bis zur Festigung der diktatorischen Macht 1933 zukam.

Der Nationalsozialismus war nicht zuletzt eine Propagandabewegung, wie es charakteristisch für den Faschismus ist. Kernelemente waren die Inszenierung durch massenhafte Aufmärsche, die Verwendung visueller Symbole wie das Hakenkreuz sowie der Führerkult. Bei dieser „Ästhetisierung der Politik“<sup>02</sup> bediente sich die NSDAP der Mittel strategischer politischer Kommunikation, etwa über Versammlungen, Reden und Plakate, konnte in der Weimarer Republik aber auch über ihre eigene Parteipresse hinaus starke Aufmerksamkeit durch Medienberichterstattung erzielen. So setzte Hitler etwa im Wahlkampf 1932 zwar insbesondere auf Kundgebungen, seine Flugzeugreisen zu diesen Veranstaltungen zielten aber auch auf mediale Inszenierung.<sup>03</sup>

## PRESSE IN DER WEIMARER REPUBLIK

Leitmedium der politischen Öffentlichkeit war nach wie vor die Presse. Sie setzte Themen der öffentlichen Debatte und lieferte Deutungsangebote. Diese Wirkungen konnten stark sein, da JournalistInnen und vor allem PolitikerInnen an den Einfluss der Zeitungen und Zeitschriften glaubten. Sie beobachteten die Presseberichterstattung, nahmen sie einerseits als Ausdruck der öffentlichen Meinung wahr und unterstellten andererseits eine Wirkung auf die Bevölkerung. Entsprechend richteten sie ihr Handeln auch nach Medienberichten aus.

Der Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt in der Weimarer Republik war durch die Verschränkung politischer und ökonomischer Zielsetzungen charakterisiert. Durch Parteinahme oder direkte -verbundenheit war die Presselandschaft stark fragmentiert und polarisiert. Gleichzeitig verfolgten die Zeitungs- und Zeitschriftentitel ökonomische Ziele und versuchten ihren Leserkreis durch Publikumsorientierung zu erweitern. Allerdings lassen sich aus der Fragmentierung der Presse keine direkten Schlüsse auf die parteipolitische Entwicklung ziehen. Wahlergebnisse politischer Parteien sind nicht mit dem Parallelismus von Auflagen- und Verbreitungszahlen von Zeitungen und Zeitschriften mit entsprechender Parteibindung zu erklären. Vom Erfolg der nationalistisch-konservativen Presse des Unternehmers und Politikers Alfred Hugenberg profitierte nicht dessen Deutschnationale Volkspartei (DNVP), stattdessen stieg die NSDAP zur stärksten Kraft der Rechten auf. Die weite Verbreitung liberaler Titel mit Verbindungen zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP) verhinderte nicht deren Niedergang zur Splitterpartei.<sup>04</sup>

Häufig verweisen ForscherInnen darauf, dass die Ablehnung oder zumindest Skepsis gegenüber der Weimarer Republik aus den unterschiedlichen Überzeugungen heraus in der Presse nahezu des gesamten politischen Spektrums zu finden war und somit zu einem republikfeindlichen Klima beitrug. In der rechten bis faschistischen Presse wurde darüber hinaus gar offen zum Mord jüdischer, republikanischer oder linker Politiker aufgerufen. Mehr oder weniger explizit stützen sich Forschungsarbeiten zum republikfeindlichen Klima der Presse allerdings häufig auf totalitarismus-

theoretische Annahmen und sehen insbesondere die kommunistische Presse wie die NS-Presse in der Verantwortung für den Niedergang der Weimarer Republik. Plausibler als solche Urteile, die den politischen Gegnern und Opfern der Nationalsozialisten eine Mitschuld an der Katastrophe 1933 geben und eine politische Nähe als Opposition zur Weimarer Republik unterstellen, sind die Thesen, dass zum einen die Logik neuerer Boulevardtitel und zum anderen ein rechtes Presseklima den Aufstieg der NSDAP begünstigten.

Neuartige Boulevardtitel verbanden inhaltliche Mittel wie Sensationalismus und Skandalisierung sowie gestalterische Elemente wie Bebilderung mit einer politischen Agenda. Die Nazis selbst bedienten sich mit Titeln wie „Der Angriff“, „Der Stürmer“ oder „Illustrierter Beobachter“ der Mittel der Boulevardpresse. Zudem boten sie einer zunehmend auf Skandale und Sensationen gerichteten Presse unterschiedlicher politischer Tendenz Stoff und erhielten insbesondere nach ihrem Erfolg bei den Reichstagswahlen 1930, bei denen sie mit einem sprunghaften Anstieg auf 18,3 Prozent zur zweitstärksten Kraft wurden, eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Der ständige politische Konflikt und nicht zuletzt die direkte Straßengewalt kamen der medialen Logik insbesondere der Boulevardpresse entgegen. Dabei verband sich die reißerische Berichterstattung mit politischen Zielsetzungen. Sowohl konservative Titel als auch die NS-Presse beschuldigten Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder der Republikschutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der Gewalt. Eine sensationalistische und parteiliche Berichterstattung über politisch motivierte Auseinandersetzungen suggerierte die Gefahr eines Bürgerkrieges und ermöglichte es den Nazis, sich als Bollwerk gegen eine vorgebliche kommunistische Bedrohung zu inszenieren.

Die politische Fragmentierung der Gesellschaft zeigte sich in der Mediennutzung abseits der Kernmilieus – etwa der Organisationen des politischen Katholizismus und der Arbeiterbewegung – weniger in abgeschlossenen parteilichen Teilöffentlichkeiten als in einer Polarisierung zwischen im weitesten Sinn rechts und links. So lasen beispielsweise Sozialdemokraten oder Kommunisten häufig die hochauflagen linksliberalen Titel mit attraktiver Berichterstattung auch abseits politischer Themen. Sie konsumierten aber kaum ihnen gegenüber offen feindliche nationalistisch-konservative Zeitungen und Zeitschriften.

**01** Vgl. Daniel Mühlenfeld, Was heißt und zu welchem Ende studiert man NS-Propaganda? Neuere Forschungen zur Geschichte von Medien, Kommunikation und Kultur während des „Dritten Reiches“, in: Archiv für Sozialgeschichte Jg. 49/2009, S. 527–559; Clemens Zimmermann, Medien im Nationalsozialismus. Deutschland 1933–1945, Italien 1922–1943, Spanien 1936–1951, Wien u. a. 2007, S. 9–25.

**02** Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Zweite Fassung, in: Rolf Tiedemann/Hermann Schweppenhäuser (Hrsg.), Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, Bd. I, Teil 2, Frankfurt/M. 1990<sup>3</sup>, S. 471–508, hier S. 506.

**03** Vgl. Corey Ross, Media and the Making of Modern Germany. Mass Communications, Society, and Politics from the Empire to the Third Reich, New York 2008, S. 242–246.

**04** Vgl. Bernhard Fulda, Press and Politics in the Weimar Republic, Oxford 2009.

Insbesondere außerhalb Groß-Berlins bestimmte die nationalistisch-konservative Presse die öffentliche Kommunikation. Denn Hugenberg, ab 1928 Vorsitzender der DNVP, vertrat die Interessen von Schwerindustrie und rechten Parteien oder Verbänden nicht nur mit der Hauptstadt- und Provinzpresse des Scherl-Verlags wie „Berliner Lokal-Anzeiger“, „Der Tag“ oder „Berliner Illustrierte“, die er 1916 erworben hatte. Über Anzeigenvermittlung, Kredite und Unternehmensbeteiligungen brachte er weite Teile der Provinzpresse in die finanzielle Abhängigkeit seiner Gesellschaften. Darüber hinaus nahm er durch die Nachrichtenagentur Telegraphen-Union und andere Dienste unmittelbar Einfluss auf den Inhalt der Provinzzeitungen.<sup>05</sup> Die rechte Hugenberg-Presse setzte durch ihre Nachrichtenauswahl – etwa über angeblichen kommunistischen Terror – Themen des öffentlichen Diskurses. LeserInnen folgten aber nicht unbedingt den Wahlaufufen für die DNVP, sondern konnten die Berichterstattung auch so interpretieren, dass die NSDAP für sie die bessere Wahl sei.<sup>06</sup>

Untersuchungen zur Hamburger und Leipziger Presse zeigen exemplarisch, wie die bürgerliche Presse auch abseits von Hugenbergs Einfluss den Aufstieg der NSDAP begünstigte. Aus Sympathie zur nationalistischen und gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Programmatik betrachtete sie die Partei wohlwollend und warb dafür, Hitler und die NSDAP in Regierungen einzubinden. So unterstützten Titel wie die „Hamburger Nachrichten“, das „Hamburger Fremdenblatt“ oder die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zwar nicht direkt die NSDAP, trugen aber zur Normalisierung der faschistischen Bewegung und zur Akzeptanz im bürgerlichen Lager bei. Neben politischer Überzeugung waren dazu auch schlicht ökonomische Erwägungen der Verlage ausschlaggebend. Als privatwirtschaftliche Unternehmen nahmen liberale oder konservative Zeitungshäuser Rücksicht auf nationalsozialistische WählerInnen als (potenzielle) LeserInnen.<sup>07</sup> Der Politikwissenschaftler Jürgen Falter hat für die späte Weimarer Republik einen Zusammenhang zwischen der Ver-

breitung einer rechten Presse und Wählerstimmen für die NSDAP aufgezeigt.<sup>08</sup> Insgesamt kam den nationalistisch-konservativen Zeitungen und Zeitschriften in den Großstädten und in der Provinz eine wichtigere Rolle für den Aufstieg der Nationalsozialisten zu als der eigenen Parteipresse.<sup>09</sup>

## GRENZEN DER MEDIENWIRKUNG

Trotz dieser Befunde zur Fragmentierung und Polarisierung der (Boulevard-)Presse sowie zum rechten Tenor der Berichterstattung sind keine direkten Schlüsse auf die Bedeutung von Mediennutzung als Ursache des Aufstiegs des Nationalsozialismus zu ziehen. Urteile zur Fragmentierung als Folge von Mediennutzung waren bereits in der Weimarer Republik weit verbreitet. Noch heute schlagen sie sich in populären Zeitdiagnosen von „Filterblasen“ oder „Echokammern“ der politischen Radikalisierung durch selektive Mediennutzung online nieder. Sie vernachlässigen jedoch zum einen den sozialen Kontext der Mediennutzung, zum anderen die aktive Rolle der NutzerInnen. Der Aufstieg der NSDAP ist weniger im Sinne von Echokammer-Hypothesen mit Radikalisierungsprozessen durch den alleinigen Konsum der NS-Presse zu erklären. Der Einfluss von Medien kann stattdessen beschrieben werden als, erstens, die aktive Verarbeitung und Interpretation einer – beispielsweise antirepublikanischen, antikommunistischen und nationalistischen – Berichterstattung durch, zweitens, Personen, deren Einstellungen und Überzeugungen solchen Mustern nicht grundlegend entgegenstanden.<sup>10</sup> So war in Gemeinden mit einem hohen Anteil an KatholikInnen und ArbeiterInnen an der Bevölkerung auch trotz einer rechten Presse die Zustimmung zur NSDAP bei Wahlen geringer.<sup>11</sup>

Auch im Bereich des Films war die weite Verbreitung von nationalistischen und militaristischen Inhalten, an die die faschistische Ideologie

**05** Vgl. Heidrun Holzbach, *Das „System Hugenberg“, Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP*, Stuttgart, 1981, S. 259–313.

**06** Vgl. Fulda (Anm. 4).

**07** Vgl. Karl Christian Führer, *Politische Kultur und Journalismus. Tageszeitungen als politische Akteure in der Krise der Weimarer Republik 1929–1933*, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* Jg. 10/2008, S. 26–51; Michael Meyen, *Leipzigs bürgerliche*

*Presse in der Weimarer Republik. Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und Zeitungsentwicklung*, Leipzig 1999, S. 171–186.

**08** Vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 327–339.

**09** Vgl. Ross (Anm. 3), S. 239–246.

**10** Vgl. Maria Löblich/Niklas Venema, *Echo Chambers. A Further Dystopia of Media Generated Fragmentation*, in: Gabriele Balbi et al. (Hrsg.), *Digital Roots: Historicizing Media and Communication Concepts of the Digital Age*, Berlin u.a. 2021, S. 177–191.

**11** Vgl. Falter (Anm. 8).

der NSDAP anknüpfen konnte, bedeutsamer für den Aufstieg der Nazis als ihre direkte Propaganda.<sup>12</sup> Hugenberg's Firmengeflecht war nicht nur auf die Presse beschränkt. Der deutschnationale Politiker war ebenso in der Produktion und im Verleih von Filmen tätig, insbesondere über das größte deutsche Filmunternehmen Ufa, an dem er ab 1927 beteiligt war.<sup>13</sup>

Ab Beginn der 1930er Jahre konnten sich die Nationalsozialisten zudem auf das neuere Medium Hörfunk stützen. Der unmittelbare Einfluss des Rundfunks auf den Erfolg der NSDAP lässt sich allerdings nur schwer belegen. Zwar ging die NSDAP aus den Wahlen im Juli 1932 als stärkste Partei hervor, nachdem sie erstmals im Radio um Stimmen hatte werben können. Bei den Wahlen im November 1932 verlor sie aber trotz Möglichkeiten der Rundfunkwerbung wieder an Stimmen. Gleichzeitig gelangen der KPD, obwohl sie als einzige Partei von der Rundfunkwerbung ausgeschlossen worden war, zumindest leichte Zugewinne.<sup>14</sup>

### PRESSE 1933

Die Politik der NSDAP nach der Machtübertragung auf Hitler bestand einerseits aus Repression und Verfolgung von Minderheiten und politischen Gegnern, andererseits warben die Nationalsozialisten um weitere Zustimmung in der Bevölkerung. Die Kontrolle über die öffentliche Kommunikation hatte daher hohe Priorität für das Regime, um die errungene Macht zu festigen und letztlich den Krieg und die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden propagandistisch vorzubereiten. Dies zeigt zunächst vor allem, dass auch Hitler und seine Parteigänger von der starken Wirkung von Medien überzeugt waren. Nachdem sich die Nazis unter den Bedingungen einer pluralistischen Öffentlichkeit aggressiv gegen den Weimarer Staat gerichtet hatten, betrieben sie nun eine „Integrationspropaganda“ für die sogenannte Volksgemeinschaft und den Führerstaat.<sup>15</sup> Die Ästhetisierung der

Politik durch die symbolische Inszenierung in Versammlungsöffentlichkeiten konnten die Nationalsozialisten ab 1933 noch umfassender betreiben und sie auch noch in verstärktem Maß über Presse, Hörfunk und Film unter ihrer Kontrolle verbreiten.<sup>16</sup> Die NS-Propaganda bestand aus der emotionalisierten Inszenierung der Politik um einen Führerkult, Rassismus, „Volksgemeinschaft“ und das Bild der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“.<sup>17</sup>

Die Notverordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des Deutschen Volkes“ schränkte nur wenige Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Pressefreiheit drastisch ein. In der Folge erlassene Verbote trafen insbesondere die kommunistische und sozialdemokratische, aber auch Teile der liberalen Presse. Infolge der sogenannten Reichstagsbrandverordnung Ende Februar 1933 verbot das Regime die Publikationen ihrer linken Gegner vollständig. Die Verbote der als marxistisch bezeichneten Titel waren ein tiefer Einschnitt in die Pressefreiheit, doch standen sie auch in Kontinuität der zeitweisen Zeitungsverbote in der Weimarer Republik, die sich zuvorderst gegen die kommunistische Presse gerichtet hatten. Für eine Zäsur sorgte die NS-Medienpolitik vor allem in personeller Hinsicht: Insbesondere jüdische und linke JournalistInnen verloren ihre Betätigungsmöglichkeiten und wurden verfolgt, jüdische Verlage wurden enteignet. Im März wurde das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda als zentrale Einrichtung zur Lenkung der öffentlichen Kommunikation eingerichtet. Die personelle Kontrolle sicherte das Regime mit einem berufsständischen Kammersystem durch Zwangsmitgliedschaft in der Reichskulturkammer und schließlich dem antisemitischen und gegen ihre politischen Gegner gerichteten Schriftleitergesetz, das am 1. Januar 1934 in Kraft trat.

Allerdings konnte das Regime nicht der gesamten Presse mit Terror und Gewalt begegnen. Mit dem Großteil der Verleger und JournalistInnen der ehemals konservativen und liberalen Blät-

<sup>12</sup> Vgl. Ross (Anm. 3), S. 231, S. 242.

<sup>13</sup> Vgl. Holzbach (Anm. 5), S. 300ff.

<sup>14</sup> Vgl. Rudolf Stöber, *Die erfolgverführte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmungen 1866 bis 1945*, Stuttgart 1998, S. 339f.

<sup>15</sup> Vgl. Thymian Bussemer, *Propaganda und Populärkultur, Konstruierte Erlebniswelten im Nationalsozialismus*, Wiesbaden 2000, S. 14–18.

<sup>16</sup> Vgl. Adelheid von Saldern, *Öffentlichkeiten in Diktaturen*.

Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen*, Bonn 2003, S. 442–475.

<sup>17</sup> Vgl. Bernd Söseman, *Propaganda und Öffentlichkeit in der „Volksgemeinschaft“*, in: ders. (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*, München 2002, S. 114–151.

ter musste es zusammenarbeiten. Auf sie waren die Nationalsozialisten sowohl aus Mangel an eigenem Personal als auch zur Integration des Bürgertums in die faschistische Diktatur und zur Außendarstellung im Ausland angewiesen. Obwohl oder gerade weil sie weniger aggressive, offen antisemitische Propaganda betrieben, übernahmen damit auch Titel wie die „Frankfurter Zeitung“ oder das „Berliner Tageblatt“ eine Funktion für die Festigung der Macht Hitlers.<sup>18</sup> Der Umgang mit den älteren, zunächst in Privatbesitz belassenen Presstiteln war noch stärker von der negativen Medienpolitik der Verfolgung und Repression als von einer eigenen Gestaltung wie beim Film und Hörfunk geprägt. Auch deshalb scheint die Betonung der neueren Medien für die NS-Propaganda in Teilen der Forschung und im populären Diskurs plausibel. Doch trotz der weiteren Verbreitung der neueren Medien in den 1930er Jahren blieb die Presse auch in der NS-Diktatur das wichtigste Medium. Zum einen blieb die Nutzung von Film und Radio schon allein aus ökonomischen Gründen beschränkt. Zum anderen erfüllten Tageszeitungen auch weiterhin die Bedürfnisse nach (lokaler) Information und Unterhaltung.<sup>19</sup>

### FILM UND HÖRFUNK 1933

Wie im gesamten Medienbereich war im Film die Zäsur durch Berufsverbote und Verfolgung für jüdische MitarbeiterInnen drastisch. Inhaltlich gab es hingegen Kontinuitäten zur Weimarer Republik. Charakteristisch waren kurz nach der Machtübertragung weniger die eindeutigen Propagandafilme wie „Hitlerjunge Quex“ (1933), sondern eine Orientierung an den Unterhaltungsbedürfnissen der ZuschauerInnen. NS-Unterhaltungsfilme waren jedoch nicht unpolitisch und dienten der Integration in die „Volksgemeinschaft“ – und damit auch dem Ausschluss jüdischer BürgerInnen. Obgleich weiterhin Unterschiede nach Klasse, Schicht oder Milieu bestanden, wirkte diese Filmpolitik durchaus im Sinne einer völkischen Integration des Publikums.<sup>20</sup> Die Philosophen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno als Vertreter der Kriti-

schen Theorie haben die Kontinuitäten um 1933 herausgearbeitet und dabei weniger auf den direkten profaschistischen Charakter von Medieninhalten als vielmehr auf das grundlegende faschistische Potenzial der Unterhaltung und Reklame der modernen Kulturindustrie in bürgerlichen Massengesellschaften hingewiesen.<sup>21</sup>

Die intensive Verwendung des noch jungen Mediums Hörfunk zur Reichstagswahl im März 1933 durch die NSDAP nach den ersten Radiowahlkämpfen 1930 und 1932 gab Anlass zu Mutmaßungen, der Gebrauch neuerer Medien könnte zur Festigung der Macht der Nazis beigetragen haben. Mit Hitlers Amtsübernahme erhielten die Nationalsozialisten vollständigen Zugriff auf den Rundfunk. Während das Kabinett aus Mitgliedern von NSDAP, DNVP und Stahlhelm Parteienwerbung im Rundfunk verbot, gestand es sich selbst Reden und Berichte zu. Da die NSDAP allerdings selbst trotz offenen Terrors gegen ihre politischen Gegner und Einschränkungen der Wahlen „nur“ 43,9 Prozent der Stimmen erreichte, kann auch der Wahlkampfkommunikation lediglich eingeschränkt Erfolg zugeschrieben werden.

Bereits die Präsidentialregierung unter Franz von Papen hatte den Hörfunk 1932 vollständig verstaatlicht und eine Aufsicht über die Programme eingeführt. Angesichts der zentralisierten und staatlichen Organisation konnten die Nationalsozialisten das Medium einfach unter ihre Kontrolle bringen und dem Propagandaministerium unterstellen.<sup>22</sup> Mit der weiten Verbreitung günstiger Empfangsgeräte („Volksempfänger“) schufen sie zumindest die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Wirkung des neueren Mediums Hörfunk. 1933 war die Reichweite jedoch noch gering.<sup>23</sup> Inhaltlich war der Rundfunk von der Machtübertragung bis zum Ende des Jahres 1933 von direkter politischer Propaganda geprägt, erst danach rückte die Unterhaltung immer stärker ins Programm. Bemerkenswert ist, dass das Regime nicht nur die Produktion und Inhalte des Radioprogramms kontrollierte, sondern durch die Förderung des Gemeinschaftsempfangs auch die Rezeption lenken wollte, um Hoheit über die Deutung der gesendeten Inhalte zu erlangen.<sup>24</sup>

**18** Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 2014<sup>5</sup>, S. 9–53.

**19** Vgl. Karl Christian Führer, *Die Tageszeitung als wichtigstes Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 5/2007, S. 411–434.

**20** Vgl. Ross (Anm. 3), S. 311–321.

**21** Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt/M. 2006<sup>16</sup>.

**22** Vgl. Konrad Dussel, *Deutsche Rundfunkgeschichte*, Köln 2022<sup>4</sup>.

**23** Vgl. Frei/Schmitz (Anm. 18), S. 83 ff.

**24** Vgl. von Saldern (Anm. 16), S. 445 ff.

## MÖGLICHKEITEN DER MEDIENWIRKUNG

Insgesamt konnte die NS-Propaganda nur wirksam sein, wenn sie sich auf Erfolge und populäre Politik beziehen konnte. Der Terror gegen die politische Linke bei der Etablierung der diktatorischen Macht 1933 war eine durchaus populäre Maßnahme, die das Regime als Erfolg darstellen konnte.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Öffentlichkeit in der Weimarer Republik konnte die NSDAP propagandistisch *erstens* eine Polarisierung zwischen einer marxistischen Linken und einer nationalistischen Rechten behaupten und sich als die Kraft zur Abwehr des Kommunismus inszenieren. Dabei knüpfte sie an gesellschaftlich weit verbreitete Haltungen an: Die rechte Presse der Weimarer Republik und die NS-Propaganda hatten ihre Feindbilder etwa bei der Verbreitung der antisemitischen „Dolchstoßlegende“ zum Ersten Weltkrieg nicht neu etablieren müssen. Die Ablehnung der Arbeiterbewegung und die Begründung ihrer Bekämpfung waren seit dem Kaiserreich die zentralen Elemente der bürgerlichen Weltanschauung, zu deren Verbreitung und Verfestigung Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Flugschriften seit dem 19. Jahrhundert beigetragen hatten. *Zweitens* konnte sich die NSDAP angesichts tatsächlicher und medial betonter Spaltungen als Kraft zur Überwindung der Fragmentierungen präsentieren, insbesondere durch die Propagierung der Idee der „Volksgemeinschaft“ und der Inszenierung Hitlers als starken Führer. *Drittens* gelang es dem Regime, aufbauend auf abstrakteren antisemitischen Vorurteilen, die Deutung zu etablieren, es gäbe tatsächlich eine konkrete „Judenfrage“, die gar durch Vernichtung zu lösen wäre.<sup>25</sup>

Mit dieser Anknüpfung an vorhandene Werthaltungen und die Ausnutzung von Indifferenz und Vorurteilen konnte die Integrationspropaganda ohnehin virulente und akzeptierte Themen aufwerten und instrumentalisieren. Durch die Verbreitung von Deutungsangeboten nahmen die Nazis Einfluss, beispielsweise auf die interpersonale Anschlusskommunikation im privaten Bereich.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Vgl. Ian Kershaw, *How Effective Was Nazi Propaganda?*, in: David Welch (Hrsg.), *Nazi Propaganda: The Power and the Limitations*, London 1983, S. 180–205.

<sup>26</sup> Vgl. Bussemer (Anm. 15), S. 88.

<sup>27</sup> Vgl. Rudolf Stöber, *Presse im Nationalsozialismus*, in: Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel (Hrsg.), *Medien im Nationalsozialismus*, Paderborn 2010, S. 275–294.

Selbst wenn unter den Bedingungen der Diktatur nicht von einem passiven Publikum ausgegangen werden kann, sollte die aktive Mediennutzung im Sinne eines Lesens zwischen den Zeilen – genau wie ein oppositionelles Schreiben zwischen den Zeilen – jedoch nicht überbewertet werden, da dafür immer auch eine Decodierungsleistung notwendig war.<sup>27</sup>

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass den älteren wie den neueren Medien beim Aufstieg der NSDAP und bei der Etablierung ihrer diktatorischen Macht eine zentrale Rolle zukam. Allerdings bestand diese nicht darin, dass sie passive RezipientInnen mit Propaganda überwältigte oder verführte, sondern dass die Nazis Themen der politischen Öffentlichkeit in ihrem Sinne setzen und vorhandene Einstellungen mobilisieren und verstärken konnten. Potenziale und Grenzen der Medienwirkungen bewegten sich dabei in Abhängigkeit von individuellen und gesellschaftlichen Kontextfaktoren – wie Überzeugungen und Milieus in der Weimarer Republik oder als Erfolge darstellbare Maßnahmen des Regimes nach 1933.

Das ältere Medium Presse blieb auch in der Diktatur zentral für die Vermittlung politischer Informationen und Meinungen. Die faschistische Bewegung erlangte mit ihrer symbolischen Inszenierung und ihrer Brutalität in der Weimarer Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit, insbesondere bei neueren Zeitungs- und Zeitschriftentypen, die auf Skandalisierung und Sensationalisierung setzten. Darüber hinaus konnten sich die Nazis bei ihrem Weg an die Macht auf die weite Verbreitung konservativ-nationalistischer Inhalte in Presse, Film und Hörfunk stützen. Dabei wurde nur teilweise unmittelbar für Hitler geworben, sie boten den RezipientInnen aber Deutungsmöglichkeiten im Sinne der NSDAP und der Partei selbst Anknüpfungsmöglichkeiten für ihre Propaganda.

Schließlich konnte Hitler die „Volksgemeinschaft“ und den Führerstaat als Lösung zur Überwindung der fragmentierten und polarisierten Weimarer Gesellschaft und Öffentlichkeit inszenieren. Das bildete die Grundlage für die Medienpolitik nach der Machtübertragung, mit der die Nazis jegliche Opposition unterbanden, gleichzeitig aber mit einer Integrationspropaganda um Zustimmung warben.

### NIKLAS VENEMA

ist Juniorprofessor für Kommunikations- und Medienwandel an der Universität Leipzig.

venema@uni-leipzig.de

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Januar 2023

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Jan Brunner (Praktikant)  
Anne-Sophie Friedel  
Jacob Hirsch (Volontär)  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast  
twitter.com/APuZ\_bpb

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



# APuZ

Nächste Ausgabe  
5–6/2023, 30. Januar 2023

# JAZZ



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)